

# POLENS FREUNDE UND FEINDE

Der kranke Puls Polens, den die Konterrevolution monatelang jagen machte, wird regelmäßiger. Das Land erholt sich vom Schock. Der Bruderkrieg, zu dem die antisozialistischen Elemente Polen drängten, um an die Macht zu kommen, ist dank den Maßnahmen der polnischen Führung verhütet worden. Werke, Fabriken, Gruben und Häfen liegen nicht mehr still. Die Grube „Piast“, in der die von „Solidarność“-Schlägern hervorgerufenen Unruhen besonders lange dauerten, hat die erste Kohle geliefert. In den Schulen wird wieder unterrichtet. Museen und Gemädegalerien sind wieder geöffnet. Alles wird getan, um die Häuser der Polen mit Licht und Wärme zu versorgen, das Volk zu ernähren und das Leben des Landes zu normalisieren.

In den Tagen, da in Polen Ordnung und Ruhe wiederhergestellt werden, tritt die Heuchelei jener, die sich als Freunde des polnischen Volkes aufspielten, wie auf einem entwickelten Film deutlich zutage. Wohl wissend, welche schwere Zeit dieses Land durchmacht, bricht Washington die Wirtschaftsbeziehungen zu ihm ab. Erst vor kurzem geizte man dort nicht mit Geld, um die „Solidarność“-Extremisten zu stützen. Jetzt hat Washington es eilig, die vertraglichen Lieferungen von Waren, darunter von Nahrungsmitteln, nach Polen einzustellen.

Und da hat Washington die Stirn zu behaupten, ihm ginge es um die Interessen des polnischen Volkes! Eine wirklich bodenlose Heuchelei. Es kam so weit, daß man in einem Fenster des Weißen Hauses „aus Solidarität mit dem polnischen Volk“ eine Kerze anzündete. Die Warschauer Zeitung „Żołnierz Wolności“ schrieb nicht ohne Ironie, ins Fenster des Weißen Hauses gehöre unbedingt noch eine Kerze: zum Andenken an die Hunderttausende Opfer der militärischen Intervention und der Bombenangriffe der USA-Luftwaffe in Korea, Vietnam, Kampuchea und Laos, an die amerikanischen Soldaten, die in diesen Ländern gefallen sind, an die Zehntausende Opfer der Einmischung der USA in Nikaragua und El Salvador. Wir wollen unsererseits hinzufügen, daß das Weiße Haus eine Kerze auch zur Erinnerung an seine gescheiterten Hoffnungen ins Fenster stellen könnte. Der Versuch, mit dem Sozialismus in Polen Schluß zu machen, in die sozialistische Gemeinschaft eine Bresche zu schlagen, ging fehl. Ebendeshalb ist man am Potomac so wütend.

Das polnische Volk hat sehr wohl Freunde, auf die es sich verlassen kann. Die Völker der brüderlichen Familie der sozialistischen Länder haben nicht nur mit Genugtuung die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß Polen die Kraft aufgebracht hat, um den Konterrevolutionären eine entschiedene Abfuhr zu erteilen, sondern sie helfen ihm auch dabei, die Schwierigkeiten zu überwinden und die Wirtschaft anzukurbeln. Der jüngste Beweis dafür sind die in Moskau abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der UdSSR und der VR Polen, nach denen ein Protokoll über den Außenhandelsumsatz und Zahlungen für 1982 unterzeichnet wurde.

Aus dem Import sowjetischer Waren wird Polen ebenso wie bisher seinen Bedarf an den wichtigsten Brenn- und Rohstoffen zu einem bedeutenden Teil decken. Im Jahre 1982 sollen die üblichen Lieferungen von Erdöl, Erdgas, Eisenerzen, Eisen und Stahl, Buntmetallen, Nutzholz und anderen Waren aus der UdSSR fortgesetzt werden. Nach Polen werden ferner Erzeugnisse des Maschinenbaus exportiert werden, darunter spanabhebende Werkzeugmaschinen, Bergbauausrüstungen, Straßenbau-, Landmaschinen, Kraftwagen und Traktoren. Polen seinerseits wird der UdSSR Ausrüstungen für den Werkzeugmaschinenbau, die Chemieindustrie, ferner Straßenbautechnik u. a. liefern. Mit Rücksicht auf die schwere Lage in der Volkswirtschaft Polens gewährte die Sowjetregierung ihm einen günstigen Kredit für die Bezahlung der Differenz im Wert der gegenseitigen Warenlieferungen.

Polens echte Freunde arbeiten mit ihm weiter auf allen Abschnitten zusammen. In einer herzlichen kameradschaftlichen Atmosphäre verliefen in Moskau die Verhandlungen zwischen dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, und dem Außenminister Polens Józef Czyrek, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP. Sie tauschten Meinungen über die heutigen sowjetisch-polnischen Beziehungen aus und erörterten aktuelle Weltprobleme. Insbesondere verurteilten sie entschieden die Versuche der USA sowie anderer NATO-Länder, sich in die internen Angelegenheiten Polens einzumischen.

Die Verhandlungen betrafen auch den weiteren Ausbau der beiderseitigen Beziehungen auf der Basis des festen Bündnisses zwischen der UdSSR und der VR Polen und der allseitigen Zusammenarbeit zum Wohl der Völker beider Länder, zwecks Festigung des Friedens und des Sozialismus, wie es der kollektiven Verteidigungsorganisation Warschauer Vertrag und dem bilateralen sowjetisch-polnischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe entspricht.



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 3 JANUAR 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

Polens Freunde und Feinde	1
A. Viktorow — Das zentrale Anliegen	5
M. Tschernoussow — Fangseil für die Partner	7
A. Drusenko — Warschau im Januar	8
W. Schelepin — UdSSR—Malta. Gemeinsame Standpunkte	8
W. Dolgow — Aussichtsloses Unterfangen	9
N. Malyschewa — Ghana. Es war unvermeidlich	10
J. Tawrowski — Japan. Zum neuen Haushaltsplan	10
A. Stepanow — Schwankender Boden	11
W. Baikow — Pakistan. Auf dem Weg der Militarisierung	12
L. Charkow — Jugoslawien. Ein Programm zur Wirtschaftsstabilisierung	14
Notizen ♦ Glossen	16
M. Borissow — Die amerikanische Bedrohung	18
M. Saripow — Malawi. Fortdauernde Isolierung	21
V. Morew — Südatlantik. Zweite NATO?	22
W. Rosen — Lebenspendender Sauerstoff	24
B. Swetow, O. Tarin — Der geheime Krieg gegen Kuba	26
Biographisches: Leopoldo Fortunato Galtieri	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Mehr als 20 Jahre schon unternimmt die CIA Anschläge gegen die Republik Kuba. Provokationen, Terrorakte, politische Morde, Verschwörungen, Invasionsversuche — vor nichts schrecken die amerikanischen Geheimdienste zurück, um die Freiheitsinsel von ihrem eingeschlagenen Weg abzubringen

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 7. Januar beging das Volk Kampuchas den 3. Jahrestag der Befreiung des Landes von der Herrschaft der nationalen Verräter. Leonid Breschnev und Nikolai Tichonow richteten einen Glückwunsch an den Generalsekretär des ZK der Revolutionären Volkspartei Kampuchas und Vorsitzenden des Staatsrats der VR Kampuchea Heng Samrin und das Mitglied des Politbüros des ZK der RVPK und amtierenden Vorsitzenden des Ministerrats Chan Si anlässlich des Nationalfeiertags: „Wir stellen mit Genugtuung fest, daß zwischen der Sowjetunion und der VR Kampuchea eine ersprießliche allseitige Zusammenarbeit besteht. Wir sind überzeugt, daß die brüderliche Freundschaft zwischen unseren Ländern auch künftig erstarkt und sich auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, zum Wohl des sowjetischen und des Volkes von Kampuchea, im Interesse von Frieden, Demokratie und Sozialismus entwickeln wird.“

Der 8. Januar war der 70. Gründungstag des Afrikanischen Nationalkongresses. Das ZK der KPdSU beglückwünschte das Nationale Exekutivkomitee des ANC und mit ihm alle südafrikanischen Patrioten zu dem Jubiläum. In der Botschaft heißt es, unter dem Banner der Partei erstarkt die Einheit des unterdrückten Volkes der RSA und der Kampf gegen die rassistische Kolonialordnung nahm gesamtationalen Charakter an. Die Kommunisten und alle sowjetischen Menschen sind solidarisch mit dem gerechten Kampf des ANC. Wir bringen die Gewißheit zum Ausdruck, daß die Befreiung des Südens Afrikas triumphieren wird.

Vom 7. bis 11. Januar hielt sich als Gast der sowjetischen Regierung der Außenminister der Republik Malta Alex Scerberras Trigona in Moskau auf, wo er eine Unterredung mit Andrej Gromyko hatte. In sachbezogener und freundschaftlicher Atmosphäre erörterten die Minister aktuelle Probleme der Weltlage sowie Zustand und Aussichten der Beziehungen Sowjetunion—Malta (s. S. 8).

Vom 10. bis 12. Januar hielt sich das Mitglied des Politbüros, der Sekretär des ZK der PVAP und Außenminister der VR Polen Józef Czyrek zu einem Besuch in Moskau auf. Er konferierte am 11. Januar mit Andrej Gromyko. Die Minister erörterten Fragen der sowjetisch-polnischen Beziehungen sowie aktuelle Weltprobleme. Dabei wurde

„NEUE ZEIT“ 3 · 82





Moskau, 11. Januar. Vor den Verhandlungen zwischen Andrej Gromyko und dem Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK der PVAP und Außenminister der VR Polen Józef Czyrek

Foto: S. Kossyrew

festgestellt, daß in der gegenwärtigen internationalen Situation, die infolge des Vorgehens der imperialistischen Kreise verschärft wurde, die aktive Friedenspolitik der sozialistischen Länder zur Eindämmung des Wettrüstens, zur Bewahrung der Entspannung und zur Festigung des Friedens besondere Bedeutung erlangt. In diesem Zusammenhang wurde die Wichtigkeit der neuen, während des BRD-Besuchs Leonid Breschnews vorgetragenen sowjetischen Initiativen hervorgehoben. Gromyko und Czyrek besprachen den Zustand der sowjetisch-polnischen Beziehungen und deren weitere Entwicklungsperspektiven.

Am 6. Januar wurde in Moskau ein Protokoll über den Warenaustausch und die Zahlungen zwischen der UdSSR und der VR Polen für 1982 unterzeichnet. Polen wird wie bisher mit Einfuhren aus der Sowjetunion einen wesentlichen Teil seines Bedarfs an den wichtigsten Brenn- und Rohstoffen decken. Die UdSSR wird ferner Erzeugnisse des Maschinenbaus nach Polen exportieren.

Am 4. Januar tagten in Brüssel die EG-Außenminister. Sie veröffentlichten ein Kommuniqué zu den innenpolitischen Problemen in Polen, das Drohungen und „Warnungen“ an die Adresse der

VR Polen und ihrer Verbündeten enthält. Am 11. Januar beschäftigte sich in Brüssel eine Konferenz der NATO-Außenminister ebenfalls mit der Lage in Polen (s. S. 7).

Am 5. Januar traf US-Präsident Reagan mit Bundeskanzler Schmidt zusammen. Aus einer gemeinsamen Erklärung geht hervor, daß sie einen Meinungsaustausch über die Ereignisse in Polen hatten. Die Regierungschefs der USA und der BRD legten ihre jeweiligen Standpunkte hinsichtlich des Einflusses der Ereignisse in Polen auf die Beziehungen zur Sowjetunion dar. Der Vorrang bei dem zweistündigen Treffen galt den wirtschaftlichen Differenzen zwischen den führenden westlichen Mächten.

In Kopenhagen tagte vom 6. bis 8. Januar das Büro des Präsidiums des Weltfriedensrats. Anwesend waren Vertreter aus 60 Ländern. Ein Schlußdokument enthält den Aufruf an alle Friedensbewegungen und an alle Friedensfreunde zu vermehrten Bemühungen, um dem Wettrüsten ein Ende zu machen. Die Völker müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um es nicht zur Stationierung neuer Kernraketen

in Europa kommen zu lassen. Sie müssen den Abbau und schließlich die Beseitigung aller nuklearen Mittelstreckengewaffen in Europa, die Schaffung und Erweiterung kernwaffenfreier Zonen in Europa und die allmähliche Reduzierung und Beseitigung der Rüstungen durchsetzen.

Am 6. Januar nahm der UNO-Sicherheitsrat die Debatte über die Annexion der Syrien gehörenden Golan-Höhen durch Israel wieder auf. Die meisten UNO-Mitglieder fordern harte und wirksame Maßnahmen gegen Tel Aviv.

Am 11. Januar wurden in Genf die Verhandlungen im Abrüstungsausschuß zur Ausarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms wiederaufgenommen.

In Kopenhagen tagte das Exekutivkomitee des Internationalen Komitees für die Solidarität mit dem Volk von Palästina. Die Teilnehmer verurteilten scharf die Unterzeichnung des Memorandums über die „strategische Zusammenarbeit“ zwischen den USA und Israel, das die juristische Grundlage für einen militärpolitischen Block im Nahen Osten mit deutlich aggressiver Orientierung schafft.

Am 6. Januar verbreitete das SRV-Außenministerium einen Protest gegen die verstärkte Militärpräsenz der USA in Thailand. Darin heißt es u. a., nach Angaben thailändischer Beamter benutzen Flugzeuge der 7. US-Flotte seit November 1981 ständig den einstigen US-Luftwaffenstützpunkt U-Tapao in Thailand und beteiligten sich an thailändischen Truppenmanövern.

Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur Kampuchea hat thailändische Artillerie in der ersten Woche des neuen Jahres 72mal Grenzgebiete der VR Kampuchea beschossen. Gedeckt von Artilleriefeuer versuchten Pol-Pot-Gruppen auf Territorium Kampuchea vorzudringen. Sie wurden zurückgeschlagen. Im gleichen Zeitraum drangen thailändische Schiffe mehrmals in Hoheitsgewässer der VR Kampuchea ein und verletzten Flugzeuge der thailändischen Luftwaffe viermal den Luftraum der Republik.

Am 10. Januar wurde in Pjöngjang eine Erklärung des KDVR-Außenministeriums veröffentlicht, in der es heißt, Regierung und Volk Koreas verurteilten entschieden die verstärkten amerikanischen Kriegsvorbereitungen in Südkorea so-



wie die Pläne für die umfangreichen Manöver „Team Spirit 82“, die sich gegen die KDVR richten.

Einer TASS-Meldung vom 9. Januar aus Managua zufolge haben Organe der Staatssicherheit Nikaraguas eine konterrevolutionäre Verschwörung aufgedeckt, die aus Honduras, Kostarika und einigen anderen Ländern gesteuert werden sollte (s. S. 9).



Antikriegsdemonstration in Ottawa (Kanada) unter den Losungen: „Verbot der Neutronenbombe“, „Der Frieden geht jeden an“

Foto: A. Melikian (TASS)

Am 8. Januar erklärte der spanische Regierungschef Solero während eines Aufenthalts in London auf einer Pressekonferenz, seine Regierung habe zugestimmt, die Blockade Gibraltars aufzuheben und mit London „alle Differenzen“ hinsichtlich der Zukunft dieser britischen Kolonie zu erörtern. Er gab bekannt, die britische Regierung habe sich als Gegenleistung für die Aufhebung der 1969 nach einer erneuten Zuspitzung der spanisch-britischen Beziehungen verhängten Blockade Gibraltars einverstanden erklärt, die Diskriminierung der in Betrieben und auf Militärobjekten der Kolonie beschäftigten spanischen Arbeiter einzustellen.

Jerri Rawlings, Chef des Provisorischen Verteidigungsrats, der am 31. Dezember 1981 in Ghana die Macht übernahm, erklärte, in Kürze werde eine Deklaration zur Verteidigung der Interessen des Volkes verkündet, die einige Punkte der ausgesetzten Verfassung ablösen werde. In Accra wurde die offizielle Übergabe der Regierungsfunktionen in Ghana an den Provisorischen Verteidigungsrat unter Rawlings bekanntgegeben. Dem Rat gehören ferner der Stabschef für Verteidigung Brigadegeneral Nonu Mensah sowie einige andere Persönlichkeiten der Republik an (s. S. 10).

Im östlichen Teil von Tschad kam es zu verstärkten Kampfhandlungen von aufständischen Verbänden des ehemaligen Verteidigungsministers Hissène Habré.

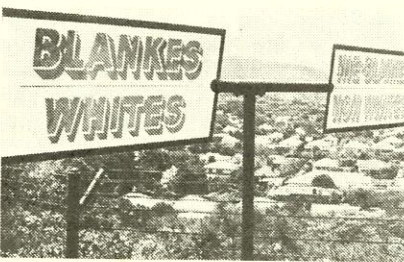
Die Aufständischen besetzten zwei Ortschaften und marschieren auf die Stadt Ati zu. Die libysche Nachrichtenagentur Jana verweist darauf, daß die ernste Lage im Osten von Tschad das direkte Ergebnis der umfangreichen Militärhilfe sei, die die Aufrührer von den USA und einigen anderen westlichen Staaten erhielten.

Am 10. Januar wurde ein Attentat auf den Deputierten des iranischen Parlaments Hodjat-ol-islam Mohammed Khamenei, einen Bruder des Präsidenten des Landes, unternommen. Vorläufigen Angaben zufolge wurde Khamenei nicht verletzt, zwei seiner Begleiter jedoch fanden den Tod. Der Agentur IRNA zufolge sind „von den USA unterstützte Terroristen“ für das Attentat verantwortlich.

Am 4. Januar trat der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Richard Allen, zurück. Seinen Posten übernimmt der Erststellvertretende Außenminister William Clark.

Am 10. Januar landete eine Gruppe bewaffneter Exil-Haitianer auf der 5 Meilen vor der Küste Haitis gelegenen Insel Tortuga. Es gelang ihr ohne Blutvergießen, die Insel in die Hand zu bekommen. Die dortige Garnison ging zu der Gruppe über. AP meldet dazu, daß die Mitglieder der bewaffneten Gruppe darauf hoffen, „auf Haiti einen Volksaufstand zum Sturz des reaktionären Regimes Duvalier auszulösen“.

In der Hauptstadt sowie den anderen Städten Sudans häuften sich in den ersten Januartagen Massendemonstrationen gegen die volksfeindliche Politik des Regimes Nimeri (s. S. 11).



Die RSA-Rassisten setzen mit Förderung westlicher Mächte die verbrecherische Apartheid-Politik fort. Sie schränken die Aufenthaltsorte für Afrikaner ein, verbieten ihnen, ohne Sondererlaubnis in „weißen“ Bezirken aufzutreten, unterziehen sie beim geringsten Protest grausamen Repressalien. Das Bild zeigt die „Visitenkarte“ des unmenschlichen Schandsystems am Zaun vor einer Ortschaft

Foto aus „Daily World“ (USA)

Die 36. UNO-Vollversammlung nahm mit beeindruckender Stimmenmehrheit die von der UdSSR vorgeschlagene Deklaration „Eine Nuklearkatastrophe verhüten“ an. Ich bin zutiefst empört über die Haltung der Delegation Japans, die zusammen mit den USA dagegen votierte. Japan ist das einzige Land, das die Schrecken einer Atomkatastrophe erlebte, und sollte eigentlich in der ersten Reihe der Kämpfer gegen diese ungeheuerliche Waffe stehen. Ich bin überzeugt, dies ist auch der Wille des japanischen Volks, das ohne Zweifel kein neues Hiroshima oder Nagasaki will.

Andrej PODOLNY  
Moskau

Die USA starteten eine Erpressungs- und Drohkampagne gegen Kuba und Nikaragua, bedrohen sie mit einer direkten militärischen Invasion. Die US-Imperialisten sollen aber wissen: Die Völker dieser Länder stehen nicht allein, alle Werktätigen unseres Planeten solidarisieren sich mit ihnen. Eine Aggression gegen diese Staaten würde zum Krieg gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Wir Internationalisten werden die Freiheit und Unabhängigkeit dieser Länder in Schutz nehmen. Kuba und Nikaragua sind nicht von ihrem gewählten Weg abzubringen!

Juan Diaz BALMONT  
Elgoibar, Spanien

Ich machte mich mit dem in der NZ veröffentlichten Appell des Obersten Sowjets der UdSSR „An die Parlamente und Völker der Welt“ bekannt und möchte nun sagen, daß die Mehrheit meiner Landsleute gegen die nukleare „Nachrüstung“ der NATO auftritt. Ich verurteile die unterwürfige Haltung der italienischen Regierung, die ihre Zustimmung zur Stationierung von US-Marschflugkörpern auf Sizilien gab, denn das gefährdet das Lebenswichtigste — den Frieden. Es ist erfreulich, daß die Stimme des Sowjetvolks dank der NZ und Radio Moskau Italien erreicht und Verleumdungen der bürgerlichen Massenmedien entgegenwirkt.

Cosimo CANNATA  
Palermo, Italien



# DAS ZENTRALE ANLIEGEN

Alexej VIKTOROW, Sekretär des Zentralrates  
der Sowjetischen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind die größte Massenorganisation der UdSSR. In den letzten fünf Jahren traten ihnen 20 Millionen neue Mitglieder bei, und heute vereinigen unsere Gewerkschaften rd. 130 Millionen — fast die ganze arbeitsfähige Bevölkerung des Landes — in ihren Reihen. Die Gewerkschaften sind eine große Kraft, sie sorgen für das Wohl des Arbeitenden, vertreten seine Interessen und fördern die Verwirklichung der gerechten Sozialpolitik des sozialistischen Staates. Sie stellen die Interessen des Werktätigen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Aber zugleich wissen die Gewerkschaften, daß die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen ohne eine ständige Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität unmöglich ist. Nur was produziert worden ist, kann verteilt und konsumiert werden. Deshalb sehen wir die Aufgabe unserer Gewerkschaften darin, einerseits die Produktion, die gesamte Volkswirtschaft zu entwickeln, andererseits aber uns um die Rechte und die Interessen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu kümmern.

Das Arbeitskollektiv, in dem sich der Mensch täglich aufhält, seine schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten offenbart, ist der wichtigste Wirkungsbereich der Gewerkschaften. Gerade hier werden all unsere Pläne realisiert sowie die ideologischen Ansichten und moralischen Eigenschaften der Menschen, ihre Einstellung zur Arbeit und zum Volkseigentum geformt. Die organisatorische und erzieherische Tätigkeit der Gewerkschaften kann unterschiedlich sein. In ihrem Kampf für die Erhöhung der Effektivität der Produktion und die Festigung der Arbeitsdisziplin, für das Wohl der Werktätigen verfügen die Gewerkschaften über solche Mittel zur Ausübung ihrer Rechte wie Arbeiterversammlungen, Ständige Produktionsberatungen, Kollektivverträge und die Teilnahme an der Verwaltung von Industrie- und Agrarbetrieben.

Laut Verfassung der UdSSR haben die Gewerkschaften das Recht auf gesetzgeberische Initiative, und sie nehmen es aktiv wahr. Praktisch alle Vorschläge der Gewerkschaften zur Verbesserung der sozialen Bedingungen und der Lebensweise

der Werktätigen wurden von den Planorganen der Regierung angenommen. Die Gewerkschaften beteiligten sich z. B. an der Ausarbeitung von Maßnahmen zur verstärkten Hilfe des Staates für Familien mit Kindern und zur Vervollkommenung der Sozialfürsorge in der UdSSR. Seit dem 1. November 1981 wird für berufstätige Mütter stufenweise ein zum Teil bezahlter einjähriger Urlaub zur Pflege des Kleinkindes eingeführt; eine einmalige Zuwendung bei der Geburt eines Kindes wurde festgesetzt sowie mit der Erhöhung aller Formen von Mindestrenten begonnen.

Wenn Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten auf höchster Ebene gelöst werden, nehmen die Gewerkschaften unmittelbar daran teil. Auf den Sitzungen des Ministerrates der UdSSR und der einzelnen Unionsrepubliken, der Kollegien von Ministerien und Regierungskommissionen bringen sie konkrete Vorschläge ein und setzen die Annahme notwendiger Beschlüsse durch. Hier sei auf einige Hauptrichtungen in der sozialen Tätigkeit der Gewerkschaften hingewiesen.

Einer der wichtigsten Teile des vom XXVI. Parteitag der KPdSU angenommenen Sozialprogramms ist die Verbesserung der Wohnverhältnisse in der UdSSR, wo sukzessive die außerordentlich komplizierte Aufgabe gelöst wird, jeder Familie eine komfortable Einzelwohnung zu sichern. Das erfordert kolossale Mittel. Über die Ausmaße des Erreichten geben folgende Zahlen Aufschluß. In den letzten 5 Jahren zogen über 50 Millionen Sowjetbürger in Neubauwohnungen ein. Beinahe 80% der städtischen Bevölkerung leben heute in Einzelwohnungen.

Die ländliche Bevölkerung verfügt in wachsendem Maße über die gleichen Wohnverhältnisse und die gleiche soziale Betreuung wie die städtische. Ein umfangreiches Programm wird realisiert, um alte Dörfer zu modernen Orten auszubauen, die Bewohner ziehen aus Einzelhöfen und kleinen Ortschaften näher zur Zentrale eines Kolchos oder Sowchos, die nach einem Generalplan gebaut wird. Das hohe Tempo des Wohnungsbaus bleibt im 11. Plan-

jahrfünft erhalten. Wohnhäuser mit einer Gesamtfläche von 530 Mio m<sup>2</sup> sollen hinzukommen.

Im Bauwesen selbst treten beträchtliche Veränderungen ein. Überall soll der Übergang zu neuen Projekten abgeschlossen werden, die eine verbesserte Grundriß- und Innengestaltung, größere Hilfsräume sowie modernen Komfort sichern. Im laufenden Planjahrfünft wird der Umfang des Wohnungsbaus sowie des Baus kultureller, sozialer und sonstiger Versorgungseinrichtungen im Dorf um 39% zunehmen. Die Wohnhäuser werden in Sowchsen und Kolchsen im Komplex mit Wirtschaftsbauten errichtet werden, so daß die Bauern ihre persönliche Hauswirtschaft betreiben können.

Auf allen Ebenen — von der BGL bis zum Zentralrat — helfen die Gewerkschaften die Investitionen im Wohnungs- und Kommunalbau planen. Sie fördern den sozialistischen Wettbewerb unter den Bauleuten und überwachen den Verlauf und die Qualität der Bauarbeiten. Es gilt, die Inbetriebnahme solcher Objekte auf jede Weise zu beschleunigen, damit die Umgestaltung der Dörfer möglichst schnell vor sich geht und die Arbeiter und Angestellten bei der Organisation von Wohnungsbaugenossenschaften und beim Bau von Eigenheimen die nötige Hilfe erhalten.

Es gilt ferner zu gewährleisten, daß in den Neubauvierteln gleichzeitig mit Wohnhäusern auch alle Folgeeinrichtungen entstehen, damit es in den neuen Wohngebieten keine Schwierigkeiten mit Handels-, Kultur- und anderen Objekten gibt.

Die Sowjetbürger billigten es von ganzem Herzen, als der Oberste Sowjet der UdSSR im Juni 1981 neue Richtlinien über die Entwicklung des Wohnungswesens, die bessere Nutzung und Bewirtschaftung des Wohnfonds sowie die Grundlagen der Wohnraumgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken beschloß. In beiden wichtigen Dokumenten ist die Politik des Sowjetstaates konkretisiert, die dem Sowjetbürger das verfassungsmäßige Recht auf Wohnraum garantiert. Bestandteile dieser Politik sind der in großen Dimensionen erfolgende Bau neuer Wohnungen, ihre gerechte Zuteilung unter gesellschaft-



licher Kontrolle, die gute Wohnraumbewirtschaftung sowie die niedrigen Mieten.

Die Sowjetbürger haben das Recht auf unbefristete Wohnraumnutzung; es wurde festgelegt, daß diejenigen, die eine Verbesserung der Wohnverhältnisse benötigen, in der Regel eine Einzelwohnung je Familie erhalten. Ferner wurden die Kategorien der Werktätigen bestimmt, die vorrangiges Recht auf Wohnraumzuteilung haben, z. B. Arbeiter und Angestellte, die sich durch Gewissenhaftigkeit in der Produktion und die Betriebstreue auszeichnen.

Natürlich erhöht sich die Rolle der Gewerkschaften auch bei der Lösung von Fragen, die die bessere Nutzung des Wohnraumfonds und die richtige Wohnraumzuteilung in den Arbeitskollektiven betreffen. Alle von Betrieben und Ämtern gebauten Wohnhäuser werden ja auf gemeinsamen Beschluß der Direktion und der BGL und in den Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets unter Teilnahme von Vertretern der Gewerkschaften verteilt.

Die Unterhaltung des Wohnraumfonds ist Anliegen jedes Bürgers. In diesem Zusammenhang werden die Gewerkschaften mehr darauf achten müssen, ihre Befugnisse bei der Kontrolle über die Nutzung der Wohnhäuser, die Erfüllung der Auflagen bei der Generalrenovierung, die Verwendung für diese Zwecke bereitgestellter materieller und finanzieller Mittel umfassender wahrzunehmen.

Eine wichtige Zielsetzung des Sozialprogramms ist es, den Bedarf an vorschulischen Kindereinrichtungen zu decken, helfen sie doch den Müttern, an produktiver Arbeit teilzunehmen, ihre schöpferischen Möglichkeiten voll zu entfalten und ihr Kulturniveau zu heben. Heute bieten die Kindergärten und -krippen schon mehr als 14 Millionen Kleinen Platz. Doch muß offen gesagt werden, daß der Bedarf noch nicht restlos gedeckt ist.

Deshalb ist es vorgesehen, im 11. Planjahr fünf Vorschuleinrichtungen mit 2,9 Mio. Plätzen zu bauen. Das ist ein umfangreiches Programm, und die Gewerkschaften sind zutiefst an seiner Realisierung interessiert. Es ist ihre direkte Pflicht, den Verlauf des Baus jeder solchen Einrichtung zu kontrollieren, für die rechtzeitige Versorgung der Baustellen mit Baustoffen, Technik und Arbeitskräften, für die Einhaltung der Termine zu sorgen und operative Maßnahmen zu treffen, damit die Objekte termingemäß ihrer Bestimmung übergeben werden.

Viel müssen die Gewerkschaften

noch zur weiteren Verbesserung des Handels und des Dienstleistungsbereichs tun. Der Einzelhandelsumsatz wird sich 1985 auf 345 Md. Rubel belaufen (gegenüber 268,5 Md. im Jahre 1980), der Umfang der Dienstleistungen um 44% zunehmen.

Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU hob Leonid Breschnew hervor: „Geschäfte, Gaststätten, Wäschereien, chemische Reinigungen werden von unseren Mitbürgern Tag für Tag aufgesucht. Was können sie kaufen? Wie bedient man sie? Wie höflich ist man zu ihnen? Wieviel ihrer Zeit nehmen all die täglichen Besorgungen und der Haushalt in Anspruch? Danach, wie diese Probleme gelöst werden, urteilen sie maßgeblich über unsere Arbeit.“

Die Gewerkschaften überwachen die Erfüllung der Pläne für die Entwicklung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben und sorgen zugleich dafür, daß eine Arbeiterkontrolle über das Funktionieren der bestehenden Betriebe organisiert wird. Zu diesen Zwecken bestellte der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS) im Mai 1981 eine neue Bestimmung über Kommissionen und Gruppen der gesellschaftlichen Kontrolle seitens der Betriebsgewerkschaftsleitungen. Jetzt haben die Arbeiterkontrollen größere Rechte, nicht nur die Bedienung in den Verkaufsräumen, sondern auch Lagerhäuser, Handelslager und Großhandelsniederlassungen zu kontrollieren.

Im Dienstleistungsbereich bestehen schon über zwei Millionen Gewerkschaftskontrolleure und Gewerkschaftsräte. Sie kontrollieren, wie die Handelsvorschriften befolgt werden, ob die Dienstleistungsbetriebe die Aufträge rechtzeitig erfüllen, und arbeiten zusammen mit Wirtschaftsfunktionären daran, festgestellte Mängel zu beseitigen.

Im Organ der sowjetischen Gewerkschaften, der Zeitung „Trud“, besteht nunmehr die Rubrik „Arbeiterkontrolle“, in der regelmäßig über die Tätigkeit der Gewerkschaftskontrolleure und über die Erfahrungen auf diesem Gebiet berichtet wird. Heute ist guter Kundendienst ein wichtiges Kriterium des sozialistischen Wettbewerbs der Handelsangestellten. All das hilft, die Arbeit der Handelsbetriebe zu verbessern.

Wir bemühen uns darum, daß in Industriebetrieben Bestelldienstleistungen von Lebensmittelgeschäften und komplexe Annahmestellen von Dienstleistungsbetrieben eröffnet werden. Erfahrungsgemäß wirkt sich die Annäherung des Dienstleistungsbereiches an den Arbeits-

platz positiv aus: Die Arbeiter und Angestellten sparen dadurch viel Zeit, was besonders in Betrieben mit überwiegend weiblichem Personal wichtig ist.

Große Beachtung schenken die Gewerkschaften auch der Verpflegung in den Betrieben. Von der Gemeinschaftsverpflegung hängen in hohem Maße die Gesundheit der Werktätigen, ihre Stimmung und ihre Arbeitsproduktivität ab.

Im vergangenen Planjahr fünf wurde in diesem Bereich nicht wenig geleistet. In den Betrieben wurden Tausende Kantinen eröffnet, das Angebot hat sich erweitert, die Speisen sind besser geworden, der Kundendienst hat sich verbessert. Zwecks Förderung der besten Betriebskollektive, die eine mustergültige Organisation der Gemeinschaftsverpflegung erreicht haben, stiftete das WZSPS-Präsidium Diplome und Geldprämien. Über 400 Betriebe wurden schon ausgezeichnet.

Die diesbezügliche Arbeit wird im 11. Planjahr fünf in noch breiteren Ausmaßen fortgesetzt werden. Auf Vorschlag des WZSPS hat das Staatliche Plankomitee der UdSSR vorgesehen, daß in diesen fünf Jahren die Zahl der Plätze in Betriebskantinen um mehr als 1 Million wachsen und die Produktion von Thermosbehältern und Essenträgern für die Versorgung jener Werktätigen mit warmem Essen, die wegen ihrer Arbeitsbedingungen die Betriebskantinen nicht in Anspruch nehmen können (Gruben-, Erdölarbeiter, Geologen, Bauleute), erheblich zunehmen wird.

Wir planen, die Zahl der Plätze in Betriebskantinen zu erhöhen, alle Schichten mit Warmessen zu versorgen und dazu beizutragen, daß die Betriebskantinen mehr Halbfertig-, Fertiggerichte, Gebäck u. a. verkaufen, daß die Nebengewerkschaften der Betriebe mehr Nahrungsmittel erzeugen, um die Gemeinschaftsverpflegung der Arbeiter und Angestellten zu verbessern. Allein in den letzten drei Jahren wurden solchen Nebengewerkschaften 500 000 ha Boden zugeteilt.

Viele Industriebetriebe haben die produktionsbedingte Wärmeabgabe benutzt, um Treibhäuser zu bauen, in denen im Laufe des ganzen Jahres Gemüse für die Arbeiterkantinen angebaut wird (unter Tage sind es Champignons); andere Betriebe haben unter Verwendung von Speiseabfällen Schweine-, Geflügel- und Nutztierfarmen eingerichtet. Die zusätzlichen Lebensmittel aus den Nebengewerkschaften erlauben es den Mitarbeitern der Gemeinschaftsverpflegung, das Speiseangebot zu erweitern und die Preise zu senken.

Nicht wenig müssen die Gewerkschaften tun, um die Kleingärten weiterhin zu fördern. Sie versorgen



ihre Familien zusätzlich mit Obst und Gemüse, außerdem ist die Arbeit auf den Parzellen gesund. In den kollektiven Gärten spannen bis zu 15 Millionen Arbeiter, Angestellte und ihre Familienangehörigen aus.

Gegenwärtig beteiligen sich 4 Millionen werktätige Familien am kollektiven Gartenbau, über 4 Millionen Familien bauen Kartoffeln und Gemüse in kollektiven Gemüsegärten an. Im Jahre 1980 wurden in den kollektiven Obst- und Gemüsegärten über 500 000 t Obst und Beeren sowie 2 Mio t Kartoffeln und Gemüse eingebracht. Das bessert das Familienbudget merklich auf. Auf Vorschlag der Gewerkschaften werden den Kleingärtnern größere Vergünstigungen gewährt; z. B. die Kredite für den Erwerb bzw. Bau von Gartenlauben sowie für die Bewirtschaftung der Gartenfläche auf 3000 Rubel erhöht. Die Betriebsdirektion ist nach Abstimmung mit der BGL berechtigt, den Gärtnervereinen aus dem Betriebsfonds finanzielle Hilfe für den Straßenbau, die Verlegung der Wasserleitung und die Elektrifizierung (bis zu 25% der etatmäßigen Ausgaben) zu leisten.

Viele Werktätige wünschen, den Gärtner- und Gemüsegärtnervereinen beizutreten. Deshalb werden wir auch weiter darauf hinwirken, daß den Werktätigen zügig Bodenparzellen für die Organisation solcher Vereine zugeteilt werden.

Um den Wohlstand der Bevölkerung zu heben, wurde viel getan. Darauf können wir mit Recht stolz sein. Aber die Parole unserer Gesellschaft lautet: Alles für den Menschen, alles für das Wohl des Menschen! Deshalb dürfen wir uns nicht mit dem Erreichten zufriedengeben. Viel ist noch zu tun. Wie Leonid Breschnew sagte, haben wir alles für eine erfolgreiche Arbeit: die hochentwickelten Produktivkräfte, die soziale, politische und moralische Einheit des Sowjetvolkes und die in den Parteitagebeschlüssen formulierte genaue Strategie der Vorwärtsbewegung.

Der auf der jüngsten Tagung des Obersten Sowjets gebilligte Staatliche Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung 1981—1985, an dessen Erarbeitung die sowjetischen Gewerkschaften aktiv teilnahmen, ist heute ein unumstößliches Gesetz unseres Lebens.

Zweifelloos werden die sowjetischen Gewerkschaften auch im 11. Planjahr fünf alle ihre Kräfte und Erfahrungen einsetzen, um den Wohlstand des Sowjetvolkes noch mehr zu heben und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen weiter zu verbessern. In diesem Geiste rüsten die sowjetischen Gewerkschaften zu ihrem 17. Kongreß.

NZ

STANDPUNKT

## FANGSEIL FÜR DIE PARTNER

Washington als NATO-Flaggschiff hat den in seinem Kielwasser folgenden Geleitzug gemustert und das Kommando gegeben: „Folgen Sie mir!“ Das bezieht sich auf die offene Attacke, zu der die USA nach dem Zusammenbruch der Geheimaktionen gegen Volkspolen übergegangen sind. Das Weiße Haus heizt die Leidenschaften an, dramatisiert die Situation, feuert aus allen Propagandaroehren, erklärte „Sanktionen“ gegen Warschau und Moskau, wobei es forderte, die Verbündeten hätten sich ihnen unverzüglich anzuschließen. Das sind so die Diktatorallüren der USA.

Der US-Imperialismus verfolgt in diesem Fall gleich mehrere Ziele, von denen wir einige hervorheben wollen.

„Internationalisierung der Krise“. Washington möchte so viele Länder wie möglich darin einbeziehen. Doch nicht nur das, sondern sie auch auf Vordermann bringen, damit die Verluste und die Beulen vor allem die Partner und Verbündeten abbekommen. Man zieht sie — und nicht zum erstenmal — in einen Wirtschaftskrieg gegen den Sozialismus, in dem klaren Bewußtsein, daß sie und nicht die USA die größten Einbußen zu tragen haben werden. Die Länder, die sich dem amerikanischen Druck beugen, könnten nämlich bitter dafür zu büßen haben, wenn sie ihre Stellungen im Handel mit der UdSSR verlieren. Und Handelsbeziehungen lassen sich leichter kaputt machen als erneuern.

Ein anderes Ziel Washingtons ist es, den Rummel um Polen zu verlängern und zu verstärken. Unter diesen Umständen fiele es dem US-Imperialismus leichter, seinen Kurs auf die Weltherrschaft zu verfolgen, den psychologischen Krieg gegen den Sozialismus zu intensivieren, die Atmosphäre in Europa zu vergiften, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost und folglich die Wirtschaftspositionen seiner konkurrierenden Verbündeten zu untergraben. Mit der Anheizung der Leidenschaften hoffen die USA außerdem die Antikriegsbewegung in den westeuropäischen Ländern zu unterdrücken, die das Weiße Haus daran hindert, das entstandene Kräftegleichgewicht zwischen West und Ost zu brechen und die militärische Überlegenheit über den Sozialismus zu erlangen.

Da Washington bereits traurige Erfahrung mit „Sanktionen“ gegen die UdSSR besitzt, die sowohl vor 50 wie vor 2 Jahren zum Bumerang wurden, hat man es diesmal gründlich machen wollen. Es gab verstärkten Druck über diplomatische Kanäle, der stellvertretende US-Außenminister unternahm eine Blitzreise durch westeuropäische Hauptstädte, Ronald Reagan traf mit Bundeskanzler Schmidt zusammen, und zum Bereitschaftsappell der Partner wurde die Konferenz der EG-Außenminister. Kulminationspunkt des Drucks auf die Verbündeten wurde die spezielle NATO-Ratstagung, die auf Drängen der Reagan-Administration am 11. Januar in Brüssel stattfand. Der offiziellen Zusammenkunft ging ein geheimes Treffen von Vertretern der USA, Großbritannien, Frankreichs, der BRD und Italiens voraus. US-Außenminister Haig legte dabei das „Maximalprogramm“ der weiteren Schritte der USA bezüglich der polnischen Ereignisse vor. Die Reagan-Administration verlangte, daß die Erpressungs- und Druckmaßnahmen von allen anderen Blockmitgliedern gebilligt und aktiv unterstützt würden.

Die Partner demonstrierten Klassensolidarität mit Washington und erlaubten sich rücksichtslose Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens. Unter Verletzung aller Normen und Prinzipien des Völkerrechts richteten sie Drohungen und Warnungen an die Adresse Polens und der UdSSR. Eine besondere Haltung bezog Griechenland, dessen Regierung die Situation nüchterner einschätzte und beschloß, ihre Unterschrift unter das unverschämte Dokument der EG zurückzuziehen und verschiedene Punkte des NATO-Kommuniqués abzulehnen.

Die auf US-Diktat von den NATO-Ländern beschlossenen neuen diskriminierenden Entscheidungen gegenüber Polen bedeuten einen unzulässigen Druck auf einen souveränen Staat. Sozusagen einen Druck unter Druck. Um aber noch einmal zu der EG-Konferenz zurückzukehren: Hier wurde klar, daß die Ergebnisse von der Erkenntnis gekennzeichnet waren, wie wichtig die weitere Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten, darunter auch im wirtschaftlichen Bereich, für die eigenen langfristigen Interessen der EG-Länder ist. Doch die USA setzen ihren Druck auf die Verbündeten fort, da sie die Basis europäischer „Sanktionen“ gegen die UdSSR und Polen für die Zukunft schaffen wollen.

Mit dem Fangseil wollte Washington all seine Partner an die Leine legen. Sanktionen gegen die, die keine „Sanktionen“ trafen, sind nicht auszuschließen... Dieses Vorgehen Washingtons ist keine Überraschung, sondern eine Gesetzmäßigkeit, ein klassisches Lehrbeispiel für die Politik des US-Imperialismus.

Michail TSCHERNOUSSOW



# Warschau im Januar

Anatoli DRUSENKO

Ein paar Tage nach Verhängung des Ausnahmezustands gab der Oberbürgermeister Warschaus im gedrängt vollen Pressezentrum des polnischen Außenministeriums eine Pressekonferenz. In knappen Worten teilte er mit, daß der Verkehr und die anderen kommunalen Einrichtungen in der Stadt normal funktionierten, die Krankenhäuser und Polikliniken wie üblich geöffnet hatten, die Belieferung von Geschäften mit Brot, Milch und Gemüse sich allmählich verbesserte und sich die Situation in den Industriebetrieben nach und nach stabilisierte.

Man brauchte nur durch die Warschauer Straßen zu gehen, um sich davon zu überzeugen. Aber meine westlichen Kollegen wollten unbedingt Sensationen, und zwar ganz bestimmter Art. Als der Warschauer OB mit seiner kurzen Mitteilung fertig war, hagelte es provokatorische Fragen: nach angeblichen Massendemonstrationen in Industriebetrieben, nach „Opfern“ dieser Tage in Warschau. In derselben zurückhaltenden, wortkargen Art wurden all diese Fragen verneint.

Ton und Ausrichtung der Fragen zeigten klar, wie die westliche Propagandamaschinerie auf die neue Wendung in Polen reagierte. Die hysterische, gehässige, sich um keinerlei Ethik der internationalen Beziehungen kümmernde antipolnische Kampagne, die die imperialistischen Kreise im Westen aufgezogen haben, schlägt wohl alle Rekorde von Lügen und Falschmeldungen.

Aber Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Während sich die über das Scheitern der Konterrevolution in der VR Polen eroberte imperialistische Propaganda in der Schilderung der „Schrecken“ in Polen ereifert, stabilisiert sich die Situation hier allmählich.

Die Schulferien sind zu Ende (unter den Bedingungen des Ausnahmezustands hatten sie etwas länger als sonst gedauert), und Hunderttausende polnische Kinder gehen wieder zur Schule. Täglich streben die Werktätigen ihrem Arbeitsplatz — an einer Werkzeugmaschine, einem SM-Ofen, auf dem Turmkran, am Steuer eines Omnibusses, am Operationstisch, im Laden — zu. Die Kommissionen des Sejms tagen. Die Regierung trifft Entscheidungen über die brennenden Fragen.

Gewiß, der Ausnahmezustand bringt die notwendigen Beschränkungen mit sich. Aber die meisten Polen sehen die Zweckmäßigkeit und den tiefen Sinn solcher Beschränkungen ein und sind sich darüber klar, welches Unglück die entschlossenen Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Kräfte verhüten haben.

In diesen Tagen unterhielt ich mich mit vielen Warschauern: mit Arbeitern, Werkdirektoren und Parteiaktivisten. Natürlich kamen wir auf den Ausnahmezustand zu sprechen. Alle meine Gesprächspartner waren sich einig: Er war notwendig. Notwendig, um den Extremisten aus der „Solidarność“-Führung und dem Abschaum aus KOS-KOR und der „Konföderation Unabhängiges Polen“ (KPN) das Handwerk zu legen.

Die öffentlichen Erklärungen der neugebackenen Gewerkschaftsbözen und „Experten“, die von einer „Selbstverwaltung der Rzeczpospolita“ träumten, und zahlreiche Dokumente, die im Hauptquartier von „Solidarność“ aufgefunden wurden, verdeutlichen die Pläne der Konterrevolutionäre. Sie bereiteten einen Umsturz mit all seinen Begleiterscheinungen — Divisionen, Terror, Sabotage — vor. Er sollte zum Bürgerkrieg führen. Letzten Endes wäre es eine nationale Tragödie gewesen.

Die Menschen waren von den ununterbrochenen Streiks und Konflikten erschöpft. Sie verloren jede Zuversicht.

Von Anfang an wirkten die „Solidarność“-Führer nach dem Motto „Je schlimmer, desto besser“. Schlimmer für die Partei und die Volksmacht, besser dagegen für die „Solidarność“-Führer. Aber seit einem bestimmten Augenblick wirkte dieser Grundsatz gegen sie selbst. Nicht von ungefähr rief auf der unrühmlich bekannten Sitzung der Landeskommision von „Solidarność“ in Radom ein Mitglied der Führung dieser Organisation dazu auf, möglichst rasch mit der Machtergreifung zu beginnen, weil die Massen durchschauten, welches Spiel „wir“ treiben, und „uns“ einfach fallenlassen könnten.

Das Hauptergebnis der ersten Wochen nach Verhängung des Ausnahmezustands ist die Ruhe, die in die polnischen Häuser zurückgekehrt ist, und die Möglichkeit, zu arbeiten und in normaler Atmosphäre die komplizierten Aufgaben zur Überwindung der Krise zu lösen.

Henryk Jaszczuk, Schlosserbrigadier im Warschauer Werk für automatische Pressen, sagte mir: „Wir müssen diese Krise bewältigen, und wir werden es schaffen. Dazu führt nur ein einziger Weg: Arbeit. Die Menschen verstehen das. Die Arbeitsdisziplin hat sich gefestigt. Es gibt keine lauten, oft fruchtlosen Diskussionen, keine endlosen Streitereien, keine billige Demagogie mehr. Die Arbeiter sind bemüht, die Aufgaben zu erfüllen. Hier herrscht eine einfache Gesetzmäßigkeit: Wenn wir mehr produzieren, werden wir schneller die Probleme des Marktes lösen, die Inflation besiegen und den Lebensstandard heben.“

Erstmalig in den letzten 16 Monaten lebt das Land ohne Streiks, ohne Ankündigung von Streiks. Mit jedem Tag erhöhen die Betriebe das Produktionstempo. Die Zeitungen bringen solche Meldungen auf den ersten Seiten. Die Kohlegewinnung steigt, die Energetiker und Transportarbeiter sind tüchtig am Werk, die größ-

UdSSR—MALTA

## GEMEINSAME STANDPUNKTE

Alex Sciberras Trigona war in den letzten Jahren außenpolitischer Sekretär der regierenden Labour-Partei Maltas. Er hat viel zur Festigung der Souveränität sowie der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit seines Landes beigetragen. Trigona ist nun zum drittenmal in Moskau, diesmal als Gast der sowjetischen Regierung. Nach dem Sieg der Labour-Partei bei den Parlamentswahlen von 12. Dezember 1981 wurde er Außenminister in der Regierung Mintoff.

Während seines am 11. Januar be-

defen Besuchs konferierte unser Gast mit Andrej Gromyko, traf mit Außenhandelsminister Patolitschew und dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der UdSSR für Außenwirtschaftskontakte Skatschkow zusammen. Wie es in einer sowjetisch-maltesischen Mitteilung heißt, erörterten Gromyko und Trigona in einer sachbezogenen und freundschaftlichen Atmosphäre einige aktuelle Probleme der Weltlage sowie Zustand und Aussichten der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.

Obwohl die Republik Malta — fünf

inseln im Mittelmeer — nur klein ist, spielt sie eine beachtliche Rolle im internationalen politischen Leben. Sie ist Mitunterzeichner der KSZE-Schlußakte und genauso wie die Sowjetunion am Erfolg der jetzigen Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz interessiert. Malta braucht zu seiner normalen Entwicklung dringend Frieden und Zusammenarbeit, insbesondere in der Mittelmeerregion. In Moskau wurde die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens der interessierten Staaten bekräftigt, zur Ausräumung aller Spannungsfaktoren im Mittelmeer beizutragen. Die Seiten konstatierten die gefähr-



ten Hütten-, Chemiewerke und Landmaschinenfabriken sorgen für eine rhythmische Produktion.

All das gibt die Hoffnung, daß man der Schwierigkeiten allmählich Herr wird. Aber zahlreiche komplizierte Probleme sind noch zu lösen. In diesem Jahr war der wirtschaftliche Start außerordentlich schwierig: Es mangelt an Roh- und Werkstoffen, an Strom, die Kooperationsverbindungen sind gestört.

Die gegenwärtige Situation in der Wirtschaft erfordert ein Manövrieren mit Roh- und Werkstoffen, Energie und Arbeitskräften, um das Vorhandene maximal zu nutzen und alle Möglichkeiten zwecks Erweiterung der Produktion zu realisieren.

Auch soziale Fragen und Probleme der Lebensbedingungen sind akut. Da die Tätigkeit der Gewerkschaften ausgesetzt ist (die Spaltung und Desorganisation der Gewerkschaftsbewegung ist ebenfalls eine Schuld der Konterrevolutionäre), fällt es viel schwerer, sie zu lösen. Bei den Werkdirektionen werden Kommissionen eingesetzt, die sich mit solchen Fragen befassen. Auch die Parteiorganisationen packen nun aktiver mit an.

Anna Zacny, Sekretär des Parteikomitees der Konfektionsfabrik „Cora“ in Warschau, erzählte: „Viele Menschen kommen zu uns mit ihren Anliegen. Der eine hat keine Kohlen zum Heizen, dem anderen ist das Kind krank, wieder ein anderer will sich umqualifizieren, und wir müssen allen helfen. Von der Erledigung solcher tagtäglichen Angelegenheiten hängt auch das Klima im Kollektiv ab, was heute sehr wichtig ist.“

Die Wiederherstellung eines günstigen Betriebsklimas (diesem Ziel gilt heute u. a. die Tätigkeit der Parteiorganisationen) ist keineswegs einfach. Die antisozialistischen Kräfte haben die polnische Wirtschaft stark geschädigt, aber einen noch größeren Schaden richteten sie im Bewußtsein der Werktätigen an. Jetzt ist besonders klar, wie verderblich ihre Taktik war, die die Menschen einander entfremden, überall

Argwohn, Angst und Haß säen sollte. Die Trennlinie, die die Extremisten von „Solidarność“, alle möglichen KOR- und KPN-Leute so eifrig zogen, verlief durch die ganze Gesellschaft, durch Belegschaften und Familien.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit der Mitarbeiterin eines Warschauer Betriebes:

„Länger konnte das nicht so gehen“, sagte sie mit Tränen in den Augen. „Ich bin seit 20 Jahren in der Partei und mit ihr für mein Leben verbunden. Es kam schon vor, daß nur ich allein aus der ganzen Werkabteilung nicht gestreikt habe. Die übrigen legten die Arbeit nieder, obwohl sie es vielleicht nicht wollten. Sie waren eben von den Burschen von „Solidarność“ eingeschüchtert. Und wieviel Bosheit und Haß kam da ans Tageslicht! Mein Schwiegersonn betätigte sich aktiv bei „Solidarność“. Stellen Sie sich nur vor, er schrie mir ins Gesicht: „Ich werde noch eine Laterne finden, an der man dich aufknüpft!“ Leute wie er kennen das Leben noch nicht, und dabei wollten sie über unser Schicksal entscheiden und es nach dem westlichen Muster gestalten. Was wissen die vom Krieg, von der Okkupation, vom Hunger? Wir dagegen haben all das gekannt und auch gesehen, woher die Freiheit zu uns kam. Ich habe nicht vergessen, wann ich sowjetische Soldaten zum erstenmal sah. Das war eine Freude! Dank ihnen konnten wir überleben, obwohl wir acht Kinder in der Familie waren. Und nun wollten diese Abenteurer all das aus unserem Gedächtnis löschen. Sie taten alles, um das zu erreichen, sie hetzten die Menschen gegeneinander auf. Endlich, endlich ist dieser Alpdruck zu Ende und kommt das normale Leben wieder.“

Die Parteiaktivisten betonen bei Aussprachen trotzdem: Man muß wachsam sein, um jederzeit Ausfälle der politischen Abenteurer unterbinden zu können. Besonders wichtig ist es deshalb, die Tätigkeit der Parteiorganisationen zu aktivieren, die berufen sind, die Werktätigen zur Lösung der aktuellen Aufgaben zu mobilisieren und die Parteireihen auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus zusammenzuschließen. Das wurde u. a. auf dem Plenum des Warschauer Komitees der PVAP hervorgehoben.

Der Januar treibt den Schnee durch die Warschauer Straßen. Das ist ein besonderer Monat in der neuesten Geschichte der polnischen Hauptstadt. Am 17. Januar 1945 brachten sowjetische und polnische Soldaten ihr die langersehnte Befreiung von den Schrecken der Naziokkupation. Damals begann die einzigartige Epopöe der Wiedergeburt der Stadt aus Ruinen und Asche. Man kann wohl sagen, daß das schöne Warschau eine der großartigsten Errungenschaften des Sozialismus in Polen ist, der Errungenschaften, die niemand imstande ist, dem polnischen Volk zu entreißen.

Warschau

NZ KOMMENTAR

## AUSSICHTSLOSES UNTERFANGEN

In Nikaragua wurde ein konterrevolutionäres Komplott aufgedeckt. Die Verschwörer, die mit Somoza-Leuten (sie haben in benachbarten Staaten ihre Organisationen aufgezogen) und anderen rechten Gruppierungen verbunden waren, bereiteten ein Attentat auf die Landesführung, die Sprengung der größten Industriebetriebe und andere Terror- und Diversionsakte vor.

Das war nicht der erste Versuch der Reaktion, den revolutionären Prozeß in Nikaragua zum Krebsgang zu zwingen. Bekannt ist auch, wer sie zu diesen feindlichen Schritten animierte: die US-Administration, noch genauer, die CIA.

Wie erinnerlich, traten Präsident Reagan und Außenminister Haig wiederholt gegen Nikaragua auf. Sie drohten diesem Land mit allen möglichen Sanktionen. Vor der nikaraguanischen Küste wurden provokatorische Manöver der US-Kriegsmarine und -Luftwaffe durchgeführt. Um die Revolution zu erwürgen, verweigerten die USA Nikaragua Kredite und den Verkauf von Weizen. Das Pentagon trägt sich auch mit Plänen einer See- und Luftblockade dieses Landes.

Auf dem Territorium der USA bestehen Militärlager, wo Tausende Söldner unter CIA-Anleitung ausgebildet werden (darunter in Diversionen), um nachher über Guatemala, Honduras, El Salvador und Kosta-rika in Nikaragua eingeschleust zu werden. Laut „Miami Herald“ verübten die Söldnerbanden allein 1981 über 40 Überfälle. Die Auslandspresse meldet auch, daß sich die CIA unmittelbar auf nikaraguanischem Boden betätigt. In der US-Botschaft in Managua haben sich z. B. 10 Agenten dieser Spionagezentrale als „politische Berater“ etabliert. Gerade sie haben die Aufgabe, die Lage im Lande zu destabilisieren, und bereiten eindeutig den Sturz des bestehenden Regimes nach chilenischem Muster vor. Die Aufdeckung des Komplotts vom Januar bestätigte das überzeugend.

Im Zusammenhang mit der Entlarvung der Verschwörer haben die nikaraguanischen Behörden alle Werktätigen, das ganze Volk aufge-rufen, jegliche Umtriebe der Konterrevolutionäre entschieden zurückzuweisen. In der Geschlossenheit und Einheit des Volkes liegt das Unterpand eines erfolgreichen Vormarsches des neuen Nikaragua, das fest entschlossen ist, dem Imperialismus und der inneren Reaktion eine Abfuhr zu erteilen.

W. DOLGOW

liche Lage im Nahen Osten und sprachen sich für die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz unter Beteiligung der PLO aus.

Die Gesprächspartner erklärten, daß der im Oktober 1981 vollzogene Notenwechsel über die Anerkennung, Achtung und Unterstützung des Status Maltas als neutraler Staat, der eine Politik der Nichtpaktgebundenheit verfolgt, durch die Sowjetunion ebenso wie andere sowjetisch-maltesische Abkommen eine gute Grundlage für den weiteren Ausbau einer ersprießlichen Zusammenarbeit bildet.

W. SCHELEPIN



## ES WAR UNVERMEIDLICH

Die westafrikanische Republik Ghana hat in den letzten 15 Jahren 5 Militärputsche erlebt. Der jüngste, vom 31. Dezember 1981, wurde von einer Gruppe ghanaischer Offiziere unter Hauptmann der Luftstreitkräfte Jerri Rawlings verübt. Der von ihnen gegründete Provisorische Nationalverteidigungsrat setzte den Präsidenten Hilla Limann ab, löste das Parlament auf, setzte die Verfassung aus und verbot alle Parteien.

In einer Botschaft an das Volk erklärte Rawlings, diesmal sei es in Ghana „nicht ein Umsturz, sondern eine Revolution“, und die Zeit sei gekommen, die Gesellschaft wirklich demokratisch umzugestalten, damit das ganze Volk aktiv an der Beschlussfassung teilnehmen könne. Er verurteilte die bisherigen Führer Ghanas, die in Korruption versunken gewesen seien, und forderte die Bevölkerung auf, der neuen Macht bei der Wiedergeburt des Landes beizustehen.

In der Tat ist die Beseitigung der Korruption für Ghana eines der wichtigsten Probleme. Die Käuflichkeit kleiner Beamten, besonders in der Polizei, war längst sprichwörtlich. Aber den größten Schaden fügte dem Land eine im großen betriebene Korruption zu, wenn Schmiergelder für Erteilung von Importlizenzen, Vermittlung von Regierungsaufträgen, Ausstellung von Pässen gezahlt oder Dienststellungen zur persönlichen Bereicherung miß-

braucht wurden. In der Regierungspartei kam es mehrmals zu Eklat, weil hochgestellte Funktionäre sich Millionen unter den Nagel rissen.

Die abgesetzte Regierung hatte die Wirtschaft des Landes in ein Chaos gestürzt: Die Inflation erreichte 100% im Jahr, die Nahrungsmittelpreise und Transportgebühren zogen katastrophal an. Im letzten Jahr stiegen die Preise für kommunale Dienstleistungen fast auf das 4fache. Die Bestechlichkeit der Polizei machte Ghana zu einem Schmugglerparadies. Am skandalösesten war die ungesetzliche Ausfuhr von Kakao, des wichtigsten Exportartikels Ghanas. Etwa ein Sechstel des Aufkommens an Kakao, der als der beste in der Welt gilt, eigneten sich Schmuggler an.

Die Erträge in der Landwirtschaft Ghanas, besonders an Kakaobohnen, sinken ununterbrochen. Gegenwärtig werden nur 2% der bestellbaren Böden bearbeitet. Nicht besser sieht es in der Industrie aus. Nach Ansicht vieler Fachkräfte sind die Produktionskapazitäten zu nur 30% und selbst die Goldminen zu lediglich 60–70% ausgelastet. Das erklärt sich damit, daß Devisen für die Erneuerung funktionsuntüchtiger Ausrüstungen mangeln.

Kurz vor dem Putsch teilte die ghanaische Zeitung „Believer“ mit, die Arbeitslosigkeit habe einen bisher nie dagewesenen Stand erreicht. Die sanitären Verhältnisse in

den Städten und Dörfern seien furchterregend, das Transportwesen zerrüttet, die Straßen unbefahrbar. Und weiter: „Unserem Land droht eine allumfassende Katastrophe, da sämtliche Wirtschaftszweige stagnieren.“

Und all das in einem Staat mit außerordentlich reichen Naturressourcen. Ghana besitzt bedeutende Vorkommen an Gold, Diamanten, Bauxiten, ferner wertvolle Holzarten und eine solide Energiebasis.

Die von Rawlings angesprochenen Zustände rissen ein, als die einheimische Reaktion 1966 mit Beistand der CIA einen Putsch veranstaltete, der das fortschrittliche Regime Kwame Nkrumahs, des ersten Präsidenten des unabhängigen Ghana, stürzte. Danach wurde die Entwicklung des Landes in kapitalistische Bahnen gelenkt. Diese Orientierung blieb auch nach den anderen Umstürzen, in deren Zuge sich in Ghana sieben Staatschefs ablösten. Doch ging es ihnen nicht um die Interessen des Volkes, sondern um ihre persönliche Bereicherung. Wie die ghanaische Wochenschrift „Mirror“ schrieb, wurde in Ghana durch die Umstürze „eine feudal-kapitalistische Formation“ verankert. Alles, was Nkrumah getan hatte, ging verloren. Die unentgeltliche medizinische Betreuung und die unentgeltliche Bildung in Grund- und Mittelschulen wurden aufgehoben. Die medizinische Behandlung war nunmehr ein Privileg der reichen Leute. Viele landwirtschaftliche Genossenschaften wurden aufgelöst, die staatlichen Betriebe an Privatpersonen verkauft.

Die reaktionären Elemente, die nach dem Sturz Nkrumahs an die Macht kamen, orientierten die Politik Ghanas voll und ganz auf die

## JAPAN

## ZUM NEUEN HAUSHALTSPLAN

Die japanische Regierung billigte den Staatshaushalt für das Finanzjahr 1982, das am 1. April beginnt. Angesichts der zunehmenden Wirtschaftsschwierigkeiten sieht der Etat die Erhöhung der allgemeinen staatlichen Ausgaben um nur 6,2% vor, was die niedrigste Kennziffer in den 36 Nachkriegsjahren ist. Die Sozialprogramme, die Aufwendungen für Wissenschaft und Volksbildung wurden abgebaut, dafür nehmen die mit 7,8% festgelegten Militärausgaben erstmalig in der Nachkriegszeit rascher als die gesamten Budgetausgaben zu.

Was bedeutet die Ziffer 7,8%? Vor allem, daß die Militärausgaben im bevorstehenden Finanzjahr im absoluten Ausdruck beinahe 2,6 Billionen Yen (11,8 Md. Dollar) betragen werden. Das nationale Verteidigungsamt hat bereits die Pläne bekanntgegeben, 43

der neuesten F-15-Jäger, 17 U-Jagdflugzeuge und Hubschauber anzukaufen, Kriegsschiffe zu bauen und die Armee zahlenmäßig zu verstärken.

Die Erhöhung der Militärausgaben beunruhigt natürlich die friedliebende Öffentlichkeit Japans und seiner Nachbarstaaten. Es sei auch auf den psychologischen Aspekt der ständigen Steigerung der Militärausgaben hingewiesen. Man will die Steuerzahler offensichtlich an den Gedanken gewöhnen, immer neue „Rekorde“ in diesem Bereich seien unvermeidlich. Seinerzeit versprach die Regierung, die Militärausgaben würden nicht über 1% des Bruttosozialproduktes ausmachen. Nach Schätzungen hiesiger Wirtschaftsbeobachter jedoch wird das „Limit“ 1984 überschritten werden.

In Tokio führt man zwei Argumente ins Treffen: die „sowjetische Bedro-



hung“ und den Druck der US-Regierung. Wenn der erste Grund erdichtet ist, so ist es der zweite mitnichten. Während eines Treffens Präsident Reagans mit Premierminister Suzuki im Mai 1981 versprach dieser, „noch größere Anstrengungen“ zu unternehmen, um das Rüstungspotential seines Landes zu erhöhen. Während der Diskussion über den neuen Haushaltsplan wurde



Zusammenarbeit mit dem Westen, der „Hilfe“ versprach. Das war mit der Grund für die chronische Labilität der politischen Lage. Das Volk sah, wie westliche Firmen sein Land rücksichtslos plünderten, ohne etwas für seine Wirtschaft zu tun. Solchen Firmen wurden die günstigsten Bedingungen geschaffen. Neuerdings drang das Big Business der USA in verstärktem Maße in die ghanaische Wirtschaft, besonders in den Bergbau, ein. Ist man in Washington nicht deshalb über den Sturz der Regierung Limann so sehr „besorgt“? Im State Department wurde sogar eine Sondergruppe eingesetzt, die die Entwicklung in Ghana verfolgt. Die „New York Times“ gibt ohne Umschweife zu, daß die US-Regierung den Amtsantritt der Militärs unter Jerri Rawlings als einen „Schlag gegen die Interessen der USA und der anderen westlichen Länder“ ansieht.

Die imperialistische Propaganda ergießt Ströme von Lügen und Verleumdungen über die neue Macht in Ghana. Ohne jegliche Gründe bringt sie den libyschen Führer Muammar Ghaddafi mit den Geschehnissen in Ghana in Verbindung. Durch diese provokatorische Erfindung will sie die Aufmerksamkeit von den wahren Schuldigen an der tiefen Krise Ghanas — von der einheimischen Reaktion und ihren westlichen Gönnern — ablenken.

Der Bankrott des Limann-Regimes ließ in der Gesellschaft das Bedürfnis nach Veränderungen heranreifen. Die Explosion war unvermeidlich. Immer häufiger wurde in Ghana zur Nationalisierung des Grund und Bodens, zur Einschränkung der Tätigkeit des ausländischen Kapitals, zur Rückkehr auf den sozialistisch orientierten Weg sowie dazu aufgerufen, den Werktätigen die sozialen Leistungen zu sichern, die ihnen zur Zeit Nkrumahs zugestanden hatten.

Das war der Hintergrund des jüngsten Staatsstreiches. Übrigens leitete Rawlings auch den vorherigen Umsturz in Ghana, den von 1979. Der von ihm damals eingesetzte Revolutionsrat der Streitkräfte bestrafte Staatsmänner, die sich die Korruption hatten zuschulden kommen lassen, und die schlimmsten Schieber. Doch blieb er nur 112 Tage an der Macht, dann verzichtete er auf sie freiwillig und gab somit die Möglichkeit, Präsidentschaftswahlen abzuhalten, in der Hoffnung, das würde zur Verbesserung der Wirtschaftslage und zur Beseitigung der Korruption beitragen.

Die Volksmassen sind mit dem Sturz des Limann-Regimes zweifellos zufrieden. Sie begrüßen die Macht der Militärs unter Jerri Rawlings, denn sie glauben, daß er die Lage im Lande sanieren wird.

N. MALYSCHewa

der Druck verstärkt. So drohte US-Verteidigungsminister Weinberger in einer Ansprache im japanischen Fernsehen „Gegenmaßnahmen“ an, falls die Militärausgaben nicht stark heraufgesetzt würden. Gemeint war, daß die USA zusätzliche Zollschränken einführen können, um das Defizit im Handel mit Japan zu verringern, das 1981 schätzungsweise rd. 18 Md. Dollar betrug. Diese und andere Druckmethoden gegenüber Tokio verfehlen natürlich nicht ihre Wirkung. Doch wären sie ohne das gleichzeitige Nachstoßen durch die japanische militaristische Lobby nicht so wirksam. Die einflußreichsten Fraktionen der herrschenden Liberal-Demokratischen Partei, die reaktionären Kreise einiger Oppositionsparteien und das an der Rüstungsproduktion beteiligte Großkapital, sie alle drängen auf eine Verstärkung der Armee.

Die fortschrittlichen Kräfte Japans und die breite Öffentlichkeit sehen klar die Gefahr, die dem Lande aus dem Abgleiten zur Militarisation erwächst.

Die Opposition ist gegen den sprunghaften Zuwachs der Militärausgaben aufgetreten. Nach Wiederaufnahme der Parlamentstätigkeit am 25. Januar wird eine scharfe Kritik am Haushaltsplan erwartet. Die Sozialistische Partei bereitet eine Antikriegsmanifestation von 300 000 vor, die Komeito die Sammlung von 10 Millionen Unterschriften unter den Aufruf zum Frieden, und der Generalrat der Gewerkschaften (SOHYO) wird eine Hiroshima-Friedensaktion veranstalten, in deren Verlauf, wie man annimmt, fast jeder dritte Landesbürger die Forderung nach dem Kernwaffenverbot unterschreiben wird.

Die starke Erhöhung der Militärausgaben zeigt, daß Tokio sich immer mehr der gefährlichen Schwelle nähert, hinter der es, wie die Zeitung „Daily Yomiuri“ schreibt, ein Absprung in die Finsternis erwartet.

J. TAWROWSKI  
Eigenbericht

Tokio

NZ KOMMENTAR

## SCHWANKENDER BODEN

In den ersten Wochen 1982 hat sich die Lage in Sudan merklich zugespitzt. Zahlreiche Protestdemonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik des Nimeiri-Regimes, anti-amerikanische Losungen, MPI-Garben, krachende Handgranaten und Tränengasschwaden in den Straßen, in denen die Sicherheitskräfte die Demonstranten niederzuhalten versuchen: So schildert die libanesische Zeitung „Al-Safir“ die Situation in Khartum. Ebenso wie im vorigen November sind die Unruhen, die unter den Studenten begannen, in Massenkaktionen der Werktätigen in vielen Gebieten Sudans hinübergewachsen.

All das zeugt von der sich vertiefenden Krise, die eine Folge der Innen- und Außenpolitik des Regimes ist. Sich seinen Gönner Sadat zum Vorbild nehmend, hat Nimeiri dem Auslandskapital Tür und Tor geöffnet und war bereit, Sudan zu einem US-Aufmarschgebiet herabzuwürdigen. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Sudan, eines der ärmsten Länder der Welt, hat Auslandsschulden von 3 Md. Dollar. Mehr als die Hälfte der Betriebe sind stillgelegt, der ohnehin äußerst niedrige Lebensstandard der Werktätigen sinkt weiter. Der internationale Währungsfonds knüpft die Gewährung neuer Anleihen für Khartum an eine Preiserhöhung und die weitere Kürzung der staatlichen Subventionen für Massenbedarfsartikel. Die Tatsache, daß Nimeiri die Forderungen der Gläubiger annahm, löste denn auch die heutigen Unruhen aus.

Das Regime heizt die antilibysche Hysterie an, um die Bevölkerung von den inneren Problemen abzulenken. Nach Empfehlung von US-Beratern verstärkt Nimeiri die Repressalien gegen die oppositionellen demokratischen Kräfte, die immer mehr nach Zusammenschluß streben, veranstaltet Säuberungen im Staatsapparat.

Wie die arabische Presse meldet, steht im Lande ein Kontingent ägyptischer Truppen, das die Sicherheit des Regimes garantieren soll. Aber die sudanesischen Anhänger Sadats sind jetzt offenbar nicht mehr so fest davon überzeugt, daß sie sich voll und ganz auf ägyptische Hilfe verlassen können. Beobachter erinnern daran, wie US-Rangers während des vor kurzem abgesetzten Manövers in Sudan abgesetzt wurden, und schließen nicht aus, daß sie wieder auftauchen könnten, um das Regime zu retten, dem der Boden unter den Füßen weggleitet.

A. STEPANOW



# AUF DEM WEG DER MILITARISIERUNG

Wladlen BAIKOW

Morgens fahren in den Bahnhof Lahores, der zweitgrößten Industriestadt Pakistans, überfüllte Vorortzüge mit Dieselantrieb einer nach dem anderen ein. Der Menschenstrom, der sich durch das breite schmiedeeiserne Bahnhofstor in die Stadt ergießt, wird keine Minute dünner.

In der Menge fallen ärmlich gekleidete, verworren um sich blickende Menschen, die meist ein Bündel oder ein Kofferchen in der Hand halten, auf. Täglich kommen in Lahore Hunderte Arbeitslose aus Dörfern und kleinen Provinzstädten an, meist junge Leute, die hoffen, in der großen Stadt unterzukommen. Vom Trubel betäubt, lassen sie sich vom Menschenstrom treiben. Das erste, was sie in Lahore sehen, ist ein riesiges Werbeschild am Bahnhof. Junge Soldaten mit Helmen, offensichtlich zufrieden mit dem Leben, lächeln von ihm herab. Ihre Arme halten ohne Anstrengungen Gewehre und Maschinenpistolen, ihre Schultern spüren nicht die Schwere des Tornisters. Ihr strahlendes Hollywood-Lächeln gilt den Altersgenossen, die gerade vom Bahnsteig herkommen: Keine Bange nicht, Jungs, kommt nur zur Armee, ihr werdet es schon nicht bereuen!

Einmal trat ich an einen jungen Mann heran, der vor dem Werbeplakat stand. Er notierte sich die Adresse des Werbebüros auf einem Fetzen Papier. Die runde Filzmütze und die Jacke aus haugewebtem Stoff verrieten einen Ankömmling aus dem fernen Norden des Landes. Wir kamen ins Gespräch. Hamid Akhtar erzählte mir, daß er vor zwei Jahren die Universität Peschawar absolviert hatte, doch keine Arbeit fand. Dabei hatte er alte Eltern und drei jüngere Geschwister. Um seinen Angehörigen zu helfen, beschloß er nun, auf die Militärschule zu gehen. „Es erweist sich, daß Pakistan nicht Lehrer, sondern Soldaten braucht“, sagte er mir verbittert beim Abschied.

Das Filmstarlächeln auf besagtem Plakat lockt nicht nur in Lahore, sondern auch in anderen Städten, es strahlt einem vom Bildschirm im Fernsehen und Film, von Illustrationen und Wandkalendern entgegen. Die Reklame verspricht

einen „soliden Sold“, „gute Aufstiegsmöglichkeiten“ und vor allem „Zukunftsgewißheit“. Verlockend. Die Massenarbeitslosigkeit in Pakistan hat all das vielen Tausenden junger Bürger wirklich geraubt.

Pakistan hat eine der größten Armeen Asiens, etwa eine halbe Million Mann in Heer, Luft- und Seeflotte, und ebensoviel in der Reserve.

Der reale pakistanische Soldat wird geschliffen und geschunden, bis ihm das Lächeln vergeht. Außerdem ist Pakistan ein Agrarland, meist sind die Soldaten aus dem Dorf, das Analphabetentum erreicht dort 80%, und so wird der lese- und schreibunkundige, in religiösen Vorurteilen befangene, auf blinden Gehorsam getrimmte Soldat zu einem gefügigen Instrument jener, die die Befehle erteilen. Die Armee spielte im politischen Leben des Landes stets eine merkliche, bisweilen sehr merkliche Rolle. Wiederholt benutzten die herrschenden Kreise sie zur Niederhaltung des unzufriedenen Volkes. Mit ihrer Hilfe kam die Macht im Lande dreimal in die Hände von Generalen, und seit 1947, als Pakistan gegründet wurde, hat sein Volk insgesamt über 17 Jahre unter Militärdiktaturen gelebt. Jetzt besteht hier schon das fünfte Jahr das Militärregime unter General Mohammad Zia ul-Haq, der im Juli 1977 die von der Pakistanischen Volkspartei gebildete zivile Regierung stürzte.

Verständlich daher, daß man mit Geld für die Armee nicht geizt. Die Militärausgaben sind in Pakistan mit Abstand größer als die staatlichen Ausgaben für soziale Zwecke, für Bildung und medizinische Betreuung zusammengenommen. Besonders rasch schnellen sie unter dem jetzigen Regime empor. So sieht der Haushalt für das Finanzjahr 1981/82 die Erhöhung der Militärausgaben um 16% vor. Sie werden dann die präzedenzlose Höhe von 17,7 Md. Rupien — fast die Hälfte des gesamten Staatshaushaltes — erreichen.

Die neuerdings besonders aufdringliche Werbung junger Leute zur Armee hängt mit den Plänen zusammen, die Streitkräfte noch zu verstärken und zugleich allgemein zu modernisieren, was die Regierung

Zia ul-Haq in den nächsten Jahren vorzunehmen beabsichtigt.

Den Militarierungsplänen werden „solide“ Argumente zugrunde gelegt. In der hiesigen Presse mangelt es keineswegs an Artikeln, in denen allen Ernstes behauptet wird, eine immer größere Gefahr für das Land sei im Anzug, das östliche Nachbarland Indien betreibe aggressive Vorbereitungen, und von Afghanistan gehe die „Gefahr einer sowjetischen Invasion“ aus.

Die höchsten Offiziere wiederholen stur, schriftlich wie auch mündlich, man müsse die Armee qualitativ verbessern und mit modernsten Waffen ausrüsten, um ihre Kampfkraft zu erhöhen.

Das Ziel der militaristischen Kampagne ist klar: Die Bevölkerung mit der angeblichen Gefahr einzuschüchtern, damit sie sich in die weitere Steigerung der Militärausgaben fügt.

Doch wäre es falsch zu sagen, daß nur die pakistanischen Generale die Militarisierung des Landes betreiben. Diesen zweifelhaften Ruhm teilen mit ihnen ihre „Seniorpartner“: hochgestellte Vertreter der militärischen und politischen Kreise der USA und Chinas.

In Washington und Peking heizt man eifrig den Propagandarummel um die „sowjetische Bedrohung“ für Pakistan an, ruft dieses auf, „militärische Macht zu erlangen“. Solchen Aufrufen folgen durchaus konkrete Schritte.

Der Umfang der schon vereinbarten und bekanntgegebenen Waffenlieferungen aus den USA ist gewaltig. Vor allem gewähren die USA Islamabad in den nächsten 5 Jahren eine militärisch-wirtschaftliche Hilfe von 3,2 Md. Dollar. Ende Dezember wurde in Washington ein Abkommen unterzeichnet, das die Belieferung Pakistans mit Panzern, Kampfhubschraubern, Haubitzen, Raketen und sonstigen Waffen für 450 Mio Dollar vorsieht. Darüber hinaus verkaufen die USA Pakistan gegen Barzahlung 40 neuste F-16-Jagdbomber für insgesamt 1,1 Md. Dollar (6 davon sollen schon 1982 verkauft werden). Da Islamabad wenig Devisen hat, wird laut Pressestimmen Saudi-Arabien den weitaus größeren Teil der Ausgaben auf sich nehmen.

Die Pekinger Führung versichert die Regierung Zia ul-Haq ebenfalls, ihren Bedarf an chinesischen Waffen „restlos decken“ zu wollen. Der Umfang der künftigen chinesischen Waffenlieferungen wird geheimgehalten, doch kann man sich eine ge-



wisse Vorstellung davon machen, denkt man daran, daß Peking Pakistan schon Waffen für mehr als 2 Md. Dollar geliefert hat. Außerdem wurden mit chinesischer Hilfe ein Instandsetzungswerk für Panzer in Taxila, eines für Flugzeuge in Camra und Fabriken für Feuerwaffen in Rawalpindi und Vah gebaut sowie die militärstrategische Karakorum-Chaussee verlegt.

Die chinesischen Führer rechnen damit, daß Islamabad als Gegenleistung den Pekinger Kurs unterstützen, konkret Indien weiterhin provozieren, die indischen Separatisten und die afghanischen Konterrevolutionäre, die gegen die Demokratische Republik Afghanistan von pakistanischem Boden aus vorgehen, ermuntern und weitgehend den Antisowjetismus in der Außenpolitik betreiben wird.

Ebenso wie die chinesischen, betrachten auch die USA-Politiker Pakistan vor allem vom Standpunkt ihrer geopolitischen Interessen in Asien.

Die USA versuchen, die Schwächung ihrer militärstrategischen Positionen im Mittleren Osten und im Indik als Folge des Sturzes des Schah-Regimes in Iran und des Zerfalls des militaristischen CENTO-Blocks dadurch wettzumachen, daß sie eine Kette neuer „Vorposten“ in Ländern mit konservativen und reaktionären Regimes anlegen. Sie brauchen Stützpunkte, Aufmarschgebiete für ihre Wühlstätigkeit gegen Staaten, deren politischer Kurs Washington nicht paßt. In erster Linie sind es Afghanistan, Iran und Indien. Im Rahmen einer solchen Strategie wird der Festigung der militärisch-politischen Allianz USA—Pakistan große Bedeutung beigemessen.

Es kümmert die Washingtoner „Sachwalter der Demokratie“ nicht, daß eine Militärjunta diesen Verbündeten in einen Polizeistaat ver-

wandelt hat und daß die herrschenden Kreise Pakistans ihre nuklearen Ambitionen keinesfalls aufgeben.

Die unverhohlene Militarisierung Pakistans ruft eine große Besorgnis in asiatischen Staaten, vor allem in Indien und Afghanistan, hervor. Wird denn Pakistans Sicherheit von jemandem bedroht? Die DRA-Regierung erklärte wiederholt, daß Afghanistan keine Differenzen mit den Nachbarstaaten hat, die nicht auf friedlichem Wege, auf der Basis guten Willens und der Staatsklugheit beseitigt werden könnten, und schlug Pakistan Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen vor. Die Regierung Indiens ist ihrerseits, wie Premierministerin Indira Gandhi mehr als einmal sagte, bereit, ihre Beziehungen zu Pakistan im Geiste guter Nachbarschaft zu gestalten. Auch der Vorschlag Islamabads an Indien, einen gegenseitigen Nichtangriffspakt zu erwägen, fand in Delhi Anklang, wenn dort auch Schwankungen bestanden, denn dieser Vorschlag wurde merkwürdigerweise mit der Erklärung über die Bedingungen verbunden, zu denen die USA Pakistan langfristige, vor allem militärische Hilfe erweisen. Indien erinnerte auch daran, daß es schon 1949 Pakistan einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen hatte, aber diese Initiative war damals nicht beantwortet worden.

Was nun die Lügenmärchen von einer Bedrohung Pakistans seitens der UdSSR angeht, so hat Leonid Breschnew sie kategorisch zurückgewiesen. In seinen Antworten auf

Fragen eines „Prawda“-Korrespondenten zu Beginn des Jahres 1980 nannte er Behauptungen, die UdSSR hege expansionistische Pläne gegen Pakistan und andere Länder dieser Region, „absolut verlogen“.

Die mit der Hilfe von Washington und Peking forcierte Militarisierung Pakistans beunruhigt auch die gesamte friedliebende Weltöffentlichkeit. Real denkende Pakistaner fragen sich immer häufiger, wohin der militaristische Kurs es treiben werde.

Ich erinnere mich an ein Treffen mit Eisenbahnern aus Lahore in den Räumlichkeiten ihrer Gewerkschaft, unweit des Bahnhofs, an dem ich das erwähnte Werbeplakat der Armee gesehen hatte.

Der Gewerkschaftsaktivist Mirza Ibrahim sagte leidenschaftlich: „Sicherlich verstehen Sie, daß wir einfachen Werktätigen das militaristische Fieber nicht brauchen. Unsere Kinder sind unterernährt. Es mangelt an Schulen und Krankenhäusern. Für soziale Zwecke eben sollte man das Geld ausgeben, nicht für Kanonen!“

Er gab mir die jüngste Ausgabe der Zeitung „Jang“ mit einem weiteren militaristischen Beitrag und fügte hinzu:

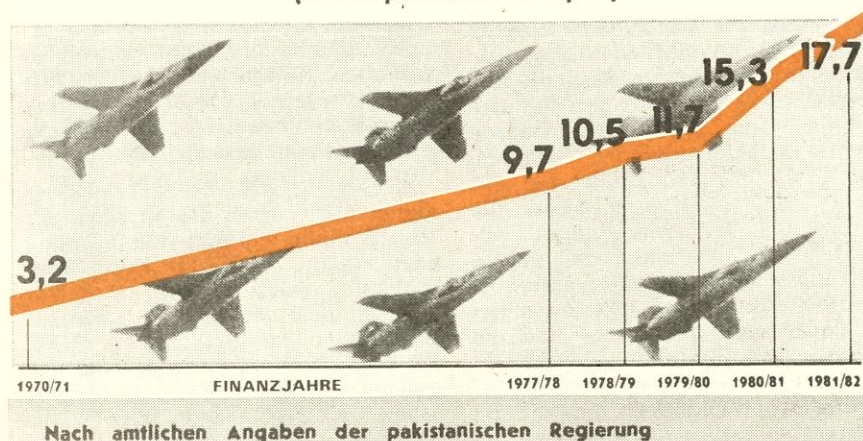
„Lesen Sie mal die Zeitungen. Täglich wird uns von einer ‚äußeren Gefahr‘ gefaselt. Es ist doch klar, daß all das erfunden ist. Trotzdem will man uns in wirklich gefährliche Abenteuer einbeziehen, die nicht wir, sondern die Amerikaner brauchen. Wir haben ohnehin unsere Probleme, und das nicht allzu knapp...“

Viele andere Pakistaner äußerten sich ähnlich, obwohl sie aus verschiedenen Schichten der Gesellschaft stammten. „Die Sicherheit Pakistans liegt nicht in der Militarisierung, sondern in der Politik der Nichtpaktgebundenheit“, faßte die Zeitschrift „Viewpoint“ (Lahore) solche Ansichten zusammen.

Die Pakistaner haben nicht vergessen, daß der militaristische Kurs Pakistan schon einmal eine nationale Tragödie brachte. Die Lehren aus der Vergangenheit dürfen nicht vergessen werden.

Lahore—Islamabad—Moskau

### MILITÄRAUSGABEN PAKISTANS [in Md. pakistanischen Rupien]





# EIN PROGRAMM ZUR WIRTSCHAFTSSTABILISIERUNG

Von unserem ständigen Berichterstatter  
Leonid CHARKOW

In Jugoslawien gebe es gegenwärtig keinen einzigen Menschen, der die wirtschaftlichen Probleme nicht zu spüren bekäme, erklärte der Vorsitzende des Exekutivrates der Skupština Serbiens, Ivan Stambolić, in einem Interview für die Zeitung „Vjesnik“ (Zagreb).

Warum wird in den letzten zwei bis drei Jahren im Lande soviel über die Stabilisierung der Wirtschaft gesprochen? Woher rührt die erhöhte Aufmerksamkeit der jugoslawischen Führung wie auch breiter Schichten der Öffentlichkeit der SFRJ zu diesem Problem? Solche Fragen wurden dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesexekutivrates der SFRJ Zvone Dragan bei einem Treffen mit ausländischen Journalisten im vorigen Jahr gestellt.

## Ursachen und Folgen

Stabilisierung sei eine langwierige, allmähliche Anpassung der Wirtschaft an die heutigen ungünstigen Bedingungen ihres Funktionierens, sagte Z. Dragan. Schon seit Jahren stoße die jugoslawische Volkswirtschaft auf ernsthafte Schwierigkeiten, die äußere und innere Ursachen haben. Vor allem seien da die rapide Erhöhung der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Energieträger, besonders für das Erdöl, sowie die Verschlechterung der Konjunktur und die Verschärfung des Konkurrenzkampfes im Westen. Das habe ein hohes Defizit in dem beträchtlich auf die Märkte der kapitalistischen Länder orientierten jugoslawischen Außenhandel (1980: 6,1 Md. Dollar) und die Erhöhung der Außenschulden der SFRJ (Ende August 1981: 21,2 Md. Dollar) verursacht.

Zu den inneren negativen Faktoren zählt Z. Dragan Disproportionen in der volkswirtschaftlichen Struktur, eine ungenügende Erfassung der materiellen Möglichkeiten des Landes, die Inflation, die beispiellose Teuerung auf dem Inlandsmarkt (1980: 30%), ungünstige Witterungs-

verhältnisse, die sich negativ auf die Landwirtschaft auswirkten, u. a.

Zwecks Stabilisierung der Lage war für 1981 ein gemäßigteres wirtschaftliches Wachstumstempo geplant. Die Aufgabe lautete: einen Zuwachs des Bruttonationalproduktes um 3–3,5% zu sichern, die Industrieproduktion um 3,5–4% und den Export um 7% zu erhöhen. In der Landwirtschaft sollten die Zuwachsraten um 4% liegen. Die Investitionen sollten um 5%, der Import um 3% verringert werden, das Außenhandelsdefizit durfte nicht mehr als 1,8 Md. Dollar betragen. Man sah ein, daß die Entwicklung der materiellen Produktion sich nicht noch weiter auf Vergrößerung ausländischer Kredite orientieren konnte, daß es vielmehr galt, nicht über die eigenen Verhältnisse hinauszugehen und Sparmaßnahmen auf allen Ebenen zu treffen.

Doch trotz eines gewissen Wachstums der Produktion gelang es 1981 offenbar nicht, den negativen Prozessen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich Einhalt zu gebieten. Auf dem Plenum des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens im September 1981 konstatierte Dobroslav Čulafić, Sekretär des Präsidiums des ZK des BdKJ: „Das Land ist in einer schweren wirtschaftlichen Verfassung.“ Er verwies auf die Fortsetzung der Inflationsprozesse und auf Schwierigkeiten auf sozialem Gebiet. Allein die Tilgung der Zinsen für ausländische Kredite nimmt 3% des jährlichen Nationalproduktes in Anspruch. Auch die Abgeschlossenheit der einzelnen Republiken und Autonomen Gebiete konnte nicht überwunden werden. Die Preise für Industriewaren und Nahrungsmittel stiegen weiter, die Strom- und Transportgebühren erhöhten sich. All das habe, führte D. Čulafić aus, eine Stagnation in der Entwicklung des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems und die Senkung der qualitativen Kennwerte in der Wirtschaft und der Realeinkünfte der Werktätigen bewirkt. Im Jahre 1980 gingen die Reallöhne um

7%, in den ersten 8 Monaten 1981 um weitere 6% zurück.

„Wir müssen offen sagen“, erklärte D. Čulafić, „daß wir uns in einer Wirtschaftslage sehen, da die Möglichkeit eines weiteren Verzichtes auf materielle Güter nicht von der Hand zu weisen ist.“ Die schwierige Wirtschaftslage beeinflusst negativ den Wohlstand der gesamten Bevölkerung, ganz besonders aber den der mindestbezahlten Arbeiter. Zu Beginn 1981 berichtete die „Politika“ über die Familie Vukajlović aus Belgrad. Der Vorstand der 3köpfigen Familie Slobodan Vukajlović verdient 10 000 Dinar im Monat, davon gehen 3000 für die Miete, bis zu 1500 Dinar für die elektrische Heizung und 1000 für die Transportgebühren drauf. Für die Verpflegung und den Kauf von Kleidung und Schuhen bleibt also nicht viel übrig.

„Allmählich müssen wir auf vieles verzichten“, erzählte Slobodan. „1980 ging ich mit meiner Frau zweimal im Monat ins Theater und ins Kino. Heute können wir uns das nicht mehr leisten. Auch nicht wenigstens einen kleinen Kaffee außerhalb. Wir haben unsere Sonntagsfahrten ins Grüne aufgegeben. Früher kauften wir regelmäßig Illustrierte, jetzt nehmen wir mit Zeitungen vorlieb. Wir haben einen Wagen, fahren ihn jedoch selten. Man muß jeden Dinar umdrehen... Ich lese sehr gern, habe aber eigentlich kein Geld für Bücher. Das Kind wächst, braucht neue Kleidung und neue Schuhe, und das kostet Geld... Gegenwärtig haben wir nichts, worauf wir noch verzichten könnten. Die Miete, die Nahrung, die Kleidung sind ja das Nötigste...“

Seit diesem Interview stiegen die durchschnittlichen Löhne und Gehälter in Jugoslawien beträchtlich. Wie Miran Potrć, Präsidiumsmitglied des Rates des Jugoslawischen Gewerkschaftsbundes, mir sagte, betragen sie heute durchschnittlich 10 500 Dinar. Offenbar verdient auch Slobodan Vukajlović mehr. Aber auch die Preise zogen an, 1981 z. B. um durchschnittlich 40,7% (amtliche Angaben). Um die Wirkung der Inflation und Teuerung auf die niedrigbezahlten Kategorien der Werktätigen wenigstens teilweise abzuschwächen, erweisen die Gewerkschaften ihnen soziale Hilfe.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben auch das Problem der Beschäftigung belastet. Wie M. Potrć sagte, zählt die SFRJ heute über 800 000 Arbeitsuchende. Ungefähr ebenso viele Jugoslawen arbeiten zeitweilig im Ausland (BRD, Schweiz, Österreich, Schweden und andere westliche Länder). In Belgrad allein sind gegenwärtig über 60 000 Personen auf Arbeitsuche.



Freilich kann nicht jeder von ihnen als arbeitslos im üblichen Sinne des Wortes bezeichnet werden. Unter den auf dem Arbeitsamt Registrierten gibt es Studenten höherer Semester sowie Personen, denen die Arbeitsbedingungen, der Lohn bzw. das Gehalt im eigenen Betrieb nicht zusagen und die sich deshalb verändern möchten. Solche „symbolischen Arbeitslosen“ (M. Potrć) machen etwa ein Drittel der Arbeitsuchenden aus.

Wie er konstatiert, mangelt es in vielen Gebieten der SFRJ an Bauleuten, Grubenarbeitern, Ärzten und Lehrern. Doch seien nicht alle bereit, überzusiedeln oder umzulernen. In der Regel suchen die Menschen nicht einen vakanten Arbeitsplatz, sondern Einstellung in einem bestimmten Beruf und einer bestimmten Gegend (Stadt usw.). Trotzdem seien die Arbeitslosen ein Fakt der jugoslawischen Wirklichkeit, und die Lösung dieser komplizierten Frage sei eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften, der Regierungs- und Staatsorgane, der Betriebe und Massenorganisationen.

Nach dem Plan der sozialökonomischen Entwicklung der SFRJ 1981 bis 1985 soll in diesen fünf Jahren über 750 000 Personen Arbeit verschafft werden: durch Inbetriebnahme neuer Werke, Erhöhung des Schichtkoeffizienten, Vervollkommnung der Berufslenkung in den allgemeinbildenden, Fach- und Hochschulen.

## Export um jeden Preis?

Um die herangereiften Probleme zu lösen und die negativen wirtschaftlichen Prozesse zu stoppen, gilt es, Energie, Roh- und Werkstoffe zu sparen, Investitionen, insbesondere in der nichtproduktiven Sphäre, zu senken, gleichzeitig mit dem Abbau des Imports den Export zu erhöhen, das Außenhandelsdefizit zu vermindern, die Inflation und Teuerung aufzuhalten und die Effektivität der Wirtschaft zu steigern. Zu diesem Schluß gelangte ein ZK-Plenum des BdKJ.

Besonders wichtig ist es, wie auf dem Plenum betont wurde, den Export zu erhöhen. Dieselbe Auffassung vertreten führende Wirtschaftsexperten und -funktionäre des Landes: Nur durch eine aktive Exportpolitik könne man den verwunschenen Kreis durchbrechen, da die Produktion im Lande und der Wohlstand der Bevölkerung vom Import von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Energieträgern, der Export von der Produktion und der Import vom Export abhängen.

„Exportieren oder sterben!“. Mit diesem dramatischen Aufruf begann

der bekannte jugoslawische Wirtschaftswissenschaftler Drago Vojnić seine Ansprache auf der in Belgrad am 29. September 1981 abgehaltenen Konferenz zu Problemen der SFRJ-Wirtschaft. „Um jeden Preis exportieren!“ sekundierte ihm Spasoje Medenica, Generaldirektor des Bundesinstituts für gesellschaftliche Planung. Auch er meint, daß die jährlichen Wachstumsraten der jugoslawischen Ausfuhr nicht unter 7% liegen dürfen: „Ich will nicht einschätzen, ob eine solche Exporterhöhung real oder nicht real ist. Es geht darum, daß die Gewährleistung der genannten Wachstumsraten für unsere Wirtschaft eine Lebensfrage ist.“

Im Entwurf des Plans für die sozialökonomische Entwicklung des Landes 1982 schlug der Bundesexekutivrat vor, den gesamten Export um 8,5%, den Export in die kapitalistischen Länder sogar um 12% zu steigern. Zvone Dragan, der den Planentwurf den Delegierten der Bundeskonferenz vorlegte, sagte dabei, die Erreichung der ins Auge gefaßten Ziele würde es erlauben, 1982 das Außenhandelsdefizit auf 500 Mio Dollar herabzudrücken und ein Jahr später den Ex- und Import auszugleichen, was ein bedeutender Beitrag zur Stabilisierungspolitik wäre.

Sind diese Zielsetzungen real? Woher die Waren zur Exportvergrößerung nehmen? Ob sie auf den Außenmärkten Absatz finden werden? All diese Fragen werden in Jugoslawien aktiv diskutiert.

Große Hoffnungen setzt man in die Landwirtschaft. Nach Schätzungen von Experten könnte Jugoslawien bis 1985 die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen von 700 Mio auf 2,3 Md. Dollar steigern. Dazu ist es notwendig, das jährliche Weizenaufkommen auf 6,5 Mio t, das von Mais auf 14–15 Mio t und die Fleischproduktion auf 1,7 Mio t zu bringen. Vielen scheint diese Aufgabe jedoch schwierig. In den drei letzten Jahren habe man sich, schrieb der für seine Beiträge zu Agrarfragen bekannte Journalist Vasa Rokić in der Zeitung „Borba“, das Ziel gesetzt, 6 Mio t Weizen und 12 Mio t Mais im Jahr zu ernten, und keiner dieser Pläne sei erfüllt worden. Schätzungsweise belief sich die Weizenernte 1981 auf 4,5 Mio t, die Maisernte auf 10 Mio t. Anstatt, wie

geplant, die Ausfuhr zu vergrößern, beabsichtigt Jugoslawien nun, im Ausland Nahrungsmittel für eine Milliarde Dollar zu kaufen.

Einige jugoslawische Wirtschaftsexperten zweifeln auch an der Erweiterung der Exportmöglichkeiten der Industrie. Sie berufen sich auf die relativ niedrige Konkurrenzfähigkeit jugoslawischer Maschinen und Ausrüstungen im Westen und auf den Protektionismus der kapitalistischen Länder; zudem dämpfe der Preisauftrieb im Lande selbst das Interesse der jugoslawischen Belegschaften am Verkauf ihrer Erzeugnisse im Ausland: Dort sei der Ertrag niedriger als daheim.

Der jugoslawische Wirtschaftswissenschaftler Ante Marković ist der Ansicht, daß Exportaktivierung eher Wunschenken als ein real fundierter Plan sei: „Jahrelang propagieren wir einen intensiveren Export, besitzen jedoch weder eine gründlich ausgearbeitete Exportorientierung noch einen Mechanismus zur Realisierung der Exportpolitik.“

Gewiß, hohe Wachstumsraten bei Export seien eine überaus komplizierte Aufgabe, stimmt ihm Z. Dragan zu. Man brauche nur die schwierigen inneren Bedingungen und die ungünstige Konjunktur auf den äußeren Märkten zu betrachten. Und doch sei eine Exportvergrößerung möglich. Über bedeutende unausgeschöpfte Reserven verfügten die Holzverarbeitung, die Möbelindustrie, der Maschinen- und der Schiffbau, die Elektrotechnik und die Textilindustrie.

Zugleich verweist Z. Dragan darauf, daß es auch bei der Orientierung der Volkswirtschaft auf maximale Ausfuhr falsch wäre, diejenigen zu ermuntern, die einen „Export um jeden Preis“ wollen. Nur was wirtschaftlichen Vorteil bringe, solle verkauft werden. Neue Exportreserven könnten durch Beseitigung der Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft erschlossen werden. Die Reserven, meint Z. Dragan, liegen in der Erhöhung der Effektivität der Produktion, in der Rationalisierung der wirtschaftlichen Struktur und im sparsamen Einsatz materieller Ressourcen.



## VERWANZTES ITALIEN

„Hallo, wer spioniert?“ fragt die Mailänder „Giorno“ ihre Leser und spielt dabei auf den neuen Abhörskandal in Italien an. Die Wanzen seien wieder im Land und vergifteten das politische Leben, meint das Blatt. Die Nervosität der Jahre 1970 und 1973,

nern. Die Zeitschrift hatte geschrieben, bereits im Herbst 1973 habe der US-Geheimdienst, getarnt als Nachrichtendienst der NATO, die Vorbereitungen zur Errichtung der totalen Kontrolle über das Telefonnetz Roms abgeschlossen. Die Hauptabhörszen-



als das illegale Abhören besonders stark praktiziert wurde, herrscht erneut. Wie früher werden auch diesmal in erster Linie führende Politiker an die Abhörstrippe genommen.

Wer die Spione sind, verschweigt „Giorno“ schamhaft. Hier ließe sich an einen Beitrag von „Panorama“ erin-

trale der NATO befindet sich in der Via le Cristoforo Colombo 153. Also im gleichen Gebäude mit dem Haupttelefonamt des Post- und Fernmeldeministeriums. Die Räumlichkeiten der NATO-Dienste werden bewacht und sind, ähnlich Botschaften, exterritorial.

Die gesamte Ausstattung dieser Zentrale, so „Panorama“, haben die Firmen SIETTE und SPAIT-Lazio vorgenommen, die von der ITT kontrolliert werden. Der gleichen ITT, die beim Sturz der Regierung Allende in Chile mitspielte und die die CIA als Deckmantel für ihre großangelegten Diversionen benutzte.

In Italien wird jetzt daran herumgerätselt, wer diesmal die Wanzen ausgesetzt hat. Erwähnt werden Privatdetektive und die Maffia, ja sogar Moskau. Vielleicht sollte man mal in den Mauern von Langley nach ihnen suchen?

L. NIKOLAJEW

## GOTT UND

Der Fleiß des Her to rechts) ist ger. Für Springer schreibt Militärstrategie und dern, die nicht zur CSU-Sprachrohr „Bay er sich in außenpoli Lage in Kampuchea, ; Osten und sonstwo. „Weltbild“ leitet er und läßt auch der „manches zukommen.

Auch die Kirche ha Plätzchen. Er wurde Bischofs von Augsburg

Hornung verkündet, kaus habe nun auch gepackt. Die „Pax C wie der Bund der D Jugend, die für Abi Nachrüstung kämpfen, als „Spitzenleistung KGB“.

## MARGARETS WANZEN

Auch die Thatcher-Regierung hat es mit den Wanzen, für „New Statesman“ im Finanzjahr 1978/79 1,2 Mio. Pfund Ste 1,3 Mio und 1980/81 1,4 Mio berappt hat. In diesem Jahr s 1,5 Mio werden.

Die Zeitschrift meint, das bedeute: 110–150 Postangestel ganze Jahr hindurch ausschließlich damit beschäftigt, Abhi die „entsprechenden“ Leitungen zu schalten. Glücklicherw sie sich die Gespräche nicht selbst abhören. Damit sind MI- britische Geheimdienste beschäftigt.

Die britische Post besitzt einen eigenen Betrieb zur „W lung“. Sein Budget für dieses Jahr beträgt ca. 1,3 Mio Pfund. summe der Regierungsausgaben für diesen Gentlemen-Job i 3 Millionen pro Jahr.

M. N

## „POINT“-DREHBÜCHER

Der Titel einer der letzten Ausgaben der Pariser Zeitschrift „Point“ zeigt einen Soldaten mit Gasmaske. Darunter die Schlagzeile: „Krieg: Was tate die französische Armee?“ Unter der gleichen Überschrift finden sich im Innern 10 Seiten, deren Hauptsache vier Drehbü- cher (so werden sie von der Redaktion genannt) sind, für Ereignisse in den 80er Jahren. Der Knallef-

fekt sind die Drehbücher 3 und 4, die die Einbeziehung Frankreichs in einen Kernkrieg gegen die UdSSR zum Thema ha- ben.

Drehbuch 3 schildert ein hypothetisches Eindringen von 41 (wie präzise!) sowjetischen Divisionen in Polen. Die NATO-Län- der senden Protestnoten. Daraufhin überfällt Mos- kau nach 12 Tagen auch die BRD, diesmal schon

mit 50 Divisionen. Eine Woche später ist der gan- ze bundesdeutsche Nor- den in seiner Hand, die USA jedoch möchten kei- ne Kernwaffen einsetzen.

Da aber tritt Frankreich auf den Plan. Zur Rettung der BRD und des ganzen Westens setzt der franzö- sische Präsident die Ar- mee in Marsch, um Ham- burg zu befreien, und läßt Mirage-Flugzeuge so- wjetische Truppen unter Einsatz von Kernwaffen eingreifen.

Mit dem gleichen Schwindel ist auch Dreh-

buch 4 ausgestattet: Mos- kau führt einen Schlag gegen Frankreich. Das ge- schieht angeblich ebenfalls in den 80er Jahren. In Iran kommt es zum Bür- gerkrieg, wobei eine kom- munistische Regierung die Macht übernimmt und so- wjetische Truppen einmar- schieren läßt. Zehn Divi- sionen stehen in Iran. Als Antwort landet im Süden US-Marineinfanterie. Die USA, Frankreich, Großbri- tannien und Neuseeland blockieren den Persischen Golf.

Am 10. Tag des Konflikts

beschließt Wa Einsatz taktisch fen. Moskau als Warnung rakete gegen Und gleich au gen die BRD. Was wollte diesem Sch erreichen? schmeckt man in Frankreich lung der fr wjetischen nicht, die nu Gruselgeschic werden sollen

A. TS

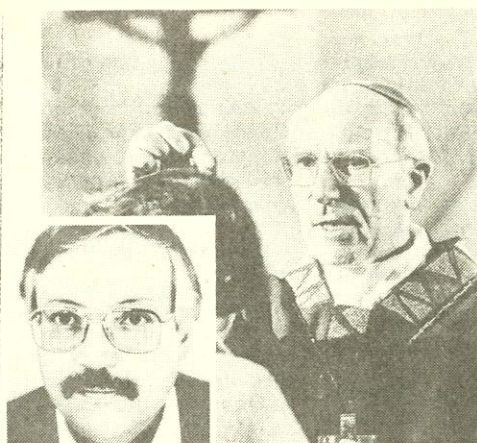


FEL

Horning (Fotografen wert. kel über die en von Län- gehören. Im " verbreitet Analysen zur ion im Nahen r Illustrierten eilung Politik n Tagespost"

ein warmes sekretär des echts oben).

ge Arm Mos- henschäffchen ewegung so- Katholischen und gegen chts anderes sowjetischen



Ob wohl der Spitzenkenner Horning den Allmächtigen auch verdächtigt, russischer Agent zu sein? Schließlich fordert er doch: „Friede sei mit euch!“

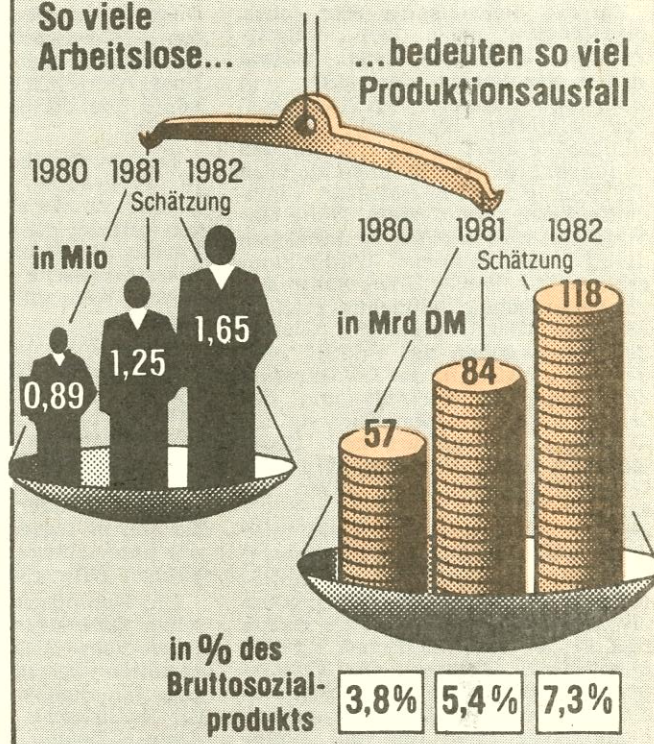
N. SHOLKWER

Fotos aus „Der Spiegel“ (BRD)

## Preis der Arbeitslosigkeit

So viele Arbeitslose...

...bedeuten so viel Produktionsausfall



## TEL AVIVS POLNISCHE KARTE

Laut „Al-Kifah al-Arabi“ (Libanon) hat der israelische Geheimdienst Mossad die Hände dabei im Spiel gehabt, in Polen Chaos zu stiften, und sein Vorgehen mit der CIA abgestimmt. Man beschränkte sich nicht nur auf eine Propagandakampagne. Zionistische Elemente der „Solidarność“ erhielten von Mossad auch Finanzhilfe.

Nun „sorgte“ sich Israel erneut um Polen. Diesmal ganz offen. Vor der Januartagung des Sicherheitsrats forderte Tel Aviv eine verstärkte Kampagne gegen Warschau. Weshalb wohl? Ganz einfach: Auf der Tagesordnung des Sicherheitsrats stand die Annexion der Golan-Höhen durch Israel.

Die jordanische Zeitung „Al Destour“ kommentierte diesen Gaunertrick folgendermaßen: Zunächst habe man damit die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der Golan-An-

nexion ablenken wollen. Zweitens wollte man die Zionisten aus der „Solidarność“ in dem Augenblick anspornen, als das Leben in Polen sich zu normalisieren begann. Das ist es, weshalb Tel Aviv die polnische Karte ausspielt.

D. SGRSKI

Zu dieser Darstellung aus „Unsere Zeit“ (BRD) ist nur noch anzumerken, daß jeder Arbeitslose in der BRD (und das waren durchschnittlich 890 000) 1980 den Staat 28 000 DM kostete. Diese Summe besteht aus Arbeitslosenunterstützung, nicht gezahlten Einkommenssteuern, Abführungen an die Sozialversicherung. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung errechnete, daß der Staat 1980 57 Md. DM eingebüßt hat, bzw. 3,8% des Bruttosozialprodukts.

L. SMIRNOWA

## GÄNGIGE WARE

Die Veranstalter der Weltausstellung 1982 in Knoxville (US-Staat Tennessee) sind betrübt. Man hatte ihnen einen schönen Brocken der chinesischen Mauer als Hauptausstellungsstück des Pavillons der VR China versprochen. Aber nun stellte sich heraus, daß es nicht gelingt, die Steine aus China heranzukriegen, weil es um die Beförderung schlecht bestellt ist.

Dafür hat Peking den Export von Arbeitskräften in Gang gebracht. Das war leichter und auch vorteilhafter.

Das erste Abkommen über den Export dieser Ware hatte die chinesische Führung 1979 mit der Firma „Italstat“ unterzeichnet. Japanische

Unternehmer rochen den fetten Braten, und schon erschienen in Peking Vertreter der Baugesellschaft „Kajima“, die China beim „Absatz“ von Arbeitskräften im Ausland unterstützte. Dem Beispiel von „Kajima“ folgten die Firmen „Fujita“ und „Tokai denki koji“, die an Industrieobjekten in Asien und im Nahen Osten bauen.

Nach Ansicht von Experten hat der Einsatz „lebender Ware“ aus der VR China den japanischen Firmen gute Einnahmen verschafft und die Konkurrenz ausgeschaltet. Der Unterhalt für die Chinesen liegt nämlich wesentlich unter den Löhnen für eigene Bauarbeiter. Allerdings streicht Peking 90% der den chinesischen Arbeitern zukommenden Löhne ein, aber das juckt die Unternehmer nicht.

L. MICHAJLOW



# DIE AMERIKANISCHE BEDROHUNG

Michail BORISSOW

An der Schwelle der 80er Jahre, insbesondere nach dem Machtwechsel im Weißen Haus, vollzog sich in der Politik der USA und einer Reihe anderer NATO-Staaten ein schroffer Kurswechsel. Washington erklärt unumwunden, daß es zulässig sei, sowohl einen globalen als auch einen „begrenzten“ Kernwaffenkrieg zu entfesseln. Weite Gebiete der Welt werden zu Bereichen der „Lebensinteressen“ Washingtons erklärt. Das Weiße Haus wollte das im vergangenen Jahrzehnt entstandene militärstrategische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, zwischen der Organisation des Warschauer Vertrags und der NATO stören. Um den Kurs auf die Erlangung der militärischen Überlegenheit zu rechtfertigen, wird heute das schon vor vielen Jahren erfundene Märchen von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ durch neue Thesen ergänzt, wonach die USA und die NATO auf militärischem Gebiet im allgemeinen einen „Rückstand“ zu verzeichnen hätten und in der amerikanischen Kriegsmaschinerie „Fenster der Verletzbarkeit“ entstanden seien. Eine besonders üble Rolle in der Propagandakampagne spielt die vom Pentagon veröffentlichte Broschüre „Die sowjetische Militärmacht“. Diese Broschüre hätte kaum besondere Beachtung verdient, würde sie nicht die in den USA herrschenden Tendenzen widerspiegeln. Da sich die regierenden Kreise der USA jedoch entschlossen, tendenziös zusammengestellte und erfundene Angaben über die Streitkräfte der UdSSR zu veröffentlichen, entstand die Notwendigkeit, im Interesse der Objektivität das militärische Potential der Gegenseite und das reale militärische Kräfteverhältnis zu zeigen.

Das eben erschienene Buch „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus“, das von zuständigen sowjetischen Organen herausgegeben wurde, beschäftigt sich mit dem gegenwärtigen Zustand und den Tendenzen der Entwicklung der Streitkräfte und des Rüstungspotentials der USA sowie anderer Elemente ihrer Kriegsmaschinerie. Das Buch bietet eine objektive Analyse vom militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West sowie der Einstellung der Seiten zur internationalen Entspannung, zu Problemen der Erhaltung und Festigung des Friedens und der Eindämmung des Wettrüstens.

Gerade die USA waren in der gesamten Nachkriegsgeschichte In-

itiatoren des Baus neuer Waffenarten — Kernwaffen, interkontinentaler strategischer Bomber, Atom-U-Boote oder einzeln lenkbarer Sprengköpfe. Die UdSSR mußte stets nachziehen.

Das im Oktober 1981 angekündigte Programm einer umfassenden Forcierung der strategischen Rüstungen verfolgt das Ziel, die bestehende Parität der Streitkräfte und das militärstrategische Gleichgewicht zu stören. Wem gilt diese Herausforderung?

In der Broschüre „Die sowjetische Militärmacht“ führt das Pentagon Daten an, wonach die UdSSR über 1398 Startanlagen für interkontinentale ballistische Raketen verfügt sowie über 950 U-Boot-Startschächte für ballistische Raketen und 156 schwere Bomber, die rund 7000 Kernmittel tragen können. Die Autoren unterschlagen jedoch die strategischen Offensivkräfte der USA.

Die Kampftruppen der strategischen Offensivkräfte der USA verfügen über 2112 Kernwaffenträger, darunter über 1053 ICBM-Startanlagen, 411 Bomber, 648 Startschächte für ballistische Raketen auf 40 Atom-U-Booten. Diese Träger können bei einem Abschluß etwa 10 000 Kernmittel mit einer Detonationsstärke von je 50 kt bis 10 mt befördern. Berücksichtigt man die in Reserve befindlichen bzw. konservierten schweren Bomber, so verfügen die USA über 2338 Kernwaffenträger für ihre strategischen Offensivkräfte, darunter über 2273 Träger, die zur Kategorie der Rüstungen von interkontinentaler Reichweite gehören, sowie über 65 mittlere Bomber, die speziell zum Einsatz auf dem europäischen Kontinent bestimmt sind.

Die strategischen landgestützten Raketenkräfte verfügen über 550 Startanlagen für Raketen „Minuteman 3“, über 450 für „Minuteman 2“ und über 53 für „Titan 2“. Die ICBM der USA können bei einem Abschluß 2153 Atomsprengköpfe mit einer Ladungsstärke von je 170 kt bis 10 mt befördern. Die militärpolitische Führung der USA betrachtet diese Kräfte als Mittel für einen nuklearen Präventivschlag.

Die strategischen seegestützten Raketenkräfte verfügen über 40 Atom-U-Boote, die mit den Raketen „Trident 1“ (216 Startschächte), „Poseidon C3“ (304 Startschächte) und

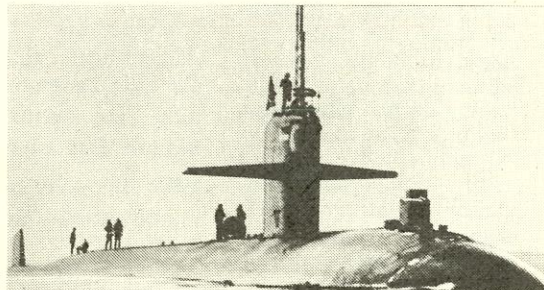
„Polaris A3“ (128 Startschächte) ausgerüstet sind und über 50% aller strategischen Kernmunition tragen. Über die Hälfte der kerngetriebenen Raketen-U-Boote kreuzen ständig in Gebieten, von denen aus verschiedenen Richtungen Kernschläge gegen Objekte in der Tiefe des Territoriums der UdSSR geführt werden können.

Den strategischen Fliegerkräften stehen 346 schwere Bomber vom Typ B 52 und 65 Mittelstreckenbomber vom Typ FB 111A zur Verfügung. Die strategischen Fliegerkräfte sind auf dem kontinentalen Teil der USA und teilweise auf der Insel Guam im pazifischen Raum stationiert.

Man muß ferner in Rechnung stellen, daß der Sowjetunion nicht allein die USA gegenüberstehen, sondern auch zwei andere westliche Kernwaffenmächte, und daß der UdSSR seitens der Kernstreitkräfte Chinas größere Gefahren drohen als den USA.

Wer bedroht also wen?

Das Pentagon versucht die Weltöffentlichkeit mit dem Ausbau der sowjetischen Marine, unter anderem durch die neu hinzugekommenen Flugdeckschiffe „Kiew“ und „Minsk“ sowie den kerngetriebenen Raketenkreuzer „Kirov“, einzuschüchtern. Die USA jedoch besitzen nicht zwei,



Atom-U-Boot „Indianapolis“ („Los Angeles“-Klasse). Wasserverdrängung 6900 t. Bewaffnung: „Tomahawk“-Marschflugkörper mit konventionellem Gefechtskopf, Seeziellraketen „Harpoon“, nukleare UAW-Raketen „SUBROC“, Torpedos. Die US-Seestreitkräfte besitzen 15 solche U-Boote. Bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts sollen weitere 25 U-Boote dieser Klasse gebaut werden

sondern 20 Flugzeugträger und nicht einen, sondern 9 kerngetriebene Raketenkreuzer.

Genauso weit von der Objektivität entfernt sind auch die US-Angaben über die Landstreitkräfte der UdSSR und die sowjetische Verteidigungsindustrie.

Schließlich werden im Westen in verschiedenen Versionen bewußt Daten bezüglich der Militärausgaben der UdSSR angegeben, die weit über

\* „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus“, Militärverlag des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR, Moskau, 1982.



den tatsächlichen liegen. Daß sie in den letzten Jahren in Wirklichkeit praktisch unverändert blieben, wird einfach verschwiegen. Dagegen wächst das Militärbudget der USA von Jahr zu Jahr an. Sein Zuwachstempo in den Jahren 1978 bis 1980 betrug laut offiziellen amerikanischen Angaben mehr als 13% und 1981 sogar 19%. Eine noch höhere Wachstumsrate ist in den USA und bei der NATO für die nächsten Jahre vorgesehen. Allein 1985 beabsichtigen die USA für Militärzwecke über 340 Md. Dollar und im bevorstehenden Jahr fünf 1,5 Billionen Dollar auszugeben.

Das Pentagon bezichtigt die Sowjetunion des Strebens nach „globaler Ausweitung der sowjetischen Militärmacht“. Es muß jedoch zugeben, daß sowjetische Truppenkontingente auf dem Territorium nur einiger verbündeter Staaten Osteuropas und der Nachbarstaaten — der Mongolei und Afghanistans — stationiert sind, und dies in striktem Einklang mit entsprechenden Verträgen. Hingegen befinden sich Truppenteile und -verbände der USA in Dutzenden Ländern der Welt.

Die mit Kernwaffenträgern bestückten Flugzeugträger, die kerngetriebenen Raketen-U-Boote, Abteilungen von Überwasser-Kampfschiffen kreuzen ständig an den Küsten Europas, des Fernen Ostens und des Indischen Ozeans. Die mehr als 200 000 Mann starke schnelle Eingreiftruppe ist ständig zum Einsatz Tausende Kilometer weit von den USA entfernt bereit.

Die Verfasser des Buches weisen nach, daß die USA der größte Waffenexporteur der Welt sind. Auf sie entfallen etwa 45% des Weltwaffenhandels, und weitere über 20% auf andere Länder des NATO-Blocks. Die amerikanischen Waffen stützen reaktionäre Diktatorenregimes, unterdrücken die revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen und sollen die militärische Präsenz der USA in den Empfängerländern verankern.

Die Autoren der Broschüre „Die sowjetische Militärmacht“ bieten ein verzerrtes Bild von den Grundsätzen des außenpolitischen Kurses der KPdSU und des Sowjetstaates und schreiben der UdSSR den „Export der Revolution“, „Wühlätigkeit in anderen Ländern“ u. a. m. zu. Es gibt jedoch in der Geschichte nach wie vor kein einziges Beispiel, das die Erfindungen vom „sowjetischen Export der Revolution“ auf irgendeine Weise bestätigen könnte. Die KPdSU geht von der Tatsache aus, daß sich eine Revolution einem Lande von außen nicht aufzwingen läßt; sie kann ausschließlich inneren Ursachen und Bedingungen entspringen. Andererseits kennt die Geschichte zahlreiche Fakten des imperialistischen Exports der Konterrevolution. Nach dem zweiten Weltkrieg spielten und spielen dabei die USA die führende Rolle.

Die sowjetische Militärdoktrin trägt einen ausgesprochenen Verteidigungscharakter. Sie geht nach wie vor vom Prinzip der Gegen-, d. h.

der Verteidigungsmaßnahmen aus. Die UdSSR betrachtet einen nuklearen Überfall als das schwerste Verbrechen gegen die Menschheit. Ihrer Militärdoktrin liegt die These zugrunde, daß die Sowjetunion nie als erste Kernwaffen einsetzen wird. Sie ist überhaupt gegen den Einsatz jeglicher Massenvernichtungsmittel.

In den USA dagegen werden verschiedenartige militärstrategische Konzeptionen von unverhohlen aggressivem Charakter ausgearbeitet und mit großem propagandistischem Aufwand serviert. Die Hauptidee bleibt dabei immer die gleiche: Es geht um den unbegrenzten Einsatz strategischer Offensivwaffen der USA bei einem Präventivschlag gegen die UdSSR. Vom Anfang der 50er Jahre an wird in den strategischen Konzeptionen der USA auch die Orientierung auf einen Sieg in einem Kernwaffenkrieg aufrechterhalten.

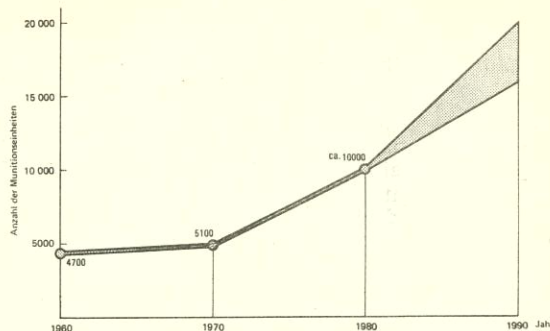
In letzter Zeit propagiert die militärpolitische Führung der USA der Welt die Idee von einem sogenannten begrenzten Kernwaffenkrieg, eine Version derselben „Erstschlag“-Konzeption. Die Logik des Krieges und der Charakter der modernen Waffen aber sind derart, daß ein Kernwaffenkrieg, wenn er in Europa oder woanders ausbricht, sich unvermeidlich zu einem globalen Krieg ausweiten wird.

Anfang Oktober 1981 gab Präsident Reagan sein „strategisches Programm“ für die 80er Jahre bekannt, das auf weitere Steigerung des strategischen Kernwaffenpotentials abzielt. Es bekräftigt bzw. erweitert nicht nur die früher entwickelten Pläne, sondern sieht die Entwicklung und Stationierung neuer Waffensysteme vor. Zur Realisierung dieses Programms plant das Pentagon, den Anteil der Ausgaben für die strategischen Kräfte im USA-Militärhaushalt um fast 50% zu erhöhen.

Reagans „strategisches Programm“ enthält unter anderem einen Maßnahmenkomplex zur Vervollkommen des Gefechtsführungs- und Fernmeldesystems der Offensivkräfte zu dem Zweck, eine sichere Truppenführung während eines langwierigen Kernwaffenkrieges zu gewährleisten. Vorgesehen ist eine wesentliche Modernisierung aller Komponenten der strategischen Verteidigungskräfte.

Washington plant den beschleunigten Aufbau von Kräften der allgemeinen Bestimmung: Verstärkung der sogenannten nuklearen Gefechtsfeldwaffen (Theater Nuclear Forces — TNF), der Landstreitkräfte, der taktischen Luftwaffe, der Marine, sowie Entwicklung und Aufstockung neuer Mittel der Massenvernichtung von Menschen und Natur, darunter Neutronen-, chemische und biologische Waffen, Nervengase.

## NUKLEARPOTENTIAL DER STRATEGISCHEN OFFENSIVKRÄFTE DER USA



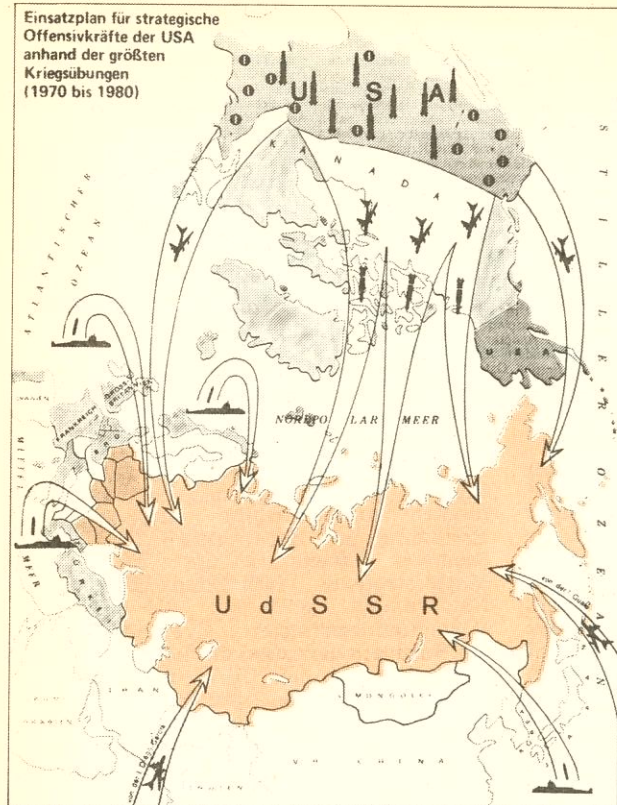
Der militante außenpolitische Kurs und die Orientierung der amerikanischen Administration auf die Erringung der militärischen Überlegenheit haben in der neuen Militärstrategie Washingtons ihren Niederschlag gefunden, die US-Verteidigungsminister Weinberger die Strategie der „totalen Konfrontation“ zwischen den USA und der UdSSR im globalen und regionalen Maßstab nennt. Diese unverhüllt aggressive Strategie sieht vor, daß die Vereinigten Staaten rücksichtslos ihre militärische Stärke einsetzen zur Verwirklichung eines weltweiten Diktats des US-Imperialismus und zur Verteidigung der „Lebensinteressen“ der USA einschließlich des Zugangs zu den Quellen strategischer Rohstoffe und Energieresourcen in verschiedenen Weltregionen. Dieser Kurs bedeutet eine Friedensbedrohung und bringt die Menschheit an den Rand einer Katastrophe.

Die herrschenden Kreise der USA haben sich vorgenommen, das Kräfteverhältnis in der Welt um jeden Preis zu ihren Gunsten zu verändern und in den nächsten Jahren eine militärische Überlegenheit der USA über die UdSSR zu erlangen. Wie nun ist heute das Verhältnis der militärischen Kräfte der beiden Seiten?

Mitte der 70er Jahre ist ein annäherndes Gleichgewicht in der Zahl und der Qualität der strategischen Kernwaffen der beiden Mächte entstanden. Während der Ausarbeitung des SALT-2-Vertrags wurde dieses Verhältnis mehrmals und aufs sorgfältigste von hochqualifizierten Experten beider Seiten geprüft. Sie kamen zu dem Schluß, daß ein annäherndes Gleichgewicht bestehe und zwar: 2500 Trägermittel auf der einen und etwa 2300 auf der anderen Seite. Um die Kräfte noch mehr anzugleichen, wurde bei der Unterzeichnung des Vertrags vereinbart, daß jede Seite sich nach seinem Inkrafttreten verpflichtet, die strategischen Rüstungen auf eine Gesamtmenge zu begrenzen, die zunächst 2400 Einheiten und ab 1. Januar 1981 an 2250 Einheiten nicht übersteigen darf. Laut Vertrag sollte die UdSSR etwa 250 die USA etwa 30 Trägermittel demontieren. SALT 2 wurde bekanntlich im Sommer 1979 unterzeichnet. Bald schon erklärten die Herren des Weißen Hauses, eine Pa-



Einsatzplan für strategische Offensivkräfte der USA anhand der größten Kriegssimulationen (1970 bis 1980)



Grafiken und Foto aus „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus“

rität sei angeblich nicht vorhanden und die UdSSR hätte die USA hinsichtlich der strategischen Rüstungen weit überholt. Wie ist das zu verstehen? Ist es denkbar, daß die Sowjetunion im Laufe eines oder zweier Jahre eine Überlegenheit, dazu noch eine wesentliche in den strategischen Rüstungen erreicht hat, deren Produktion viele Jahre in Anspruch nimmt? Oder sind vielleicht überraschende Tatsachen aufgedeckt worden, die früher nicht berücksichtigt wurden.

Nein, neue Tatsachen sind nicht vorhanden. Es handelt sich nur um durch nichts begründete Erdichtungen der Washingtoner Administration.

Eine weitere Vergrößerung der strategischen Rüstungen ist aber nicht nur ein sinnloses, sondern auch ein äußerst gefährliches Unterfangen. Denn selbst außerordentliche Anstrengungen einer Seite, einen wesentlichen Vorteil, geschweige denn eine Überlegenheit, auf diesem Gebiet zu erreichen, können schon aus dem Grunde keinen Erfolg haben, weil die andere Seite es nicht zulassen würde. Die Entwicklung qualitativ neuer Waffenarten aber kann eine Kontrolle über diese und folglich auch über deren vereinbarte Begrenzung außerordentlich erschweren, wenn nicht überhaupt unmöglich machen. Eine neue Etappe des Wettrüstens würde die internationale Stabilität untergraben und die Gefahr eines Kriegsausbruchs bedeutend verstärken.

Die Verfasser des Buches „Von wo

geht die Gefahr für den Frieden aus“ untersuchen auch das Verhältnis der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa, über das die US-Propaganda so viele Märchen verbreitet. Tatsächlich ist die Zahl der nuklearen Einheiten mittlerer Reichweite der UdSSR und der NATO seit Jahren ungefähr gleich — sie liegt bei 1000 auf jeder Seite. Würden in Europa zusätzlich 572 neue US-Kernraketen stationiert, so ergäbe sich daraus für den Westen mehr als eine anderthalbfache Überlegenheit über die Länder des Warschauer Vertrags hinsichtlich der Zahl der Trägereinheiten mittlerer Reichweite, und, was die Kernladungen betrifft, würde sich die Überlegenheit der NATO noch mehr vergrößern. Das würde eine wesentliche Störung der Parität in den nuklearen Rüstungen

der beiden Seiten in Europa zugunsten der NATO bedeuten. Außerdem würde auch die Balance zwischen den strategischen Kräften der UdSSR und der USA gestört, weil die neuen US-Raketen gegenüber der Sowjetunion als strategische Waffe angesehen werden müssen.

Diesen Plänen zur Vorbereitung einer Kriegskatastrophe in Europa stellt die UdSSR ihr Programm des radikalen Abbaus und der folgenden vollständigen Beseitigung von Kernwaffen — sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischer — in Europa entgegen. Dieses von Leonid Breschnew während seines Bonn-Besuchs vorgelegte Programm ist ein echtes Programm für den stabilen Frieden in Europa.

Die Buchverfasser betrachten mit Zahlen und Fakten das militärische Kräfteverhältnis der Streitkräfte allgemeiner Bestimmung und der Kriegsmarine der NATO und des Warschauer Vertrags. Dazu stellen sie fest: „Das Gleichgewicht ist vorhanden, es besteht, und zwar nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Und die Vereinigten Staaten haben es nicht nötig ‚nachzurüsten‘, denn sie sind hinter der UdSSR nicht zurückgeblieben. Die ‚Nachrüstung‘ zwecks Wiederherstellung der Parität ist nur ein Vorwand für das Streben nach militärischer Überlegenheit.“

Zum Schluß befassen sich die Buchautoren mit den zwei entgegengesetzten Richtungen, die sich in den letzten Jahren im Herangehen der UdSSR und der USA an die Lösung

internationaler Probleme immer klarer abzeichnen.

Die Hauptrichtung der außenpolitischen Tätigkeit der Sowjetunion war und bleibt der Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker, für die Entspannung und die Zügelung des Wettrüstens. „Es gibt heute für unsere Partei, unser Volk, ja auch für alle Völker unseres Erdballs keine wichtigere Aufgabe auf dem internationalen Schauplatz als den Frieden zu verteidigen“, betonte Leonid Breschnew. Der stabile, unbeirrte Friedenskurs der sowjetischen Außenpolitik wurde vom XXVI. Parteitag der KPdSU erneut bekräftigt, der einen Komplex konstruktiver Vorschläge im Zusammenhang mit den Schlüsselfragen des internationalen Lebens formulierte. Sie alle sind von dem Bestreben gekennzeichnet, das internationale Klima zu sanieren, die Entspannung zu vertiefen und die militärische Gefahr zurückzudrängen.

Einen entgegengesetzten Kurs steuern die USA. Statt Vereinbarungen auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit wird das Streben nach der militärischen Überlegenheit in den Vordergrund gestellt, statt das Wettrüsten zu zügeln, strebt man eine „Nachrüstung“, die Schaffung neuer Massenvernichtungsmittel mit noch größerer Zerstörungskraft an. Ohne den Realitäten der heutigen Welt Rechnung tragen zu wollen, sind die regierenden Kreise der USA bemüht, das internationale Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern.

Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten verhalten sich zu den geschlossenen Verträgen und Verhandlungen über die Begrenzung der Rüstungen unterschiedlich. Die Sowjetunion hat niemals weder Normen des Völkerrechts noch irgendwelche Verträge oder Abkommen verletzt. Sie war und bleibt ein zuverlässiger Partner in internationalen Angelegenheiten. In Washington dagegen wurde die Mißachtung der Weltgemeinschaft, der allgemeinen Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen zur Regel. Die jetzige Administration verfolgt praktisch den Kurs auf die Untergrabung früher abgeschlossener Abkommen im Abrüstungsbereich.

In seinem Interview für NBC betonte Leonid Breschnew noch einmal, daß die Sowjetunion bei ihren Bemühungen zur Gesundung des Klimas konkrete Initiativen vorbringt, jedoch niemals ein Ultimatum stellt. Ihre Vorschläge sind die Einladung zum Dialog, zu Verhandlungen, bei denen alle Maßnahmen diskutiert werden können und müssen, die die Lösung aktueller internationaler Probleme fördern.



# FORTDAUERENDE ISOLIERUNG

Midchat SARIPOW

Unter den unabhängigen Staaten Afrikas unterhält nur ein einziger diplomatische Beziehungen zum rassistischen RSA-Regime: die Republik Malawi. Sie unterhält solche Beziehungen auch zu Israel — obwohl mehrere Länder des Kontinents auf Seiten der Araber sind — und zu dem von Afrika abgelehnten Regime von Taiwan. Warum schlug sich aber ein unabhängiger afrikanischer Staat auf die andere Seite?

Malawi zieht sich als schmaler Streifen längs eines der größten afrikanischen Seen hin, der ebenfalls Malawi genannt wird und in einem dortigen Dialekt „Licht über dem See“ bedeutet. Dieser Staat wurde vor 17 Jahren anstelle der einstigen britischen Kolonie Nyasaland gebildet. Seine Fläche macht 119 300 km<sup>2</sup> und die Bevölkerung 5,9 Millionen aus. In den vergangenen Zeiten bezeichneten die Kolonialisten Malawi als Aschenputtel, das lediglich seine Arbeitskraft und die Schönheit seiner Landschaften verkaufen kann. Mit seinen hohen, mit Fichtenwäldern bestandenen Bergen, den grünen Wiesen und klaren Seen erinnert Malawi an die Schweiz.

Die in dieser einstigen Kolonie sesshaft gewordenen Engländer nahmen den Afrikanern den Grund und Boden und pferchten sie in Reservationen zusammen. Die Gesetze der kolonialen Behörden verankerten die politische Rechtlosigkeit, und die schamlose Auspowerung der einheimischen Bevölkerung. Die verzweifelte Einwohner verließen ihre Heimat, um sich in den Erzküsten und Gruben der RSA oder Rhodesiens wenigstens einen kargen Lohn zu verdienen. Die Malawier sagten damals verbittert, die Menschen seien der Hauptgegenstand des malawischen Exports. Aber auch heute trifft man malawische Arbeiter überall vom Kap der Guten Hoffnung bis zum Äquator. Sie werden besonders aktiv durch die Südafrikanische Assoziation für Nutzung der örtlichen Arbeitskraft angeworben. Während die Prospekte der heutigen Sklavenhändler den malawischen Arbeitern gute Arbeitsbedingungen und Löhne versprechen, werden die Malawier in der RSA grausam ausgebeutet. Sie dürfen aber nicht für ihre Rechte kämpfen oder am politischen Leben teilnehmen, weil sie Ausländer sind. Durch die Einstellung fremder billiger Arbeitskräfte versuchen die Rassisten, ihre einheimischen Arbeiter gefügiger zu ma-

chen. Für Malawi hat der Export von Arbeitskräften zerstörte Familien und niedrigere Geburtenziffern zur Folge.

Über 75% der malawischen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. Angebaut werden Tabak — die Hauptquelle der Valutaeingänge —, Mais, Tee und Zuckerrohr. Da aber vor allem Kulturen für den Export angebaut werden und infolge eines unvernünftigen Holzeinschlags die Bodenerosion einsetzt, leidet das Land unter akutem Nahrungsmittelmangel.

Man spricht seit langem, daß Malawis Boden Kohle, Bauxite und sogar Erdöl enthalten soll, praktisch wurden dort jedoch keine Bodenschätze gefunden. Das Land hat keinen Zugang zum Meer, die einzige Eisenbahn verbindet es mit dem moçambiquischen Hafen Nacala. Malawis Industrie befindet sich im Embryonalzustand.

Hastings Kamuzu Banda, der sich 1970 zum „lebenslänglichen Präsidenten“ und „Retter der Nation“ erklärte, hatte allerhand versprochen, aber die Wirtschaft stagnierte: Das Brutto sozialprodukt vergrößerte sich 1980 lediglich um 0,6%. Die Außenschuld stieg von 339 Mio Kwacha (1 Dollar = 0,9 Kwacha) im Jahre 1979 auf 504 Mio im Jahre 1980. Die Inflationsrate beträgt 18%, die Arbeitslosigkeit greift um sich. Der Zeitschrift „African Business“ (London) zufolge bekommt ein malawischer Landarbeiter durchschnittlich 14,3 Kwacha im Monat.

Es gibt hier aber auch Steinreiche. Malawis Präsident besitzt z. B. alle Aktien der „Press Holdings“ — der größten Gesellschaft des Landes — und fünf Plantagen, die aus dem Staatssäckel finanziert werden. Es heißt, Banda gäbe jährlich über eine Million für den Unterhalt seiner Residenz aus.

Aus ökonomischen Problemen erwachsen gewöhnlich politische. Der traurige Zustand der Wirtschaft, die Angst der Elite um ihre Privilegien und vor dem eigenen Volk warfen die Malawi-Führer in die Arme der RSA-Rassisten, die in Afrika verhaßt sind. Banda erklärte den Antikommunismus zur Staatsideologie. Es hieß, Malawi soll „zum festen Bestandteil des Lagers um die RSA“ werden. Die RSA ist nun Malawis wichtigster Handelspartner, der dorthin etwa 40% der benötigten Wa-

ren exportiert. Die Rassisten wollen das strategisch günstig gelegene Malawi, das an Tansania, Sambia und Moçambique grenzt, zu ihrem Aufmarschgebiet machen. Und sie haben bereits so manches erreicht.

Flugzeuge der südafrikanischen Luftverkehrsgesellschaft, für die fast alle Flughäfen des Kontinents gesperrt sind, benutzen jetzt den neuen internationalen Flughafen Kamuzu bei Lilongwe. Die Zeitschrift „Tempo“ (Moçambique) schreibt, die Rassisten haben die Erlaubnis, dort einen eigenen Luftwaffenstützpunkt zu bauen. Südafrikanische Berater infiltrieren Malawis Staatsapparat, die dortigen Banken und Gesellschaften. Attati Mpakati, der Führer der oppositionellen Sozialistischen Liga Malawis (LESOMA), sagte in seinem Interview für die Londoner Zeitschrift „Africa“, daß sich in Malawi ein Teil der aus Moçambique geflohenen Portugiesen eingenistet haben, daß sie paramilitärische Gruppen bilden und den Frontstaat überfallen. Malawi stellt unbegründete territoriale Ansprüche an Sambia und Tansania, weshalb diese Staaten ihre Grenzen verstärkt schützen und dabei einen Teil der Kräfte ablenken müssen, die sie zur Abwehr der Hauptgefahr von Seiten des aggressiven Rassistenregimes brauchen. Malawische Truppen werden von israelischen Instruktoren ausgebildet und stehen unter dem Befehl von RSA-Offizieren.

Die engen Kontakte Malawis mit Pretoria rufen Unzufriedenheit der malawischen Bevölkerung hervor. Doch oppositionelle Tätigkeit ist verboten, wer seine Stimme gegen die offizielle Politik erhebt, wird Repressalien unterworfen. Die Gesetze erlauben eine beliebig lange Inhaftierung ohne Untersuchung und Gerichtsverhandlung. Man wird überall bespitzelt, und es herrscht strenge Zensur. Die Werktätigen haben kein Streikrecht, Gewerkschaftsfunktionäre werden terrorisiert. Dem „Herald“ (Simbabwe) zufolge wurden im Mai 1981 Hunderte von Menschen wegen des Verdachts verhaftet, an einer Verschwörung gegen Banda teilzunehmen, und gegen einige Politiker wurden Beschuldigungen wegen Staatsverrats fabriziert. Die Behörden sperren sogar ihnen mißliebige Stammeshäuptlinge in KZs ein oder weisen sie in ferne Gegenden aus.



Die von den RSA-Spionagediensten kontrollierten malawischen Sicherheitskräfte verfolgen Andersdenkende nicht nur im eigenen Lande, sondern auch im Ausland. Besonders wütend verfolgten sie die LESOMA-Mitglieder, die für demokratische Umgestaltungen, für den Abbruch der Beziehungen zu den Rasisten und die Minderung der Abhängigkeit Malawis vom Auslandskapital eintreten. Manche LESOMA-Aktivisten wurden aus den Nachbarländern nach Malawi entführt. Und Mpakati bekam statt Büchern per Post eine Bombe, die explodierte und ihm beide Hände verstümmelte.

Trotzdem wird die Opposition immer stärker. Die Werktätigen beteiligen sich aktiv an der illegalen Arbeit, besonders die Arbeiter. Die Zeitung „Kuchanso“ (Neue Morgenröte), ein Organ der LESOMA, wird immer mehr gelesen. Auswärtige Presseagenturen teilen mit, daß vier malawische Emigrantenorganisationen beabsichtigen, einen Guerillakrieg zu entfalten. LESOMA habe bereits eine militärische Organisation — die Volksbefreiungsarmee Malawis — gegründet, und eine andere Gruppe — die Bewegung für die Befreiung Malawis — sei mit der Ausbildung von Partisaneneinheiten beschäftigt.

Diese Entwicklung beunruhigt Banda und seine Kumpane. Sie wurden gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um das Land irgendwie aus der Isolierung hinauszuführen. Ende 1981 beteiligte sich Malawi an der Konferenz zur Koordinierung der Wirtschaftsentwicklung unabhängiger südafrikanischer Staaten, es stellte diplomatische Beziehungen zu Mosambik her und begann mit der Revision seiner Beziehungen zu Tansania und Sambia. Aber Pretorias Einfluß ist noch stark, und ein Assistent Bandas äußerte, diese Schritte Malawis bedeuteten nicht, daß man von den traditionellen Kontakten mit der RSA Abstand nehmen wollte.

Malawi gehört der Organisation der afrikanischen Einheit an. Da es aber einen Kurs betreibt, der den Interessen des unabhängigen Afrika zuwiderläuft, bleibt Malawi politisch isoliert. Dem malawischen Volk bleibt somit die Hoffnung, daß die erwähnten Versuche der Behörden, einen Ausweg aus der Isolation zu finden, nicht die letzten waren.

## ZWEITE NATO?

Valeri MOREW

Mit dem Amtsantritt der republikanischen Administration verstärkten die herrschenden Kreise der USA ihre Aufmerksamkeit für den Südatlantik bedeutend. Faktisch kaum ein Treffen Washingtoner Amtspersonen mit Vertretern südamerikanischer Staaten oder der RSA vergeht, ohne daß die Schaffung einer militärpolitischen Allianz in diesem Teil der westlichen Hemisphäre erörtert würde. In der Regel wird das mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen die „subversive Tätigkeit des internationalen Kommunismus“ oder mit der erfundenen „sowjetischen militärischen Bedrohung“ begründet.

### Die Motive Washingtons

In Wirklichkeit erklärt sich das erhöhte Interesse Washingtons am Südatlantik durch eine ganze Reihe wirtschaftlicher, militärstrategischer und politischer Faktoren. Die Anrainerstaaten in Südamerika und Afrika sind die wichtigsten Rohstofflieferanten für die US-Industrie. In dem Gemeinschaftswerk bekannter US-Militärs „Große Strategie für die 80er Jahre“ gehören der Südteil der westlichen Halbkugel und der Teil Afrikas südlich der Sahara zu den Regionen, an denen Washington am meisten interessiert ist. Von den 18 Arten strategischer Rohstoffe, die die USA zu militärischen Zwecken importieren, kommen mehr als die Hälfte in den Ländern des „südlichen Konus“ vor, wie man manchmal den Südteil Lateinamerikas nennt. Dort gibt es auch Erdöl. Die Wirtschaft der USA hängt von den Bauxit-, Tonerde-, Chrom-, Mangan-, Nickel-, Blei-, Wolfram-, Zink- und Vanadiumlieferungen aus dem südlichen Afrika ab. Der gesamte großräumige Kontinentalschelf des Südatlantiks ist an verschiedenen Naturschätzen und seine Gewässer an Fischfanggründen reich.

Das US-Monopolkapital nimmt einen wichtigen Platz in der Wirtschaft der Staaten am Südatlantik ein. Allein in Brasilien machen die amerikanischen Direktinvestitionen etwa 8 Md. Dollar aus, US-Banken gaben Kredite im Wert von mehr als 15 Md. Dollar. In der RSA investier-

ten die US-Monopole bereits fast 6 Md. Dollar.

Vor allem die außerordentlich vorteilhafte geografische Lage des Südatlantiks bedingt seine militärstrategische Rolle in den Plänen Washingtons. Auf ihm kreuzen die Handelsschiffe der meisten Staaten der Welt. Die Route aus dem Indischen Ozean um den Südpol Afrikas herum in den Atlantik heißt oft „Energie“- oder „Erdöl“-Route. Wegen der explosiven Situation im Nahen Osten nach dem Camp-David-Komplotz ging der Güterstrom durch den Suezkanal zurück. Viele Länder bevorzugen den längeren, dafür aber sicheren Weg durch den Südatlantik. Auf ihm werden jetzt ca. 80% des von den NATO-Staaten aus dem Nahen Osten und dem Persischen Golf importierten Öls transportiert, davon knapp 40% des von den USA bezogenen Öls.

Man muß auch berücksichtigen, daß die begrenzten Möglichkeiten des Panamakanals die USA zwingen, ihre Schiffe und besonders Supertanker und Flugzeugträger aus dem Indischen in den Stillen Ozean durch südliche Gewässer zu leiten, an Afrika und Südamerika vorbei. Das Pentagon hat jedoch in diesem Gebiet keine eigenen Basen, keine US-Flotte ist hier stationiert. Daraus entstand auch die Idee, eine Organisation der Staaten des Südatlantiks zu schaffen. Im Grunde ist das ein neuer Block, der es den USA ermöglichen soll, die Zugänge zur Antarktis und die Gebiete südlich vom Kap Hoorn und vom Kap der Guten Hoffnung zu kontrollieren, wo sich der Atlantik mit dem Stillen bzw. dem Indischen Ozean berührt.

Zur aktiven und detaillierten Ausarbeitung des Plans der Schaffung des neuen Militärblocks zwingen Washington auch die politischen Veränderungen in diesen Erdteilen. Durch den Zerfall des portugiesischen Kolonialreichs entstanden in Afrika neue unabhängige Staaten (Angola, Mosambik, Guinea-Bissau, Kapverden) mit klar antiimperialistischer Politik, gewann Simbabwe die Freiheit, verstärkte sich der Freiheitskampf in Namibia und in der RSA. Tiefe innere Veränderungen gab es auch in den südamerikanischen Ländern. Ihr Wirtschaftspotential wuchs bedeutend,



die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben stieg, die Positionen des einheimischen Kapitals festigten sich, nationalistische Strömungen wurden stärker und, was besonders wichtig ist, der Einfluß der Werktätigen, ihrer Parteien und Organisationen auf die Außenpolitik stieg.

All das förderte die Stärkung der politischen Selbständigkeit und ökonomischen Unabhängigkeit derart großer Staaten wie Argentinien und Brasilien. Diese aktivierten ihre

ches Potential im globalstrategischen Interesse Washingtons zu nutzen. Unter diesen Bedingungen begann die Idee der Schaffung einer „zweiten NATO“ im Südatlantik konkrete Formen anzunehmen.

Es sei daran erinnert, daß die USA schon in den 50er Jahren einen militärpolitischen Block im „südlichen Konus“ unter Beteiligung Argentiniens, Brasiliens, Boliviens, Paraguays und Uruguays planten. Bereits damals hoffte Washington,

shington unterzieht die regierenden Kreise und die Öffentlichkeit der südamerikanischen Länder einer verstärkten ideologischen Bearbeitung. Die Notwendigkeit der SATO motiviert es mit dem angeblichen Streben der Sowjetunion, die Kontrolle über die Südspitze Afrikas und die wichtigsten Schiffsrouten im Südatlantik zu erlangen und damit „der Wirtschaft und der Industrie Europas und der Vereinigten Staaten eine doppelte Schlinge zu knüpfen“.

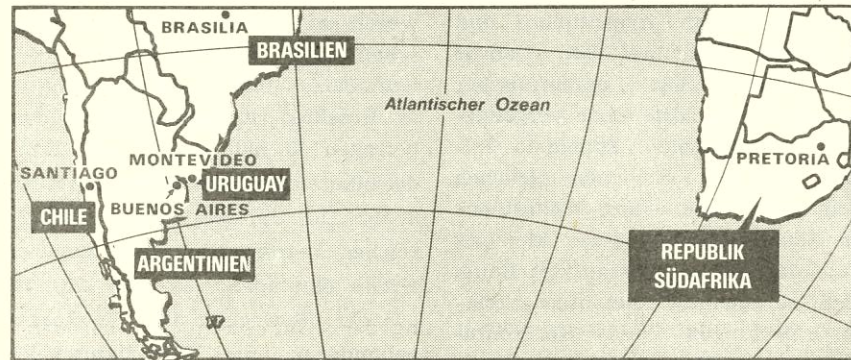
Jedoch wird die amerikanische Version eines „wahrscheinlichen militärischen Eindringens der UdSSR in Südamerika oder Afrika“ in den Hauptstädten der Südatlantik-Staaten ziemlich skeptisch aufgenommen. Man versteht dort, daß der Propagandamythos einer „Expansion der Russen“ im Südatlantik nur der Rauchvorhang ist, der die wahren Absichten Washingtons in diesem Teil der Erde verbergen soll.

Diese aber sind leicht zu erraten. Mit Hilfe der SATO verfolgt der US-Imperialismus das Ziel, die Länder Südamerikas in seine aggressive militärpolitische Strategie einzubinden und sie in den aktiven Kampf gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder hineinzuziehen. Wobei die Reagan-Administration wegen ihrer Politik der Hochrüstung und der Konfrontation mit der Sowjetunion nicht nur selbst Milliarden für militärische Zwecke ausgibt, sondern diese militaristische Linie auch den südamerikanischen Staaten aufzwingen und sie veranlassen will, einen Teil der Ausgaben für die „gemeinsame Verteidigung“ zu tragen.

### Und bist du nicht willig...

Mit der Schaffung der SATO will das Weiße Haus auch das rassistische RSA-Regime, das es jetzt offen als seinen Freund bezeichnet, aus der politischen Isolierung herausführen. Es hat sich die Aufgabe gestellt, dessen Militär- und Wirtschaftspotential für die Auseinandersetzung mit unabhängigen anti-imperialistischen afrikanischen Staaten zu stärken.

Angesichts verstärkter nationalistischer Tendenzen in der Außenpolitik Argentiniens und Brasiliens, die objektiv gegen die Hegemoniebestrebungen der USA in Südamerika gerichtet sind, zog die Reagan-Administration den Schluß, daß die SATO ihr helfen würde, diese Tendenzen abzublocken und insbesondere die Entwicklung von Beziehungen dieser Länder zur Sowjetunion und den anderen so-



Anstrengungen im Kampf für die Revision der ökonomischen und Handelsbeziehungen der westlichen Hemisphäre. Sehr wichtig für ihre Außenpolitik wurden allseitige Beziehungen zur UdSSR und zu anderen sozialistischen Ländern. Argentinien, Bolivien und Peru traten der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bei, Brasilien und einige andere Staaten nehmen an ihr mit Beobachterstatus teil. Weiterentwickelt wurde die regionale Zusammenarbeit der südamerikanischen Staaten im Rahmen der La-Plata-Gruppe (1969 entstanden) und des 1978 geschlossenen Amazonaspakts. Das gemeinsame Eintreten für eine neue Weltwirtschaftsordnung näherte die Staaten Südamerikas an die Afrikas und des Nahen Ostens an.

### Altes Vorhaben

Mit der Abschwächung der einseitigen Abhängigkeit von den USA wurde das Streben der regierenden Kreise der Länder des „südlichen Konus“, vor allem Argentiniens und Brasiliens, nach einem gleichberechtigten Dialog stärker. Immer öfter versagte das frühere System einer an Washington orientierten militärpolitischen Allianz, das die Grundlage für den Interamerikanischen Vertrag über gegenseitige Hilfe („Rio-de-Janeiro-Pakt“) von 1947 war. Das zwang die USA zu einer Revision ihrer Lateinamerika-Politik, zur Suche nach neuen, effektiveren und sichereren Formen der Kontrolle über den Kontinent und gleichzeitig zum Versuch, gewachsenenes politisches und wirtschaftli-

damit zwei Hauptaufgaben zu lösen — die Entwicklung der Befreiungsbewegung auf dem Kontinent zu blockieren und den Boden für eine einheitliche gesamtkontinentale Militärorganisation unter seiner Ägide vorzubereiten. Neben den aggressiven Bündnissen NATO, SEATO, CENTO und ANZUS sollte sie die Kette der weltumspannenden militaristischen Blöcke schließen.

Gemäß dieser Idee schlug Argentinien 1957 die Schaffung einer „Südatlantischen Verteidigungsgemeinschaft“ vor, die jedoch nicht realisiert wurde. Mitte der 60er Jahre führten argentinische und brasilianische Militärs unter der Ägide Washingtons Verhandlungen über die Gründung eines Systems der „kontinentalen Verteidigung vor dem Eindringen der Roten“, die ebenfalls ergebnislos endeten.

In den 70er Jahren erhielten die Pläne für einen „Südatlantikpakt“ (SATO) neue Unterstützung von Seiten der USA. Außer Argentinien, Brasilien, Chile (nach dem Machtantritt Pinochets), Uruguay und Paraguay soll ihm jetzt auch die RSA angehören.

Von 1978 bis 1980 machten südafrikanische und südamerikanische Politiker und Militärs weitere Vorschläge für die SATO. Es war jedoch vollkommen klar, daß hinter ihren Vorschlägen das State Department und das Pentagon standen.

Nachdem die Reagan-Administration Kurs auf die größtmögliche Zuspitzung der internationalen Spannungen genommen hat, beeilt sie sich nun mit verdoppelter Energie, die militärpolitische Kontrolle über den Südatlantik zu erlangen. Wa-



zialistischen Staaten stören würde.

Washington möchte die SATO auch als „regionalen Gendarmen“ nutzen. Das Pentagon plant, aus der Kriegsflotte der Küstenstaaten, vor allem Argentiniens, Brasiliens und der RSA, eine „Eingreiftruppe“ für den Südatlantik zu bilden. Sie hätte auch die Aufgabe, den amerikanischen Streitkräften eine ständige Präsenz im Südatlantik zu verschaffen. Außerdem soll der Militär-Industrie-Komplex der USA mit dem Export von Kriegsgerät in die südamerikanischen Staaten zusätzliche Gewinne erhalten. Darüber hinaus rechnet man damit, die SATO könnte sich in ein Instrument im Kampf der US-Monopole gegen die westeuropäischen und japanischen Konkurrenten innerhalb des Blocks verwandeln.

Jedoch erlitten die Versuche der USA, Argentinien und Brasilien in ihre Blockstrategie einzubeziehen, eine Abfuhr. Über die eigenen Probleme der sozialökonomischen und

politischen Entwicklung besorgt, sind die Regierungen dieser Länder nicht geneigt, die Meinung der US-Administration zur internationalen Lage bedingungslos zu teilen. Sie lehnen die Ansprüche der USA auf die politische Führerschaft in der Region ab und beeilen sich nicht, die Pläne des Weißen Hauses zu unterstützen. Bedeutsam war in diesem Zusammenhang das Treffen der Präsidenten Argentiniens und Brasiliens Ende Mai 1981. (Damals war Roberto Viola argentinischer Präsident. Ihn löste Ende vergangenen Jahres Lopoldo Fortunato Galtieri ab.) Die Präsidenten sprachen sich offen gegen einen Militärblock im Südatlantik aus. Ihrer Meinung nach darf dieser weiträumige Raum nicht zu einem „Gebiet internationaler Spannungen und Konfrontationen“ werden, sondern muß eine Zone „der friedlichen Zusammenarbeit und Entwicklung in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der UNO“ sein.

Die negative Einstellung der Regierungen Argentiniens und Brasiliens zur SATO-Gründung und zu einem Bündnis mit der RSA im besonderen ist der wichtigste Faktor, der der Verwirklichung dieses Plans entgegensteht. Jedoch will das Weiße Haus allem Anschein nach auf ihn nicht verzichten. Washington muß manövrieren und ändert seine Taktik. Es vermutet, daß Argentinien wegen seiner finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verwundbarer und kompromißbereiter als Brasilien ist. Die Außenschulden betragen 30 Md. Dollar, sein Handelsbilanzdefizit gegenüber den USA 2 Md. Die Unterstützung einflußreicher reaktionärer argentinischer Kreise einplanend, die den Austritt aus der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, die Liquidierung der Beziehungen zur UdSSR und die Annäherung an die USA fordern, verstärkten die Washingtoner Strategen ihren Druck auf Regierung,

## WISSENSCHAFT, TECHNIK, MENSCHHEIT

### LEBENSSENDENDER SAUERSTOFF

Dieser hell beleuchtete Saal erinnert an einen Chemiebetrieb. An zwei Wänden stehen große Behälter mit Röhren. An den Schalterpulten sind Bedienungskräfte zu sehen. Wir befinden uns aber in einer medizinischen Einrichtung. Der Saal ist nur ein Teil des Unionszentrums für Sauerstoffbehandlung in Überdruckkammern. Das Zentrum, das vom Korrespondierenden Akademiemitglied der AdW der UdSSR Prof. Sergej Jefuni geleitet wird, ist eine Abteilung des Unionsforschungszentrums für Chirurgie. Sein Generaldirektor ist Akademiemitglied Boris Petrowski.

Was ist der Zweck der Sauerstoffbehandlung in speziellen Überdruckkammern? Das Leben des Menschen hängt bekanntlich vom Sauerstoff ab, den er einatmet und der in der Luft vorhanden ist. Der Sauerstoff gelangt durch die Lungen ins Blut und wird weiter durch die Erythrozyten oder, genauer gesagt, durch das in ihnen enthaltene Hämoglobin übertragen. Nach einem komplizierten Umbildungsprozeß gelangt der Sauerstoff in die Zellen und gewährleistet das normale Funktionieren des menschlichen Organismus.

Es kommt aber vor, daß dieser normale Prozeß unterbrochen wird, z. B. bei einigen Krankheiten, bei einem Schock, bei Unfällen oder bei Tauchern in großen Tiefen. Aus verschiedenen Ursachen tritt ein Sauerstoffmangel ein, der einen letalen Ausgang haben kann.

Atmet man aber den Sauerstoff unter dem Druck von 2–3 Atmosphären ein, so umgeht der Sauerstoff die Erythrozyten und dringt unmittelbar in den flüssigen Teil des Blutes — das Blutplasma — ein. Dieses gelangt stets unbehindert in die engsten Abschnitte der Blutgefäße.

Es wäre jetzt unmöglich, auch nur annähernd zu sagen, wie viele Menschen durch diese Behandlung gerettet oder wieder arbeitsfähig wurden. Und wir können heute mit gutem Grund behaupten, daß wir es hier nicht einfach mit einer Methode, sondern mit einem wichtigen Zweig der medizinischen Wissenschaft und Praxis zu tun haben.

Akademiemitglied Boris Petrowski, der an den Forschungen maßgeblich mitgewirkt hat, erzählt:

„1974 wurde bei uns das weltgrößte Zentrum für Sauerstoffbehandlung in Überdruckkammern seiner Bestimmung

übergeben. Es ist einzigartig. Hier sind alle Arten dieser medizinischen Kammern vertreten. Das Zentrum wurde nach eigenen Entwürfen von unseren Spezialisten errichtet, und die gesamte Ausrüstung wurde bei uns hergestellt. Dieser Zweig — die Baromedizin — hat im ganzen Lande Anerkennung gefunden. Derartige Überdruckkammern gibt es jetzt in 172 medizinischen Einrichtungen von 72 Städten. Immer neue kommen hinzu.

Die Behandlung mit Sauerstoff in Überdruckkammern findet immer breitere Anwendung: Zuerst bediente man sich dieser Methode bei Wiederbelebungsversuchen, dann in der Pädiatrie, bei der Geburtshilfe, bei Nerven- und Geisteskrankheiten, Eiter-Infektionen, Herzkrankheiten, Gasbrand, bei therapeutisch behandelten Wunden, Vergiftungen etc.“

Im Zentrum wurden in den vergangenen sechs Jahren mehr als 6000 Patienten betreut. In den Überdruckkammern wurden 263 Kranke operiert, darunter Leute über 60 Jahre. Ein Kranker wurde sogar mit 96 Jahren erfolgreich operiert. Zahlreiche herzkranken Frauen brachten in Überdruckkammern ihre Kinder zur Welt, während in gewöhnlichen Verhältnissen in diesen Fällen oft Mutter und Kind sterben.



Armee und Öffentlichkeit Argentiniens. Seit Beginn des Vorjahrs, bemerkt die argentinische Zeitung „Qué Pasa“, „kamen im Schnitt alle 15 Tage amerikanische Delegationen in unser Land“. Es wurden alle Mittel eingesetzt: Versuche, die Streitkräfte des Landes und besonders das Offizierscorps der Kriegsflotte für die Rolle des Führers im künftigen Bündnis zu interessieren; die Bereitschaft, das vom USA-Kongreß 1978 erlassene Verbot für Waffenverkäufe aufzuheben; wirtschaftlicher Druck durch Diskriminierung einzelner argentinischer Waren auf dem US-Markt; Erpressung mit der Möglichkeit eines „südatlantischen Verteidigungssystems ohne Teilnahme Argentiniens“; schließlich der Versuch, argentinisch-chilenische Grenzstreitigkeiten im Gebiet der Beagle-Straße auszunutzen.

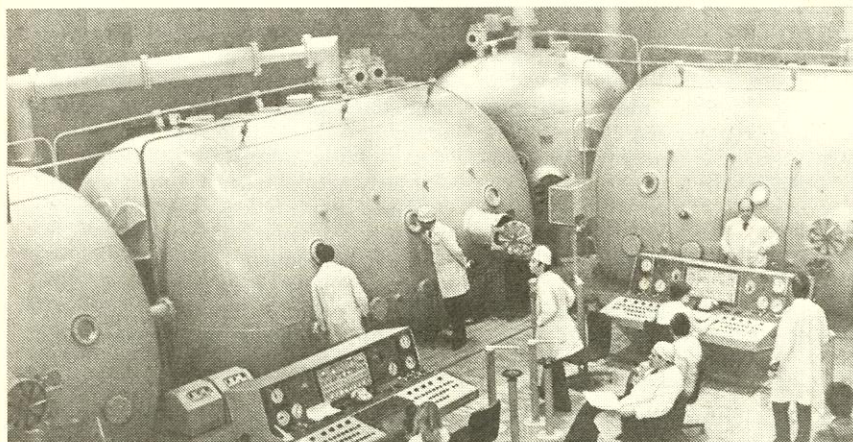
Das Weiße Haus wählte Argentinien als gegenwärtiges Hauptobjekt seiner geopolitischen Manipula-

tionen aus und ist bemüht, seine Annäherung an Brasilien außerhalb der SATO zu verhindern. Die sich erweiternde argentinisch-brasilianische Zusammenarbeit, die die traditionelle Gegnerschaft (die die herrschenden Kreise der USA oft mißbrauchten) ablöste, beunruhigt Washington. Andererseits betrachten die USA die Bildung einer Koalition, deren Grundlage die Streitkräfte Argentiniens und der RSA darstellen würden, als einen zusätzlichen Hebel des Drucks auf Brasilien, das Kurs auf die Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten, auch zu seinen Nachbarn, auf der Basis der Prinzipien des „Universalismus“, des „verantwortungsvollen Pragmatismus“ und „nichtautomatischer Bündnisse“ genommen hat.

Gegenwärtig sind das Pinochet-Regime, die uruguayische Militärdiktatur und die RSA die begeistertsten Anhänger der SATO-Gründung. Kürzlich besuchten Chile Delegationen hoher Militärs aus

Pretoria mit dem Stabschef der südafrikanischen Kriegsflotte, Admiral G. Weideman, und dem Chefinspekteur von Armee, Flotte und Luftstreitkräften, Konteradmiral Van der Westhuizen, an der Spitze. Einen Antwortbesuch in der RSA machte das Mitglied der chilenischen Militärjunta, der Kommandeur der Luftstreitkräfte, General Fernando Matthei. Bei diesen Besuchen wurde die Schaffung einer Achse RSA—Chile besprochen, die Washington als eine Hauptrichtung seiner gegenwärtigen Südatlantikstrategie ansieht.

...Die Völker der Länder des Südatlantiks wollen in Frieden und Sicherheit leben. Durch die Pläne der Reagan-Administration zur Schaffung eines neuen aggressiven Blocks in dieser Region drohen ihnen aber neue Komplikationen, die Militarisierung der Innen- und Außenpolitik zum Nutzen der globalen Ambitionen der US-Administration.



Das von Boris Petrowski geleitete Zentrum ist eine der führenden chirurgischen Einrichtungen der Welt, und seine Abteilung, das Unionszentrum für Sauerstoffbehandlung in Überdruckkammern, ist in der Welt-Baromedizin führend. Die Sowjetunion belegt hier zweifellos den ersten Platz.

Das wurde auch auf dem 7. Internationalen Kongreß über die Anwendung von Sauerstoff-Überdruckkammern in der Medizin deutlich, der im Herbst 1980 in Moskau stattfand. Es hatte 535 Teilnehmer aus 24 Ländern von vier Kontinenten.

In diesem Teil des Saals befinden sich die Sauerstoff-Überdruckkammern

Foto: A. Motschalin

Man diskutierte dort verschiedene Formen der Reaktion des Organismus auf die Sauerstoffbehandlung in Überdruckkammern. Je breitere Anwendung diese Methode findet, desto vorsichtiger muß man sein, weil es auch Gegenanzeigen gibt, z. B. bei Hypertonie oder bei Lungenzyste. Das Einatmen des Sauerstoffs unter Überdruck kann

eine Sauerstoff-Intoxikation hervorrufen: nicht nur während der Behandlung, sondern auch nachher. Jeder Patient muß vorher sorgfältig untersucht werden. Eine Ausnahme sind hier nur die Wiederbelebungsversuche, da man keinen Augenblick verlieren darf, weil der Mensch sonst sterben kann.

In der UdSSR stehen die Behandlung in Überdruckkammern und die Betriebe, die die einschlägigen Apparate und Ausrüstungen herstellen, unter Staatskontrolle. Auf dem erwähnten Kongreß wurde dieser Vorzug des sowjetischen Systems anerkannt. Die Spezialisten für die Arbeit in Überdruckkammern werden am Institut zur Weiterbildung der Ärzte ausgebildet.

Der Präsident des Kongresses Sergej Jefuni stellte fest, daß die Baromedizin immer größere Anerkennung findet. Zugleich wurde klar, daß diese Methode durch gesellschaftliche und staatliche Bemühungen zu reglementieren ist, damit es keine Unfälle gibt.

Auf dem Kongreß wurde den Leistungen der sowjetischen Medizin Tribut gezollt. Der bekannte amerikanische Arzt Julius Jakobson sagte: „Sie sind die Nummer eins. Ihr System hat mich tief beeindruckt. Rußland wird auf diesem Gebiet die ganze Welt unterrichten...“

W. ROSEN





Boris SWETOW, Oleg TARIN

**In letzter Zeit heizt Washington verstärkt die Haßkampagne gegen Kuba an: Die Verleumdung der Innen- und Außenpolitik der kubanischen Regierung wechselt sich mit offener Einschüchterung ab. Bekannt wurden Pläne der US-Administration, eine Seeblockade über die Insel zu verhängen, die Häfen zu verminen und mit einer Söldnerarmee Provokationen gegen die Republik zu starten.**

**Die jetzige antikubanische Kampagne ist nichts Neues. Seit dem Sieg der Revolution auf Kuba plant man in Washington den Sturz der Volksregierung. Es sei nur an den Invasionsversuch in der Schweinebucht 1961 erinnert...**

**Die CIA zettelte ständig Verschwörungen gegen die Republik an. Einige behandelt der vorliegende Artikel, der Material aus dem im „Progreß“-Verlag erscheinenden Buch der Autoren verwendet.**

In Mitteilungen und Referaten der Central Intelligence Agency der USA hat jede Operation einen bestimmten Code. Die beiden Anfangsbuchstaben dieses Codes bezeichnen das Land. Kuba hat die Buchstaben „AM...“. Alles, was hinter diesen Buchstaben steht, bleibt geheim: Aktionen, Agenten, Komplizen, Diversionenobjekte.

Der Ex-Agent der CIA Victor Marchetti und der Angestellte des Außenministeriums John Marks bezeugen in ihrem umfangreichen Buch „Die CIA und der Kult der Aufklärung“: Die CIA begann sich für Kuba lebhaft zu interessieren und sich in seine Angelegenheiten einzumischen, noch bevor die Armee der Aufständischen im Triumphmarsch im Januar 1959 in Havanna einzog. Die Analytiker im CIA-Hauptquartier in Langley stellten damals hastig einen Bericht für das Weiße Haus zusammen. Sie erklärten die Erfolge der Aufständischen vor allem mit der Korruption des Batista-Regimes und der sich daraus ergebenden Unzufriedenheit des Volkes. CIA-Direktor Allen Dulles teilte die Schlußfolgerungen seiner Untergebenen nicht, und ihr Standpunkt wurde dem Weißen Haus nicht bekannt. „Nach oben“ ging eine andere Version: Der Sieg der Aufständischen ergab sich nicht natürlich aus der Herrschaftsweise Batistas. Ende 1959 legte der Spionagechef logisch seine Schlußfolgerungen dar: Beste Lösung des „Kuba-Problems“ wird die Anlandung bewaffneter kubanischer Emigranten auf der Insel und der Sturz der Regierung Fidel Castros sein. Unter dem Druck der Argumentation Dul-

les' befürwortete Präsident Dwight D. Eisenhower den Invasionsplan.

Sein Finale ist gut bekannt: Im April 1961 scheiterte der Invasionsversuch in der Schweinebucht kläglich. Dennoch blieb Kuba in der Sphäre einer spezifischen Beachtung durch Washington. Diese zeigt sich in verschiedenen terroristischen Aktionen, die bis auf den heutigen Tag andauern. Die CIA löste nicht einmal die Verträge mit vielen „Veteranen“ der gescheiterten Invasion und zahlte ihnen mehr als zehn Jahre lang regelmäßig ein Gehalt. Parallel dazu wurden neue Operationen ausgearbeitet.

### „Gusanos“ im Einsatz

Zwei Jahrzehnte lang hatten die kubanischen extremistischen Emigranten, die sich den verächtlichen Spitznamen „Gusanos“ („Würmer“) verdienten, unmittelbare Beziehung zur Durchführung aller oder fast aller terroristischen Aktionen in der westlichen Hemisphäre. Es wird angenommen, daß der Kern dieser Gruppe aus etwa hundert Leuten in den Emigrantenkolonien von New York, New Jersey, Florida und Puerto Rico besteht. Schon zwei Jahrzehnte lang legen sie ungestraft Bomben, verstümmeln und ermorden Mißliebige.

In den 60er und 70er Jahren erfüllte die reaktionäre kubanische Emigration unzählige Aufgaben der US-Geheimdienste gegen Kuba. Die Paten verwandten die „Gusanos“ als Söldner in Kongo und in Vietnam, entsandten professionelle „Techniker“ zu Abhöraktionen im „Watergate“-Stil und lieferten gedungene

Mörder für den chilenischen Geheimdienst DINA und andere.

„Gusanos“ ermordeten kubanische Diplomaten in den USA, Argentinien, Italien und anderen Ländern. Sie sprengten ein kubanisches Verkehrsflugzeug über Barbados. In letzter Zeit gingen sie zum Frontalangriff auf jedwede Kontakte der USA zu Kuba über und sprengten die UNO-Vertretung des Landes in New York sowie ein Gebäude in Washington, in dem Repräsentanten der Republik in den USA arbeiteten. Sprengsätze explodierten in Reisebüros sowie in Zeitungsredaktionen, die Sympathie für Kuba geäußert hatten. Sogar eine Apotheke in New Jersey flog in die Luft — die Terroristen verdächtigten ihre Besitzer der „Teilnahme“ an der Versendung von Medikamenten nach Kuba...

Ein vor einiger Zeit im „New York Times Magazine“ veröffentlichter Artikel berichtete ausführlich über eine große Terroristengruppe, die sich im Norden des Staats New Jersey niedergelassen hat. In einer Straße der Stadt Union City entdeckte der Artikelautor das Hauptquartier der „Kubanischen Nationalistischen Bewegung“ — einer Gruppe, die skandalöse Bekanntheit durch ihr Mitglied, den Terroristen Guillermo Novo Sampol erlangte, der 1964 mit einem Granatwerfer das UNO-Gebäude beschoss, als sich in ihm Ché Guevara aufhielt. Die Mitglieder dieser Organisation waren in den Rauschgifthandel verwickelt und nahmen an fast allen terroristischen Aktionen der „Gusanos“ in den letzten Jahren teil. Obwohl die Verantwortung für die meisten Aktionen die zwei Organisationen „Omega 7“ und „Comando Zero“ auf sich nahmen, bezeugen viele Fakten: Unter diesen Masken verbirgt sich die „Kubanische Nationalistische Bewegung“. Der Artikel enthält viele Beweise dafür, darunter Aussagen von Vertretern der Bundes- und örtlichen Organe. Warum ergreifen die mit den derartigen Informationen ausgestatteten Behörden keine entschiedenen Maßnahmen? Dafür gibt es offenbar gewichtige Gründe...

„Es ist bekannt“, erklärte auf der VI. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder Fidel Castro, „offiziell zugegeben und in den USA veröffentlicht worden, daß die herrschenden Kreise dieses Landes jahrelang systematisch versuchten, die Führer der kubanischen Revolution zu ermorden, wobei man sich der raffiniertesten Mittel aus dem Arsenal von Verschwörungen und Verbrechen bediente. Obwohl die damit verbundenen Fakten auf-



gedeckt und vom US-Senat veröffentlicht wurden, hat es die USA-Regierung bisher nicht für nötig befunden, wegen dieser böswilligen und barbarischen Aktionen um Entschuldigung zu bitten.“

Heute haben die kubanischen Konterrevolutionäre ein hohes Ansehen in den USA. Den Erklärungen des Präsidenten und des Außenministers nach zu urteilen, ist die neue Washingtoner Administration sehr kriegerisch gegen Kuba eingestellt. Es scheint, daß den Geheimdienstagenten, die terroristische Aktionen gegen „AM“ planen, heiße Zeiten bevorstehen.

Den möglichen Charakter dieser Aktionen kann man voraussagen, wenn man von der langjährigen Geschichte des geheimen Terrorkriegs der amerikanischen Wühlorganisationen gegen die Insel der Freiheit ausgeht. Über mehrere Episoden aus diesem Krieg berichtete die kubanische Zeitschrift „Bohemia“.

### Auf CIA-Befehl

Mitte 1960 landeten die Mitglieder der konterrevolutionären Organisation „La Cruz“ Armando Cubría Ramos und Mario Tauler Sagué im Gebiet von Punta Hicacos in der Provinz Matanzas. Sie hatten den Auftrag, ein Attentat auf Fidel Castro sowie mehrere andere terroristische Akte und Diversionen zu verüben. Vor der Absendung aus Florida übergaben ihnen CIA-Vertreter große Mengen militärischer Ausrüstungen, die ihnen bei der Festnahme abgenommen wurden.

Einen neuen CIA-Befehl, Fidel Castro zu töten, überbrachte ein Agent der Emigrantenorganisation „Revolutionäre demokratische Front“ (FRD), der im Juni 1961 in Kuba einstrang. Den Befehl ausführen sollten Juan Basigalupi Hornedo, Higinio Menéndez Beltrán, Guillermo Coula Ferrer und andere. Sie planten, das Attentat auf der Kreuzung der Straßen Calzada de Rancho Boyeros und Santa Catalina in Havanna zu verüben. Dabei sollte ihnen der Besitzer einer dort gelegenen Autowaschanlage helfen, zu der einige PKW, ein kleiner LKW, zwei Bazookas, Splittergranaten, MGs und andere Waffen gebracht wurden, die man auf einem Platz neben der Waschanlage versteckte. Nach ihrer Verhaftung gestanden Guillermo Coula und Higinio Menéndez, daß ihre Aktion von der CIA geleitet wurde. Über den Marinestützpunkt in Guantánamo und die Botschaft eines kapitalistischen Staats in Kuba hielten die Verschwörer Verbindung mit CIA-Mitarbeitern, die ihnen In-

struktionen sowie technische Mittel zur Erfüllung der Aufgabe übergaben.

In der zweiten Julihälfte 1961 plante eine Gruppe konterrevolutionärer Elemente aus den Organisationen „30. November“, „Revolutionäre Volksbewegung“ und „Revolutionäre demokratische Front“ ein Attentat auf Fidel Castro. Es sollte stattfinden, wenn er sich im Haus des Chefs der Kanzlei für Präsidentenangelegenheiten und des Ministerrats Celia Sánchez im Gebiet Velado aufhielt. Die Schüsse sollten aus den Fenstern einer Wohnung an der Ecke von 11. und 12. Straße abgegeben werden. Am Tag des Attentats wollten die Verschwörer die Wohnung stürmen und ihre Bewohner fesseln. Die von den Sicherheitsorganen verhafteten Konterrevolutionäre gestanden, daß sie Instruktionen direkt von der CIA über Tony Varona, Manuel Ray und Aureliano Sánchez Arango, die außerhalb Kubas waren, sowie von Admiral Arleigh Burke und CIA-Offizieren auf Guantánamo erhielten.

Nach der Niederlage in der Schweinebucht aktivierte und erweiterte die CIA ihre subversive Tätigkeit gegen die junge Republik. Sie begann, die zersplitterten konterrevolutionären Organisationen um die Gruppe „Unidad Resistencia“ zu vereinen. Diese Arbeit leisteten die in Kuba eingedrungenen CIA-Agenten Emilio Adolfo Rivero Caro („Brand“), Adolfo Mendoza („Raúl“), Jorge García Rubio („Tony“) und Alfredo Izaguirre de la Riva („Tito“) sowie einige andere. Sie sollten verschiedene Aufgaben erfüllen, u. a. ein Attentat auf Raul Castro während eines Meetings 1961 zum Tag des 26. Juli verüben. Sollte es dort nicht gelingen, wurde als weiterer Attentatsort die Autobahn zum Flughafen von Santiago de Cuba ausersehen. Anschließend sollten die Agenten eine Provokation inszenieren — einen Überfall auf den Marinestützpunkt Guantánamo imitieren. Sie wollten die Sache vor der Welt so darstellen, als ob die durch den Tod Raul Castros „rasend“ gewordenen anderen kubanischen Revolutionsführer nun den Angriff auf den Stützpunkt veranlaßt hätten. Das wäre die Rechtfertigung für die direkte Aggression der USA gegen Kuba gewesen. Gleichzeitig sollten bewaffnete Provokationen gegen einige benachbarte Länder stattfinden, um möglichst viele Staaten in den Konflikt zu verwickeln.

Diese Pläne sahen auch ein Attentat auf Fidel Castro während der Feierlichkeiten in Havanna auf dem Revolutionsplatz vor. Dazu wurde der Konterrevolutionär José

Pujals Medero insgeheim aus Kuba in die USA zurückgerufen. In den USA traf er sich mit den CIA-Offizieren Jim Bender, bekannt unter dem Namen „Jim Boulding“, Harold Bishop und Carl Hitch. Dabei wurde er zum Chef der CIA-Agentur auf Kuba ernannt.

Für den provokatorischen Angriff auf Guantánamo wurden vier Geschütze auf dem Gehöft „El Curro“ untergebracht, das an der Grenze zum Stützpunkt liegt. Es sollten jeweils sechs Granaten auf den Stützpunkt abgefeuert werden. Es war geplant, daß gleichzeitig aus einem anderen Geschütz eine kubanische Artilleriebatterie beschossen wird, die in der Nähe lag. Die Kubaner sollten denken, sie würden von Guantánamo aus beschossen und zum Gegenschlag veranlaßt werden. Daraufhin würde Guantánamo loschlagen, und die Regierung der USA hätte den Vorwand für eine direkte Militärintervention gegen die Republik. Auf dem Marinestützpunkt fanden konspirative Beratungen statt, sein Kommandostab teilte den Verschwörern große Mengen Waffen und Ausrüstungen zu. Amerikanische Offiziere des Stützpunkts nahmen aktiv an der Einschleusung einiger Tonnen Waffen nach Kuba, die später bei der Verhaftung der Diversanten sichergestellt wurden, teil.

### Bazookas, Granaten und Giftkapseln

Die konterrevolutionären Organisationen „Zweite Escambray-Front“, „Revolutionäre Wiederherstellungsbewegung“ (MRR), die die CIA anleitete, nahmen im Oktober 1961 gemeinsam einen Plan für Diversionen in der Hauptstadt an. Ziel war, Unruhe unter der Bevölkerung hervorzurufen. Die Aktionen sollten am Tag der Rückkehr des Präsidenten Osvaldo Dorticós von einer Reise durch sozialistische Länder stattfinden. Während einer Massenkundgebung vor dem ehemaligen Präsidentenpalast wollten die Konterrevolutionäre das Feuer auf Fidel Castro und andere kubanische Führer aus einer Bazooka eröffnen, wenn diese sich auf der Nordterrasse befinden. Verantwortlich für die Ausführung war der CIA-Agent Antonio Veciana („Victor“).

Der Plan sollte am 4. Oktober verwirklicht werden. Dem sollte eine Reihe von Diversionen am 29. September vorangehen, die aber vor allem durch die Wachsamkeit des Volkes vereitelt wurden. Die Konterrevolutionäre konnten nur einige Sprengkörper zünden. Die in den



Geschäften „Fin de Siglo“, „J. Valés“ und dem ehemaligen „Sears“ gelegten Sprengsätze wurden rechtzeitig entdeckt.

Der Anschlag auf den Ministerpräsidenten sollte von der im 8. Stock des Hauses Avenida de las Misiones Nr. 29 gelegenen Wohnung 8-A ausgeführt werden. Einige Tage vorher fuhr Antonio Veciana nach Florida, um die CIA ausführlich über die bevorstehende Operation zu unterrichten.

Die Bazooka-Beschießung des ehemaligen Präsidentenpalasts sollte zu Beginn der Dämmerung anfangen, weil die Verschwörer meinten, nach Eröffnung des Meetings würden die ringsum aufgestellten Wachen weniger aufmerksam sein. Es sollte auch auf die Kundgebungs Teilnehmer gefeuert werden, um Panik zu säen. Die Terroristen wurden verhaftet.

Anfang 1963 warb der ehemalige Angestellte eines Spielkasinos Manuel de Jesús Campanioni Sousa den Angestellten des Cafés im Hotel „Habana Libre“, Santos de la Caridad Pérez Nuñez, für die Ermordung Fidel Castros an. Der Ministerpräsident kam manchmal auf einen Drink in dieses Café. Beide Verschwörer waren Mitglieder einer illegalen Organisation von Hotel- und Café-Angestellten. Campanioni übergab Pérez Nuñez einige Kapseln mit tödlichem Gift, das in das Glas Castros geschüttet werden sollte. Die Kapseln waren in einer

Schachtel für Manschettenknöpfe und in Krawattennadeln versteckt. Pérez Nuñez brachte das Gift jeden Tag mit in das Café und versteckte es in einem Eisfach zwischen den Kühlröhren. Am Schluß des Arbeitstags nahm er die Kapseln wieder mit.

Mitarbeiter der Sicherheitsorgane verhafteten beide Verschwörer. Ihre Verhöre ergaben unwiderlegbar die Teilnahme der CIA an dieser Operation.

Ebenfalls 1963 gab die CIA den Konterrevolutionären die Anweisung für eine Serie von Aktionen, die den Eindruck schaffen sollten, auf Kuba gäbe es einen aktiven Volkswiderstand. Das hätte den Anlaß gegeben, auf dem Treffen der Präsidenten der OAS-Länder über eine bewaffnete Intervention gegen Kuba zu beraten. Die Operation wurde der Gruppierung „Antikommunistischer ziviler Widerstand“ (RCA) übertragen, zu der die genannte MRR, die „Gruppe Montecristi“ (AM), der „Nationale Zentralrat“ (CCN), die „Revolutionäre Einheit“ (UR), die „Geheimen Kommandos“ (CS) und die „Nationale Befreiungsarmee“ (ELN) gehörten.

Vor allem wurde ein Anschlag auf Fidel Castro während seiner Rede auf der Kundgebung am 13. März geplant. Dazu wurde ein Geschütz hergestellt, das in einem Haus neben der Universität von Havanna aufgestellt werden sollte. Anschließend wollten die Konterrevolutionäre Abteilungen und Wohnviertelzentren

der Komitees für die Verteidigung der Revolution (CDR) mit US-Splittergranaten attackieren, die sie aus der Botschaft eines kapitalistischen Landes in Havanna erhalten hatten.

Nächste Etappe sollten ein Angriff auf das Waffenlager der Armee in der Tamarindo-Straße und Diversionen im ganzen Lande sein.

Bei der Verhaftung der Gruppe wurden zwei „Thompson“-MGs, ein Gewehr mit Zielfernrohr, zwei Splittergranaten, eine amerikanische Bazooka mit sechs Granaten, vier M-3-MPs, ein „San Cristobal“-Karabiner sowie große Mengen Munition sichergestellt.

## Versuche neuer Anschläge

Nachdem der Attentatsversuch nahe der Universität gescheitert war, erarbeiten einige Mitglieder des RCA auf Anweisung der CIA einen neuen Plan für die Ermordung Fidel Castros. Er sollte im Stadion „Latinoamericano“ am 7.4.1963 realisiert werden. An der Aktion sollten 16 mit Splittergranaten und Pistolen bewaffnete Terroristen teilnehmen. Die Verschwörer vermuteten, daß Castro an diesem Tage dem Finale der Baseballmannschaften „Industriales“ und „Oriente“ zuschauen würde. Die Diversanten wurden unschädlich gemacht.

Ebenfalls 1963 bereiteten RCA-Leute ein neues Attentat auf Fidel und Raul Castro vor, dieses Mal auf dem Revolutionsplatz während der Feierlichkeiten am 26. Juli.

Im September 1963 wurde der kubanischen Sicherheitsverwaltung bekannt, daß Mitglieder der Organisationen „Innere Front der revolutionären Einheit“ (FIUR) und „3 A“ vorhaben, eine Tribüne während der Feiern zum Jahrestag der Gründung der Komitees für die Verteidigung der Revolution zu sprengen. Dafür waren 30 kg Plastiksprengstoff vorbereitet. Die Verschwörer wurden verhaftet. Sie alle hielten Verbindung zu Pierre Owen Diez de Ure, einem auf Kuba lebenden CIA-Agenten mit französischer Staatsbürgerschaft. Er gestand, im Verlaufe der letzten Jahre für die CIA gearbeitet und sie mit verschiedenen Informationen versorgt zu haben.

Seit Mitte 1964 begannen die Konterrevolutionäre Osvaldo Valentín Figueroa Gálvez (Deckname „Mankeca“), Reynaldo Figueroa Gálvez, Felipe Alons Herrera und José Manuel Rodríguez Cruz (Deckname „Lolo“), die zur „Bewegung für die nationale Befreiung“, einem Mitglied der RCA gehörten, ein neues Attentat auf Fidel Castro vorzu-

## BIOGRAPHISCHES

### PRÄSIDENT DER REPUBLIK ARGENTINIEN LEOPOLDO FORTUNATO GALTIERI



Geboren am 15. Juli 1926 in Caseros (Provinz Buenos Aires) in der Familie eines italienischen Auswanderers. Der hohe Berufsmilitär ist seit 1943 im Militärdienst. Seine Militärausbildung erhielt er

in Argentinien und auf einem militärtechnischen Lehrgang in den USA.

1975 Stellvertretender Leiter der Operativen Verwaltung im Generalstab des Heeres. 1976 beförderte er eines der Armeekorps, gleichzeitig wurde er zum Divisionsgeneral befördert. Im Dezember 1979 Oberbefehlshaber des Heeres, wurde Galtieri zum Generalleutnant, dem höchsten Dienstgrad in der Armee Argentiniens, befördert und in die herrschende Militärjunta aufgenommen.

Galtieri war am 11. De-

zember 1981 von der Militärjunta, dem höchsten Staatsorgan, zum Präsidenten der Republik Argentinien bis zum März 1984 ernannt worden. Er soll die Posten des Oberbefehlshabers des Heeres und Mitglieds der Militärjunta bis zum 28. Dezember 1982 ausüben und dann gemäß den geltenden Vorschriften aus dem Militärdienst ausscheiden.

Leopoldo Fortunato Galtieri hat am 22. Dezember 1981 die Amtsgeschäfte des Präsidenten der Republik Argentinien übernommen.



bereiten. Es war für den September geplant, wenn im „Latinoamericano“-Stadion die Jugendweltmeisterschaften im Baseball stattfinden würden. Mehr als ein Jahr lang verfolgte Osvaldo Figueroa jeden Besuch Fidel Castros im Stadion, merkte sich die Plätze, auf denen er saß, und den Eingang, den er benutzte. Den Plan ausführen sollte eine Gruppe aus neun Mann. Sie alle, die Verbindung zu den CIA-Agenten Alberto und Ramon Grau

eine automatische Pistole „Star“, ein „Remington“-Gewehr mit Zielfernrohr, 13 Patronenschachteln und Dokumente der UNARE abgenommen.

Seit 1962 beschatteten die kubanischen Sicherheitsorgane Mario Salabarría Aguilar, den Ex-Chef der Nationalpolizei und des Büros für die Untersuchung feindlicher Tätigkeit unter einer der vorrevolutionären Regierungen. Im Mai 1965 wurde bekannt, daß Salabarría in einer Telefongesellschaft einen LKW zu kaufen versuchte und dafür 10 000 bis 12 000 Pesos anbot. Er hatte vor, auf den LKW eine Maschinenkanone vom 30- oder 50-mm-

die Anweisung, die Vergiftung Fidel Castros zu organisieren, wozu sie Giftampullen bekam. Die Ampullen gingen an einen gewissen Alberto Cruz Caso, der sie seinerseits einem Arzt, dem Leiter einer CIA-Agentengruppe, übergab. Als dieses Vorhaben fehlschlug, übergab die CIA dem Konterrevolutionär ein weiteres Päckchen mit Kapseln, damit er aufs neue den Mord probiere. „Polita“ erhielt von der CIA auch Schußwaffen mit Schalldämpfer und Spezialkugeln. Die Verschwörerpläne wurden rechtzeitig vom Sicherheitsdienst aufgedeckt und sie selber verhaftet.

Bald danach erteilte die CIA den von ihr kontrollierten Organisationen „Comando L“ und „Bewegung des 30. November“, die Vertreter in den USA hatten, den Auftrag, Schiffe mit Artillerie auszurüsten, die Mitte 1965 Kuba anlaufen und Diversionen verüben sollten. Jedoch wurde später der Plan geändert und beschlossen, die Residenz des Präsidenten Osvaldo Dorticós, Schulinternate in Miramar und das Hotel „Riviera“ zu beschießen. Diese Operation fand statt, wonach die Schiffe in die USA zurückkehrten. Im Mai 1966 drangen Diversanten ins Land, um in Havanna, in der Gegend der Fünften Avenida ein Attentat auf Fidel Castro zu verüben. Jedoch wurden die Diversanten gleich nach der Ankunft entdeckt, und bei einem Feuergefecht kamen die Konterrevolutionäre Armando Romero Martínez und Sandalio Herminio Díaz García ums Leben. Antonio Cuesta Valle, der Chef des „Kommandos“, und Eugenio Enrique Zaldívar Cárdenas, die viele Waffen und Ausrüstungen bei sich hatten, wurden gestellt. Ausbildung hatten die Konterrevolutionäre in Puerto Rico erhalten, einige von ihnen nahmen an der Beschießung des Handelsschiffs „San Pascual“ teil, das sie im Hafen Caibarién in der Provinz Las Villas versenkten.

### Schüsse auf der Vía Blanca

1966 wurde der ehemalige Kommandante Rolando Cubela Secades festgenommen, der eine besondere Rolle bei einem weiteren Attentatsplan auf Fidel Castro spielte, den die CIA erarbeitete. Cubela warben während einer Reise nach Madrid CIA-Agenten an. An dieser Operation nahmen auch die Mitarbeiter der kubanischen Botschaft in Madrid José Luis González Gallarreta und Alberto Blanco (Deckname „Loco“) teil.

Vor der Rückkehr nach Havanna



Collage von A. Garanin

Sierra hielten, wurden verhaftet, ihre Waffen beschlagnahmt.

1965 versuchte die CIA noch einmal, die zersplitterten konterrevolutionären Organisationen umzugruppieren und sie in der „Unidad Resistencia“ (UNARE) zu vereinen.

Der Sicherheitsdienst ermittelte, daß die Mitglieder dieser Organisation eine Serie von Anschlägen auf den Führer der Revolution vorhaben. Speziell sahen sie die Ermordung Fidel Castros bei einem Besuch des Restaurants „Vita Nova“ vor. Der Angestellte dieses Restaurants Ricardo Garriga del Castillo sollte den Verschwörern Castros Eintreffen vorher melden. Nach der Verhaftung gestanden die Diversanten ihre Teilnahme an der Verschwörung und ihre Beziehungen zur CIA. Den Terroristen wurden eine „Thompson“-MPi, eine P-38-Pistole,

Kaliber zu montieren und bei der ersten Möglichkeit Fidel Castro zu töten. Mario Salabarría hielt Kontakt zu US-Geheimdiensten über den CIA-Agenten Bernardo Melanes López, den Führer einer Untergrundgruppe. Als dieser nach Spanien fuhr, bat ihn Salabarría zu organisieren, daß ihm Mittel für einen Anschlag auf Fidel Castro nach Kuba gesandt werden. Mit Hilfe des CIA-Agenten Arturo Varona erhielt Mario Salabarría 10 000 Pesos, eine Pistole mit Schalldämpfer, vier „Magnum“-Revolver, UKW-Sender und -Empfänger und viel Munition. Bei den Verhören gestand Mario Salabarría alles und berichtete über seine Beziehungen zur CIA.

Im Juni 1965 wurde ein CIA-Agentennetz aufgedeckt, das Ramón („Mongo“) und Leopoldina („Polita“) Grau Alsina leiteten. Sie waren Mitglieder der konterrevolutionären Organisationen „Rescate“, der „Antikommunistischen revolutionären Bewegung“ und anderer von der CIA unterstützter Gruppen. „Polita“ Grau erhielt von der CIA



erhielt Cubela ein Gewehr mit Zielfernrohr und Schalldämpfer (es wurde ihm bei der Verhaftung zusammen mit Waffen und Ausrüstungen abgenommen). Gestellt wurden auch González Gallarreta und Blanco.

Am 17. März 1967 verhafteten Grenzsoldaten die Konterrevolutionäre Félix Ascensio Crespo, Wilfredo Martínez Díaz und Gustavo Areces Álvarez, die aus den USA kommend bei Cayo Fragoso an Land gehen wollten. Ihre Hauptaufgabe war ein Attentat auf Fidel Castro sowie die Organisation von DiverSIONen mit Plastikbomben. All das hatte das Ziel, im Ausland den Eindruck zu schaffen, es gäbe in Kuba eine aktive subversive Tätigkeit. Dadurch hätten die Konterrevolutionäre in den USA mehr Geld von Washington bekommen.

Der nächste Attentatsversuch auf Fidel Castro wurde 1971 vorbereitet, als er nach Chile reiste. Dort sollte er ermordet werden. Unter Anleitung der CIA wurden chilenische Faschisten und kubanische Konterrevolutionäre aus der Organisation „Alpha 66“ vereinigt und zum Hauptführer des Plans Jesús Domínguez Benítez (Deckname „Isleño“) ernannt. Von in Venezuela lebenden kubanischen Konterrevolutionären erhielt er falsche Dokumente auf den Namen eines venezolanischen Journalisten, der angeblich nach Chile zur Berichterstattung über den Besuch des kubanischen Ministerpräsidenten fuhr. Das Attentat sollte mit Hilfe einer in eine TV-Kamera eingebauten Pistole verübt werden. Da es jedoch keine Sicherheitsgarantien für die Organisatoren des Attentats gab, verzichtete man später darauf.

Ein einziges Mal konnte der Feind seinen Plan gegen einen kubanischen Führer teilweise verwirklichen — das war bei dem versuchten Anschlag auf Carlos Rafael Rodríguez am 14. September 1961.

Es geschah auf der Vía Blanca, als Carlos Rafael Rodríguez nach der Teilnahme an einer Kundgebung im Theater „Sauto“ in Matanzas in die Hauptstadt zurückkehrte. Bei der Abwehr des Anschlags verletzten die Begleiter Carlos Rafaels einen Terroristen, Juan José Martori Silva, der wenige Stunden später in einem Krankenhaus verstarb. In der Gegend des Anschlags entdeckten Mitarbeiter der Sicherheitsorgane eine M-3-MP Kaliber 45 und eine „Colt“-Pistole Kaliber 45 mit vollem Magazin. Wie ein Teilnehmer des Anschlags aussagte, fand vor der

Operation ein Treffen zwischen Vertretern der konterrevolutionären Organisation MRR, dem Führer der in diesem Gebiet operierenden illegalen Gruppe und einem CIA-Agenten statt, der ihnen die notwendigen Instruktionen übergab.

\* \* \*

Die Archive der Staatssicherheitsverwaltung Kubas füllen sich weiterhin mit neuen Materialien, die die nichtendenden Anschläge des nordamerikanischen Imperialismus auf „AM“ bezeugen.

In seiner Rede auf der Trauerkundgebung zum Gedenken an die Opfer einer weiteren CIA-DiverSION — die Passagiere eines in der Luft gesprengten Flugzeugs — berichtete Fidel Castro 1976 von neuen terroristischen Plänen der US-Geheimdienste und speziell über den Versuch eines Attentats auf ihn selbst, das bei den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Unabhängigkeit in Angola stattfinden sollte. Fidel Castro berichtete weiterhin über eine ganze Serie terroristischer Aktionen, die die Feinde der Republik in letzter Zeit unternahmen. So wurden die Fischfangschiffe angegriffen, explodierten Bomben in der Lissabonner Botschaft Kubas, in der kubanischen UNO-Vertretung und in Büros von Flugesellschaften, die Geschäftsbeziehungen zu Kuba unterhielten. Zwei Mitarbeiter der Botschaft in Buenos Aires wurden entführt, ein Kubaner beim Versuch der Entführung des Konsuls in Mérida (Mexiko) getötet...

Seinerzeit mußte der USA-Kongreß sogar eine Sonderkommission zur Untersuchung der Praxis der Geheimdienste einsetzen. Diese Senatskommission, die nur eine Vorstellung von der Spitze des Eisbergs der CIA-Tätigkeit gewann, konstatierte: „Subversive Operationen entsprechen nicht den Prinzipien und Idealen Amerikas, aber ihre Entlarvung untergräbt die Möglichkeit des Landes, die moralisch-ethische Führung in der Welt wahrzunehmen.“ Lassen wir das Streben nach „moralisch-ethischer Führung“ beiseite. Nach allem zu urteilen, paßt das System des breitangelegten Terrors gut zu den „Prinzipien und Idealen Amerikas“, wie sie die Washingtoner Administration auslegt.



Auf welcher Grundlage gibt es die UNO-Streitkräfte!

A. PRONIN  
Gebiet Rjasan, RSFSR

Die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit obliegt laut UNO-Charta dem Sicherheitsrat. Er stellt eine Friedensbedrohung, einen Friedensbruch oder eine Aggressionshandlung fest, gibt Empfehlungen oder entscheidet darüber, welche Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der Sicherheit erforderlich sind. Wenn der Sicherheitsrat zu der Auffassung kommt, daß die friedlichen Maßnahmen nicht genügen, ist er bevollmächtigt, Operationen mit Luft-, See- und Landstreitkräften durchzuführen.

Alle Mitgliedstaaten der UNO verpflichten sich, dem Sicherheitsrat auf dessen Verlangen gemäß einem Sonderabkommen oder von Sonderabkommen die erforderlichen Streitkräfte, Hilfe und entsprechende Wartungsmittel zur Verfügung zu stellen. Solche Abkommen setzen die Zahl und Art der Truppen, den Grad der Bereitschaft und ihre gesamte Dislozierung sowie die Art der Hilfe und Wartungsmittel fest. Die Verhandlungen über den Abschluß dieser Abkommen werden vom Sicherheitsrat initiiert und verlaufen in möglichst kurzer Zeit. Sie werden zwischen dem Sicherheitsrat und einem UNO-Mitgliedstaat oder einer Ländergruppe abgeschlossen.

Die nationalen Luftwaffenkontingente der UNO-Mitglieder sollen sich zwecks gemeinsamer internationaler Zwangsmaßnahmen in höchster Alarmbereitschaft befinden.

Die Pläne zum Einsatz der UNO-Streitkräfte werden vom Sicherheitsrat zusammen mit einem militärischen Stabskomitee entwickelt. Das militärische Stabskomitee setzt sich aus den Stabschefs der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates oder aus deren Stellvertretern zusammen. Es ist für die strategische Führung aller dem Sicherheitsrat zur Verfügung gestellten Streitkräfte verantwortlich.



In Ihren Beiträgen nennen Sie die Mafia ein Werkzeug der herrschenden Klasse. Wissen Sie aber, daß sie in den von Gott und der Welt verlassenen Elendsvierteln Palermos und anderer italienischer Städte, besonders im Süden, nicht selten die einzige Stelle ist, die manchmal wenigstens etwas für einen Armen tut, wenn er Geld braucht, Arbeit finden und die Familie ernähren muß!

Michele MINNITTI  
Palermo, Italien



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Lew

MAKAREWITSCH

Zugegebenermaßen war auch ich, als ich von Don Corleone in Mario Puzos „Der Pate“ las, verlockt, an die Legende der Mafia als Helferin der Armen und Erniedrigten zu glauben. Die italienische und US-amerikanische Kriminal- und politische Chronik aber wirkt dann doch recht ernüchternd.

Sie werden hoffentlich nicht leugnen wollen, daß es, wenn ein Reicher dem Armen ein Almosen gibt, keineswegs bedeutet, er empfinde dessen Not als seine eigene. Mit Mildtätigkeit wird sehr häufig Schindluder getrieben. Wie jede Organisation kann die Mafia ohne frisches Blut nicht leben. Wenn sie, um in der Sprache der „Cosa Nostra“ zu reden, „ein Buch aufschlägt“, also neue Mitglieder heranzieht, findet sie sie stets unter den Armseligen und von ihr in einer schweren Minute Unterstützten.

Hindert das aber diese „onorata societa“ — reden wir jetzt nur von der italienischen Mafia — die Armseligen schamlos auszubeuten und sich an ihnen gesundzustoßen? Nehmen wir nur den Rauschgifthandel. Drängen Sie sich mal an der Stacione Termini oder auf der Treppe Trinita dei Monti in Rom, im Mailänder Viertel Brera oder im Bezirk Piedigrotta in Neapel. LSD-Tabletten werden hier nicht weniger als geschmuggelte Zigaretten verkauft. Im Angebot sind auch Haschisch, Marihuana, Heroin.

Lassen Sie uns nun ein wenig rechnen. Auf der Via Galvani oder auf dem Parkplatz beim Automobilklub in Mailand zahlen die Großhändler für ein kg Kokain 6—8 Mio Lire. Mit Mannit versetzt, verkaufen sie ihn an die Dealer zu 10—13 Mio weiter. Diese wiederum setzen die Ware nach einer ähnlichen Prozedur bereits für 60 Mio ab. Nach keineswegs vollständigen Angaben gelangten in den 70er Jahren rund 4 dt Kokain jährlich auf den italienischen

Markt. Unter dem Strich sind das fast 24 Md. Lire. Die Einnahmen aus dem Heroinverkauf liegen noch höher. Dessen Preis erhöht sich nach Ablauf der gleichen Kette auf das 20fache!

Sollte die Mildtätigkeit der Mafia in den Ghettos der Städte nicht aus diesen Summen bestritten werden, Signor Minnitti? Wie viele Menschen wurden wegen dieser Philanthropie zu unheilbaren Rauschgiftopfern, Prostituierten oder Kriminellen? Wie läßt sich ihr wahrer Wert messen?

Ich bestreite nicht, daß es in der Geschichte Ihres Landes Zeiten gegeben hat, da die Mafia als Beschützerin der „Elenden“ auftrat. Man denke nur an die französische Besetzung Siziliens im 13. Jh. Einer Version nach soll das Wort „Mafia“ aus den Anfangsbuchstaben des Satzes „Morte alla Francia, Italia anela“ („Tod für Frankreich, schließ dich Italien an“) gebildet worden sein, der zur Losung der Aufständischen gegen die französische Herrschaft im Jahr 1282 geworden war.

Das aber sind uralte Geschichten. Seither ist die „onorata societa“ Teil des Repressionsapparats gegen ebendiese „Elenden“. Erinnern Sie sich, Signor Minnitti, an den Krawall in Portella della Ginestra? Damals schossen die „picciotti“ („Jungs“) des Mafiabosses Guigliano in einen Demonstrationszug von Knechten (18 Tote, 27 Verletzte) und gingen dann gegen die Sektionen der KP vor. Und die Ermordung von Politikern, Gewerkschaftsführern, Funktionären der IKP, die die Interessen der Armen verteidigten? Mußten sie nicht deshalb ihr Blut für ihre Tapferkeit lassen? Schließlich die Beteiligung der Mafia an geplanten Staatsstreichen, mit denen die republikanische Ordnung beseitigt werden soll. Nicht umsonst waren deren Anführer, wie Liggio, Mitglieder von Freimaurerlogen, wo die Verschwörungen angezettelt wurden.

Wenn ein Armer in Ihrer Heimatstadt Palermo auf niemanden hoffen und sich an niemanden, aber an die „onorata societa“, um Hilfe wenden kann, dann beweist das nur, in welchem Maße er staatlichen und Verwaltungseinrichtungen mißtraut.

Und wie könnte er auch an sie glauben, wenn er sieht, daß manche DC-Politiker, die man ihm als Zierde der Gesellschaft und der Kirche präsentiert, mit Hilfe der Mafia, Bürgermeister,

Abgeordnete und Senatoren werden. Blättern Sie in Ihren Zeitungen, und Sie finden viele interessante Beiträge über Verbindungen einiger Generalstaatsanwälte und Bürgermeister zur „onorata societa“. In „Unità“, „Panorama“, „Il Tempo“, „Corriere della Sera“, „Espresso“ und „Europeo“ werden auch bedeutendere Namen und Titel genannt: Abgeordnete und Senatoren der DC, Ministerstellvertreter und Minister.

Daß man ihren Titeln inzwischen schon ein „Ex“ hinzufügen muß, tut nichts zur Sache. An ihre Stelle treten neue. Der Weg nach oben erfordert Geld und zwar viel. Nur wenige Berufspolitiker, die sich einmal in ein paar Jahren in den Wahlkampf stürzen, können die damit verbundenen Ausgaben aus der eigenen Tasche bestreiten. Doch auch sie schätzen unbegrenzten Kredit. Unter den Hunderten Milliarden Lire in den Safes der Verbrecherclans findet sich immer eine ausreichende Summe, um die Wahlkampfausgaben eines „nötigen“ Mannes zu bezahlen.

Ich könnte mehrere Fälle anführen, wie die Mafia Politikern mit ihrem Geld, Einfluß und mit ihren Waffen den Weg bereitet hat. Die italienischen Zeitungen sind voll davon. Man erinnere sich nur an den Boss der sizilianischen „onorata societa“ Di Cristina, der damit prahlte, ihm reiche auch der letzte Tag. Wenn er am letzten Tag an der Wahlurne erschien, garantierte er, wie „Espresso“ schrieb, seinen Freunden, den Politikern Gioia und Lima, den Sieg. Oder an den Mafioso Coppola mit dem Spitznamen „Tre Dita“, der vor Gericht den Geschworenen erzählte, wie sehr ihn einige „Diener des Volkes“ aus der DC angefleht hatten, sie bei der Wahl ins Parlament zu unterstützen.

Kann Ihr Armer, Signor Minnitti, nach all dem noch an die Abgeordneten und Senatoren glauben?

Ihn überzeugen viel mehr die Begünstigungen und wertvollen Dienste, die der Mafia über die von ihr gekauften Richter, Staatsanwälte und anderen „Großen“ vermittelt werden. Z. B. die Garantie langwieriger und erfolgloser Fahndungen nach einem Verbrecher, der sich der Rechtsprechung entzieht. Oder die „zufällige“ Entfernung eines Namens aus einer Haftbefehlsliste. Oder ein lächerliches Urteil, das dann durch eine Geldstrafe ersetzt oder durch Amnestie aufgehoben wird.

Wie der Held des Films Damiano Damianis „Homo in ginocchio“ muß der Bewohner von Palermo oder anderen Elendsvierteln gezwungenermaßen die Hilfe der Mafiosi in Anspruch nehmen, denen ihre politischen Hintermänner wiederum helfen, ihn auszubeuten.

Die Bettelgroschen, die an die Armen fallen, sind lediglich ein winziger Teil dessen, das man ihnen raubt.



## Eigentor

Der stellvertretende Pressesekretär des Weißen Hauses Speaks war am 4. Januar doch etwas düpiert, als Journalisten ihn fragten, ob das Weiße Haus noch immer die libyschen „Terroristengruppen“ für eine reale Gefahr ansähe, die angeblich in den USA hohe Beamte um die Ecke bringen wollen? Die hinterhältige Frage wurde ihm gestellt, weil FBI-Direktor Webster einen Tag vorher zugegeben hatte, sein Amt habe trotz genauester Untersuchungen keinerlei Spuren von „libyschen Agenten“ entdecken können. Speaks murmelte deshalb vor sich hin, die bei der Regierung gebildete Sondergruppe verfolge weiter aufmerksam die Situation und das Vorgehen Libyens...

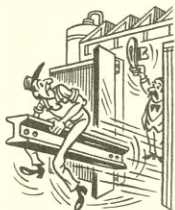
## Yeah, yeah



Kurz vor Silvester war im Londoner Auktionshaus Sotheby allerhand los. Unter den Hammer kamen ausgediente Musikinstrumente, zerschlissene Kleidungsstücke und andere einstige männliche Gebrauchsgegenstände. Das Zeug sollte zu sehr hohen Preisen versteigert werden. Autogrammkarten wurden sogar auf mehrstellige Ziffern taxiert. Dennoch gab es genügend

Interessanten. Selbst aus Übersee war ein Atlantikkabel direktgeschaltet. Der Rummel galt dem Angebot von Dingen, die einst den Beatles gehört hatten.

## Eisern



Bei der Schließung eines Stahlwerks in Karabuk (Türkei) hätten die Besitzer den Arbeitern Abstandsanzahlungen leisten müssen. Aber die Kasse war leer. Dafür gab es im Lager allerhand Erzeugnisse, die keinen Absatz fanden. So entschied die Direktion, den 2000 entlassenen Arbeitern Stahlträger anzubieten. Besser das, als gar nichts!

## TV-Apartheid

Seit Anfang d. J. ist nun auch das südafrikanische Fernsehen apart. Jetzt werden zwei Programme ausgestrahlt: eines nur für Weiße, das andere für Farbige. Sie laufen über verschiedene Kanäle, und die Moderatoren des „weißen“ Programms sprechen nur Afrikaans, das die Ureinwohner der RSA gewöhnlich nicht verstehen. Die „farbigen“ Sendungen werden in fünf örtlichen Idiomen moderiert, die Weißen unverständlich sind.

## Der arme liebe Gott

Der Brite Ernest Digweed hatte bei seinem Tode vor

vier Jahren seinen Besitz Jesus Christus vermacht. Digweed glaubte, die zweite Wiederkunft des Messias werde unbedingt in den nächsten 21 Jahren eintreten. „Nun braucht er nicht mehr arm zu sein“, erklärte Digweed vor seinem Tode. Seine Verwandten allerdings sind gar nicht davon begeistert, alles dem Jesuskind zukommen zu lassen, und möchten den Ramsch lieber unter sich aufteilen, meldet der „Guardian“.

## Frohes Fest

Die italienische Schauspielerin Adriana Asti schickte dem Journalisten Ugo Volli, der durch seine bissigen Kritiken bekannt ist, ein besonderes Weihnachtsgeschenk. Aus der schicken Verpackung wickelte Volli einen Pferdeapfel aus. Als Gegenleistung übersandte der Journalist eine Orchidee mit dem Begleittext: „Jeder schenkt das, was er hat“.

## For men only



Der Wettbewerbe gibt es viele! In den USA beispielsweise neben Schönheitswettbewerben auch das Vorzeigen der Muskeln (männlicher wie weiblicher), der Haartolle, der Taille usw. Auch die Portugiesen wollten sich nun nicht mehr lumpen lassen und veranstalteten, wie „Diario de Noticias“ schreibt, einen Schnurrbartwettbewerb. Da gab es Schnauzer à la d'Artagnan und im Stil „Es ist erreicht“ und sogar eine Hit-

lerbürste! Die Organisatoren sehen nur einen Mangel: Frauen können an dem Wettbewerb nicht teilnehmen.

## Rekorde, Rekorde...



Mauricio Stéfano, Postangestellter in der sizilianischen Stadt Ragusa hielt vor dem Mikrofon eine 259 Stunden lange Rede. Damit verbesserte er den bisherigen Rekord um eine Stunde. Obwohl Stéfano sich erbeten hatte, pro Stunde 15 Minuten Pause zu machen, nahm er während seiner Tiraden 4 kg ab.

## Wer den Ruhm hat

Prinzessin Diana, Gattin des britischen Thronfolgers, hat die Presseleute satt. In den Buckingham Palast wurden Chefredakteure Londoner Zeitungen gebeten, denen man dringend nahelegte, die Prinzessin vor Reporterverfolgung zu schützen.

## Exportierte Infektion

Der Präsident der Spanischen Verbraucherorganisation, Luis Sánchez Reyes, forderte von der Regierung, den Verkauf aus den USA importierter Kinderschlafranzüge zu untersagen. Der zu Pyjamas verarbeitete Stoff fördert Krebserkrankungen. In den USA selbst ist der Verkauf bereits seit 1977 verboten.

Zeichnungen:  
W. Tschakiridis